

PROTOKOLL

Begrüßung

von Weizsäcker

Ich möchte Sie herzlich willkommen heißen und Ihnen danken, daß Sie an dieser Tagung teilnehmen. Wir wissen, daß es für viele von Ihnen schwierig ist, dabei zu sein. Aber der Sinn dieser Konferenz hängt gerade davon ab, daß wir aus verschiedenen Ländern und Regionen zusammenkommen, um bei unterschiedlichen Erfahrungen und Standpunkten Informationen auszutauschen und Denkanstöße zu vermitteln.

Der Bergedorfer Gesprächskreis, der hierzu eingeladen hat, ist ein politisch und wirtschaftlich unabhängiges Forum, und der Wert unseres Gedankenaustausches besteht in größtmöglicher Offenheit. Alles, was hinterher veröffentlicht wird, bedarf Ihrer persönlichen Zustimmung. Ich habe also die Hoffnung, daß wir eine freie, offene Diskussion in diesem sehr heterogenen Kreise erleben werden.

Damit gebe ich die Verantwortung für dieses Gespräch an Herrn Stürmer ab, der sich bereit erklärt hat, die Leitung zu übernehmen.

Stürmer

So viel Geschichte und so wenig Geographie - das ist oft über den Mittleren Osten gesagt worden; in der Tat werden viele Hoffnungen und Ängste darin zusammengefaßt, deren Auswirkungen weit über die Region hinausgehen, und unausweichlich bringen sie Amerikaner und Europäer ins Spiel. Seit Niedergang und Fall des Römischen Reiches hat die Region nicht viel Einheit der Herrschaft, des Denkens, des Rechts und der Strategie gekannt. Das Euro-Med-Konzept, entwickelt von der Europäischen Union als tragende Grundlage der Barcelona-Erklärung vom November 1995, erinnert uns daran, daß es, ungeachtet aller Konflikte und Bitternisse, eine strategische Einheit des Raumes, der wirtschaftlichen Interessen und der Politik gibt.

Wer heute auf die östlichen Küsten des Mittelmeeres schaut, mag an die alten römischen Masken denken, die den Betrachter ungewiß lassen, ob er tiefe Traurigkeit oder sublimes Lächeln sieht. Das Ende des kalten Krieges, der zweite Golfkrieg und das Scheitern beider, des palästinensischen Kinderkriegs der Intifada und des Versuchs der israelischen Streitkräfte, den Aufstand unter Kontrolle zu halten, haben in den letzten Jahren zu einem neuen und umfassenden Versuch geführt, die Kämpfe und Konflikte vieler Generationen zwischen Juden und Arabern beizulegen und zwischen dem Staate Israel und den Palästinensern zu einer Art von Frieden zu kommen.

Das europäische Engagement in dieser Politik eines neuen Aufbruchs hat viele Formen gewonnen, nicht zuletzt in den verschiedenen Körben, die die Madrid-Konferenz 1991 entwickelte und dann im wesentlichen den Europäern übergab. Deren Rolle ist nicht nur die des Katalysators, sondern zuerst und zuletzt die Aufgabe des großzügigen Gebers, des einfallsreichen Helfers, des aktiven Beitraglers.

Aber der Name des Friedensprozesses verspricht mehr, als er über die Jahre gehalten hat: Allenfalls Stabilität und Sicherheit, mit Rüstungskontrolle, wirtschaftlicher Kooperation und vielen Infrastruktur-Projekten als Elemente, die indes nur Sinn haben für die Region als Ganzes, nicht für die einzelnen Staaten in Isolation voneinander: Wasser, Transport, Energie, Umwelt. Im Grundgedanken soll das Nullsummenspiel der regionalen Mächte überwunden werden, um aus solchen Elementen die Grundlage des Friedens zu bilden selbst wenn FRIEDEN im emphatischen Sinn nach einem Jahrhundert des Streits noch eine Weile zu warten haben wird.

Als im Frühjahr 1995 der Bergedorfer Gesprächskreis entschied, ein Jahr später eine Konferenz in Jerusalem zu halten, war absehbar, daß viele Fragen noch einer Antwort harren würden. Die palästinensischen Wahlen standen schon auf der Tagesordnung und so auch die israelischen Wahlen. Aber der gewaltsame Tod des israelischen Premierministers Yitzhak Rabin am 4. November 1995, unmittelbar nach einer Friedensdemonstration in Tel Aviv, zeigte unvermittelt eine ganz andere, dramatische Realität. Friede ist nicht nur eine Vision, die verbindet, sie ist auch, für viele im Mittleren Osten, ein Ziel, das trennt, mit möglicherweise tödlichen Konsequenzen.

Wir wollen also versuchen, auf einem riesigen Bauplatz eine Arbeitssitzung abzuhalten. Leider muß sie inmitten fortwährender Bitterkeit und einer Tragödie stattfinden. Allein der Umstand, daß nicht jeder, der eine Einladung erhalten hat, in der Lage war zu kommen, ist ein Zeichen dafür, daß die Dinge nicht so sind, wie wir sie gerne hätten.

Dieser Bauplatz, auf dem wir uns hier befinden, wird "Friedensprozeß" genannt. Sein äußerst optimistischer Name besagt, daß am Ende Frieden herrschen soll. Das erfordert nicht nur eine Vision und diplomatisches Geschick, sondern auch die Kraft, Kompromisse einzugehen und einen starken Glauben an die Segnungen des Friedens. Dabei kann es sich nicht um einen Frieden handeln, der diktiert wird. Er muß von beiden Seiten gewollt sein.

Der Bergedorfer Gesprächskreis hat eine lange Tradition, unwegsames Gelände zu erkunden. Das kam insbesondere den Ost-West-Beziehungen zugute. Ich denke dabei an dramatische Gesprächskreise in Moskau, Warschau und anderswo. Sehr lebhaft ist mir der Moment gewärtig, als Helmut Schmidt den Sowjets ins Gesicht sagte: "Die Sowjetunion ist nichts anderes als ein Obervolta mit Raketen." Eine prophetische Aussage, wie sich herausstellen sollte. Doch es ging auch subtiler zu, und in diesem Gespräch sollten wir dies sicher versuchen.

Das Ende der Ost-West-Konfrontation kam wie ein Wunder über uns. Es ist immer noch ein Wunder, wenn man darüber nachdenkt. Kein Geheimdienst, kein Historiker, niemand hat es vorausgesehen. Der Bergedorfer Gesprächskreis hatte zumindest einen kleinen Anteil an der Sache, und es war und ist unser Ehrgeiz, unterstützend tätig zu werden. Das bedeutet aber auch, daß wir alle Seiten einbeziehen müssen, sofern sie guten Willens sind.

Nach dem Ende des kalten Krieges mit seinen Verwicklungen, die noch nicht abgeschlossen sind, macht es die wachsende Bedeutung des Nahen Ostens für Europa und für die internationale Sicherheit generell geradezu zwingend, die Aufmerksamkeit auf die Mittelmeerregion, den Nahen Osten und Nordafrika zu richten. Wenn man versucht, die Region abzugrenzen, bleibt man rasch stecken.

Die Europäische Union hat vor drei Monaten in Barcelona diesem Tatbestand Rechnung getragen. Da ging es nicht nur darum, zwischen den südlichen Mitgliedern der EU und den östlichen Ländern, die bald Mitglieder der EU werden, handelseinig zu werden. Dort hat man außerdem den Versuch gemacht, die Mittelmeerregion als einen politischen, strategischen und wirtschaftlichen Raum zu betrachten. Das nimmt eine Wirklichkeit vorweg, die erst noch geschaffen werden muß. Barcelona war ein mutiger und visionärer Ansatz, der der Realität weit voraus ist.

Mit Blick auf die mediterrane Region sehe ich vier verschiedene Schauplätze. Zum einen die südlichen EU-Staaten. Zweitens die Türkei, die weit in den asiatischen Kontinent und in das Gebiet der früheren Sowjetunion hineinreicht. Drittens den Nahen Osten mit der Golfregion, dem Erdöl und den strategisch wichtigen Passagen. Viertens schließlich den Maghreb.

In Barcelona hat man den Versuch unternommen, so zu planen und zu handeln, als ob das Einvernehmen bereits größer wäre. Es geht um Stabilität im Mittelmeerraum - das Wort "Frieden" spielt keine besondere Rolle in den entsprechenden Dokumenten. Interessanterweise geht der Ehrgeiz der Europäischen Union im Zusammenhang mit Barcelona sehr viel weiter, als ihr gegenwärtiger politischer Handlungsspielraum es zuläßt. Die EU vermag es, ihre Handelsinteressen klar zu definieren und ihre Märkte für andere Regionen zu öffnen. In dieser Hinsicht ließe sich noch viel verbessern. In Barcelona wurde aber darüber hinaus auch die Sicherheitsfrage, vor allem was die Rüstungskontrolle angeht, angesprochen.

Ich schlage vor, daß wir uns nicht bloß auf die Frage beschränken, was die EU in ihrer heutigen Form tun kann und was nicht. Wir sollten nicht nur die weitere Region ins Auge fassen, sondern auch berücksichtigen, was Ministerpräsident Shimon Peres gestern abend sagte: Es gibt ein euroatlantisches Interesse an diesem Teil der Welt, und die NATO muß auf politischer Ebene ihre Hausaufgaben machen. Wir sollten natürlich nicht vergessen, daß die EU, selbst wenn sie es wünschte, nicht ihrem Schicksal entgehen könnte, das ihr, wie auch in anderen Regionen, in diesem Teil der Welt bestimmt ist. Wir alle sind uns hinreichend der Situation bewußt, und ich brauche niemanden daran zu erinnern, daß wir an einem Kreuzweg der Geschichte stehen.

Bar-On

Es ist recht schwierig, heute nach dem verheerenden Terroranschlag und dem Kummer der letzten Tage, den Anfang zu machen. Es ist insbesondere schwierig, leidenschaftslos über den Friedensprozeß zu sprechen. Andererseits ist das natürlich nicht nur meine Aufgabe, sondern auch eine objektive Notwendigkeit, wenn wir nicht wollen, daß der Terror seine Ziele erreicht und die Täter die Hoffnung auf Frieden zunichte machen. In diesem Bewußtsein will ich versuchen, mich dem Thema zu nähern.

1. Ich möchte zunächst noch einmal zusammenfassen, was Herr Stürmer ausgeführt hat. Der Zusammenbruch der Sowjetunion, die Entwicklungen in Europa und der Golfkrieg haben den Nahen Osten nachhaltiger berührt als irgendwelche anderen Ereignisse in der Region seit Israels Unabhängigkeit 1948. Nur diese veränderten internationalen Bedingungen haben die Parteien in der Region in die Lage versetzt, realistische Schritte auf dem Weg zum gegenwärtigen Friedensprozeß zu unternehmen. Man wird die Entwicklung in der Region nicht verstehen, ohne diesen Zusammenhang zu berücksichtigen.

Ich möchte daher versuchen, auf dieser Grundlage eine Reihe von Überlegungen vorzutragen.

- Wir und die Palästinenser suchen gemeinsam nach einer tragfähigen Annäherung. Das ist nicht nur der Schlüssel für eine Lösung des palästinensischen Problems, sondern für eine Lösung, die zwar nicht alle, aber die meisten Länder der Region einschließt.

- Erst die formale gegenseitige Anerkennung zwischen der PLO und uns im September 1993 ließ aus bloßem Wunschenken eine Hoffnung werden, die sich auf eine im Entstehen begriffene Realität gründete.

- Der Abschluß und die gemäß dem vereinbarten Zeitplan nachfolgende Umsetzung des Interimsabkommens von Oktober 1995 waren vielversprechend. Das Ergebnis war bekanntlich für bestimmte Territorien die Machtübertragung in palästinensische Hände. Dadurch wiederum wurden

die Januarwahlen des palästinensischen Rates möglich, zweifellos die wichtigste politische Entwicklung seit September 1993. In Parenthese füge ich hinzu, daß dies hoffentlich nicht von den Ereignissen der letzten Tage und ihren möglichen politischen Folgen überschattet wird.

- Der Abschluß des Friedensvertrages zwischen Jordanien und Israel war das unmittelbare Ergebnis des palästinensisch-israelischen Übereinkommens, was ich hier unterstreichen möchte. Es ist richtig, daß die israelisch-jordanischen Beziehungen bereits vor dem Friedensvertrag eine andere Dimension hatten. Doch ohne dieses Übereinkommen wären die Regierung Jordaniens und König Hussein wahrscheinlich nicht bereit und in der Lage gewesen, die entsprechenden Entscheidungen zu treffen.

- Gleiches gilt für den sehr behutsamen Normalisierungsprozeß zwischen einigen nordafrikanischen Staaten sowie den Golfstaaten mit Israel. Auch das ist ein unmittelbares Ergebnis des palästinensisch-israelischen Übereinkommens.

- Auch die äußerst vorsichtigen und bis jetzt sehr zögerlichen Verhandlungen, zu denen sich Syrien bereit gefunden hat, sind nur durch die palästinensisch-israelische Annäherung möglich geworden. Außerdem hätten die Syrer wohl nicht so gehandelt, wenn mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion nicht derart umwälzende Veränderungen vonstatten gegangen wären und Gorbatschow sich nicht bereits zu einem früheren Zeitpunkt geweigert hätte, Syrien weiterhin sehr günstige Kredite zu gewähren.

2. Die palästinensisch-israelischen Verhandlungen sind außerordentlich schwierig und mühsam, was im übrigen nicht nur für unsere eigenen Nahostverhandlungen gilt. Ich weiß nicht, ob Sie in das Interimsabkommen Einblick genommen haben. Es umfaßt 236 Seiten und Zusätze. Ich kann es nur Ihrer Phantasie überlassen, sich vorzustellen, wie lange es dauert und wieviel guter Wille nötig ist, 236 Seiten und unzählige Artikel und Paragraphen auszuhandeln. Und dies ist nur das Interimsabkommen. Wie umfangreich das Abkommen über den endgültigen Status nach weiteren drei Verhandlungsjahren sein wird, weiß heute niemand zu sagen. Herr Hirschfeld kann dazu sicherlich mehr erzählen.

Die jetzigen und die künftigen Verhandlungen haben mit allen Aspekten der Existenz zweier Völker auf einem kleinen Territorium zu tun. Wir werden uns darum bemühen müssen, Lösungen für politische und tiefsitzende psychologische Probleme zu finden und nach angemessenen Antworten suchen, die die Sicherheit der Menschen auf beiden Seiten gewährleisten. Zugleich müssen wir die wesentlichen Voraussetzungen für die ökonomische Entwicklung beider Seiten schaffen. Wir befinden uns ganz am Anfang dieses Prozesses, und trotz des Erreichten kann man die Schwierigkeiten, denen wir uns gegenübersehen, gar nicht ernst genug nehmen.

Eine der größten Schwierigkeiten, die bei Diskussionen über den Nahen Osten und die israelische Rolle fast nie angesprochen wird, ist ein äußerst wichtiger psychologischer Tatbestand, auch wenn er schwer erfaßbar ist. Bis vor kurzem gab es zwei einander nahezu diametral entgegengesetzte Selbstwahrnehmungen. Die Israelis auf der einen und die der meisten arabischen Staaten und Völker der Region auf der anderen Seite. Die Mehrheit der israelischen Bevölkerung sah ihre Situation nicht nur als das Ergebnis jüdischer Geschichte, sondern fühlte sich aufgrund der Erfahrungen seit 1948 allein gelassen, belagert und um das Überleben kämpfend.

Die Araber hingegen betrachteten Israel als einen fremden Eindringling in ihr Kernland, unterstützt von den Großmächten, ein starker militärischer Faktor und somit eine ständige Bedrohung ihrer Sicherheit. Die Palästinenser wiederum sahen sich selbst als die Hauptopfer und vermuteten dahinter eine imperialistische Verschwörung und klagten über die wirtschaftliche und politische Einmischung.

Man hat es also mit zwei radikal entgegengesetzten Selbstwahrnehmungen zu tun, die insgeheim wohl das größte Hindernis auf dem Weg zu einer gegenseitigen Annäherung darstellen.

Die gegenseitige Anerkennung, auf die sich PLO-Führer Arafat und Premierminister Rabin im September 1993 geeinigt haben, hat sehr allmählich den Weg für einen Wandel dieser Wahrnehmungen geöffnet. Sie sind noch nicht überwunden, aber - zumindest bis vor zwei Tagen - hat mehr auf israelischer, weniger auf palästinensischer und arabischer Seite ein Wandel stattgefunden. Der Weg scheint offen für eine langsame Annäherung beider Völker an eine neue Realität, bei der jede Seite beginnt, die legitimen Rechte der anderen Seite zu akzeptieren. Dies ist aber nur möglich, wenn der Terror uns nicht alle zu verschlingen droht.

Ich betone diesen schwer faßbaren Tatbestand, weil ich glaube, daß einige der Prozesse, deren Zeugen wir sind, stark von diesen gegensätzlichen Wahrnehmungen beeinflusst werden. Ich gebe Ihnen dafür nur ein Beispiel: Wenn Israel auf seiner Forderung besteht -und darin auch die prinzipielle Zustimmung von Arafat findet;- , daß jene Passagen der palästinensischen Charta annulliert werden

müssen, die die Zerstörung Israels verlangen, dann geschieht dies in der Erkenntnis, daß psychologische Faktoren bei allen Gleichungen, die der Verhandlungsprozeß zu lösen versucht, eine wichtige Rolle spielen.

3. Ich komme nun zu einigen der praktischen Probleme, die in den kommenden Verhandlungen über das Abkommen um einen endgültigen Status auftauchen dürften. Ich denke, daß sie wohl erst kurz nach den israelischen Wahlen am 29. Mai aufgenommen werden. Diese Verhandlungen sollten nicht länger als drei Jahre dauern, und die Probleme, die sie zu lösen haben, sind ungeheuer groß.

Wir müssen uns über territoriale Fragen sowie über Probleme der jüdischen Siedler auf der Westbank und im Gazastreifen einigen und uns vor allem um die Probleme der Bevölkerung dort kümmern. Die Verhandlungspartner werden die Flüchtlingsfrage, Eigentumsentschädigungen und natürlich die Frage der Souveränität anpacken müssen. Sicherheitsfragen stehen ebenso auf der Tagesordnung wie die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Parteien. Und schließlich wird es um die schwierige Frage Jerusalems mit all ihren Detailproblemen gehen.

Beide Völker haben hohe Erwartungen und sind ungeduldig, insbesondere auf palästinensischer Seite. Dies könnte erneut Anlaß zu Spannungen geben, und auch den Fluch des Terrorismus müssen wir ins Kalkül ziehen. Dennoch werden wir auf dem einmal eingeschlagenen Weg kaum umkehren können. Ich denke, dies wissen alle Beteiligten, selbst wenn sie nicht immer bereit sind, das zuzugeben.

4. Eines der schwierigsten Probleme des Friedensprozesses ist die Jerusalem-Frage. Sie dürfte den meisten emotionalen Sprengstoff beinhalten. Ich bin mir nicht sicher, ob wir einen endgültigen Status in dieser Frage erreichen werden. Wir müssen es auf jeden Fall versuchen. Lösungen für die meisten praktischen Fragen, die mit einem ungeteilten Jerusalem zu tun haben, lassen sich finden, und ich bin überzeugt, daß Palästinenser und Israelis sie finden müssen.

Praktische Schritte könnten sein: Autonome Verwaltung einzelner Stadtteile mit übergeordneter Stadtverwaltung, die für gemeinsame städtische Dienstleistungen verantwortlich wäre; eine besondere Verwaltung für die heiligen Stätten, wobei jede Religion für ihre Heiligtümer die alleinige Verantwortung trüge; und so weiter und so fort. Doch ich bin mir keineswegs sicher, ob solche Abmachungen ein Übereinkommen in bezug auf einen endgültigen Status von Jerusalem ermöglichen würden.

Ich frage mich, ob die Lösung des Jerusalem-Problems nicht ohnehin künftigen Generationen überlassen werden sollte - jedenfalls sollten die erforderlichen Maßnahmen zunächst einmal dazu dienen, Spannungen abzubauen, damit die Menschen in der Stadt zu annehmbaren Bedingungen leben und arbeiten können. So seltsam es sich anhören mag: Dies könnte bedeuten, die Stadtgrenzen enger zu ziehen. Dadurch, daß Großjerusalem in die Stadtgrenzen eingeschlossen wird, ist der Begriff "Jerusalem" emotional aufgeladen auch auf Gebiete ausgeweitet worden, die weder historisch noch faktisch beanspruchen können, zu Jerusalem zu gehören.

Dieser Sachverhalt ist insofern paradox, weil ich einerseits der Meinung bin, daß der Großraum Jerusalem erweitert werden muß, und andererseits erkenne, daß es sich mit dem Verwaltungsbezirk Jerusalem anders verhält. Ich denke nicht, daß die Gebiete im Norden und im Süden der Stadt nun auf einmal von uns als heilig wahrgenommen werden sollten; denn sie sind es niemals gewesen. Hier gibt es also einen Widerspruch, der jedoch lösbar ist. Einerseits könnte die Stadt Jerusalem noch größer werden, während andererseits der Stadtverwaltungsbezirk kleiner wird.

5. Eine der drängendsten Aufgaben, denen wir uns im Friedensprozeß gegenübersehen, betrifft die Wirtschaft. Die Unterschiede in den Lebensbedingungen müssen verringert werden. Ich bin allerdings der Auffassung, daß die palästinensische Wirtschaft selbst auf die Beine kommen muß, und dazu benötigt sie dringend internationale Unterstützung. Palästinensische Unternehmer müssen auf Sicht Zugang zur Weltwirtschaft erhalten. Das setzt aber zunächst voraus, daß sie imstande sind, Waren zu produzieren, die auf dem Weltmarkt bestehen können. Es ist also erforderlich, sowohl der palästinensischen als auch der jordanischen Wirtschaft Zugang zur Weltwirtschaft zu verschaffen. Nur wenn die neue politische Wirklichkeit bessere Lebensbedingungen garantieren kann, wird politische Stabilität für Palästinenser, Israelis und Jordanier mehr sein als ein frommer Wunsch.

Das Nachkriegseuropa hätte sich nicht politischer Stabilität und Sicherheit erfreut, wenn es das "Wirtschaftswunder" nicht gegeben hätte. Ich will das gar nicht mit unserer jetzigen Situation vergleichen, aber ich meine doch, daß es so etwas wie einen "Primat der Wirtschaft" gibt, so wie Bismarck einst vom Primat der Innenpolitik gesprochen hat.

6. Was könnte geschehen, wenn ein Abkommen über den endgültigen Status erreicht oder zumindest in greifbare Nähe gerückt ist? Für die Zukunft erscheint eine enge Bindung zwischen den palästinensischen Gebieten und Jordanien möglich. Ich will dies nicht vertiefen, weil es den Palästinensern und Jordaniern vorbehalten ist, darüber zu entscheiden. Ich denke, die Logik der Geographie und Demographie wird dazu führen, daß diese beiden Gebiete mehr als eine Freihandelszone bilden werden.

7. Aber es gibt nicht nur den israelisch-palästinensischen Verhandlungsprozeß, sondern dahinter steht der ganze Nahe Osten. Solange wir kein Friedensabkommen mit Syrien erreichen, ist der Prozeß unvollständig; Frieden zwischen Israel und Syrien ist für beide Länder dringend erforderlich. Die Grundzüge eines solchen Friedens sind recht klar. Er würde territoriale Konflikte und Sicherheitsprobleme lösen und außerdem eine gewisse Normalisierung in den gesellschaftlichen Beziehungen beinhalten. Auch Probleme im Libanon wären darin eingeschlossen, und zwar nicht nur diejenigen, die Israel und den Libanon betreffen, sondern auch Konflikte zwischen dem Libanon und Syrien. Außerdem könnten auf diese Weise innenpolitische Probleme des Libanon gelöst werden.

Die gegenwärtigen sehr vorläufigen Verhandlungen zwischen uns und Syrien zeigen, daß beide Seiten dies erkennen. Daß Präsident Assad seiner Verhandlungsdelegation bisher nicht völlig freie Hand gegeben hat, ist mehr als bedauerlich. Ich kann nur hoffen, daß Syrien nach den israelischen Wahlen und - was wahrscheinlich noch wichtiger ist - nach den Wahlen in den USA mit zwei Regierungen verhandeln kann, die für vier Jahre gewählt sind. Diese Verhandlungen werden dann vermutlich anders aussehen und können die eigentlichen Probleme angehen. Vielleicht erweisen sie sich sogar als weniger schwierig als jene, die wir mit den Palästinensern führen, auch wenn ein Friedensabkommen mit Syrien zweifellos sehr weitreichende geopolitische Implikationen für die gesamte Region hätte.

8. Lassen Sie mich kurz auf die Rolle der Vereinigten Staaten und der Länder der Europäischen Union eingehen. Die Geschichte des Nahen Ostens seit 1948 belegt, welche grundlegende Bedeutung die Region für Stabilität und wirtschaftliches Wohlergehen der industrialisierten Welt hat. Ich muß in diesem Kreis nicht daraufhinweisen, wie wichtig eine sichere Versorgung mit Erdöl und Erdgas ist. Ebenso wenig brauche ich zu betonen, daß ein Ende der Konflikte in dieser Region die Gefahren für die Energieversorgung Europas verringern würde. Insofern bin ich der Meinung, daß sich Europa in zunehmendem Maße bewußtmachen muß, wo die derzeitigen Ursachen für Instabilität in dieser Region liegen, nämlich vor allem in der wirtschaftlichen Verarmung, die sich durch den rapiden Bevölkerungszuwachs in den meisten Ländern sowohl des Maghreb als auch des Nahen Ostens ungeheuer verschärft hat.

Der Bevölkerungsdruck läßt sich am besten am Beispiel Ägyptens verdeutlichen. 1952, als Nasser die Macht ergriff, hatte Ägypten an die 22 Millionen Einwohner. Heute übersteigt die Zahl 60 Millionen. Daß die Ressourcen und die Infrastruktur des Landes damit nicht Schritt halten konnten, ist mehr als einleuchtend. Eine ähnliche Situation herrscht in Algerien, wo sich die Bevölkerung seit der Unabhängigkeit des Landes nahezu verdoppelt hat. Es gibt eine interessante Ausnahme von dieser Regel: Tunesien. Die Tunesier haben, soweit ich sehe, als einzige ihr Bevölkerungswachstum zu kontrollieren vermocht.

Stürmer

Das war eine vielschichtige Analyse mit viel Realismus und wenig Wunschdenken. Sie hat uns Stoff zum Nachdenken gegeben.

Herr Abdul Hadi wird uns jetzt die palästinensische Sicht der Probleme, denen wir uns gegenübersehen, darlegen.

Hadi

So sehr ich mich für die Einladung zu dieser Konferenz bedanke, bin ich nicht hier, um mich für jene zu entschuldigen, die nicht kommen konnten. Die Abriegelung der Westbänk und des Gazastreifens machten es vielen Palästinensern unmöglich, an einer so wichtigen Konferenz teilzunehmen. Ich meine, daß es für Sie alle wichtig ist, die Palästinenser zu sehen, zu hören und mit ihnen als Partner umzugehen, mit anderen Worten, ihnen die Tür zu öffnen und sie nicht in einem Belagerungszustand zu halten. In den letzten beiden Tagen waren im israelischen Fernsehen nur Israelis zu sehen, die über das Massaker, über die Gewalt und die Hindernisse für den Friedensprozeß gesprochen haben. Palästinenser waren an den Gesprächen nicht beteiligt.

Im jetzigen Friedensprozeß gibt es drei Wege, auf die wir uns hier ernsthaft konzentrieren sollten.

Der erste Weg ist eindeutig der Israels. Das Israel von heute ist eine geteilte Gesellschaft. Das Attentat auf Ministerpräsident Rabin hat der ganzen Welt gezeigt, wie tief Israel gespalten ist. Ich selbst heiÙe Israel als ein Mitglied im Nahen Osten willkommen, aber diese Mitgliedschaft sollte nicht durch Gewalt und politischen Mord erreicht werden. Politischer Mord ist offensichtlich Teil der Geschichte des Nahen Ostens, und die Ermordung Rabins hat Israel in die Fußstapfen der arabischen Länder des Nahen Ostens treten lassen.

Israel ist tief gespalten; deshalb muß sich der Weg zum Frieden entscheidend auf Israel konzentrieren: Wie lassen sich die Israelis dazu bringen, die Herausforderung des Friedens anzunehmen? Die ganze Welt kam zur Beerdigung von Rabin, nicht nur, um dem israelischen Volk Beileid zu bekunden, nicht allein, um Abscheu und Zorn über den politischen Mord auszudrücken, sondern auch, um dem israelischen Volk die klare Botschaft zu übermitteln, daß es am Friedensprozeß festhalten muß, daß Gewalt und politischer Mord es nicht davon abbringen dürfen. Ich hoffe, die Israelis versuchen, diese Botschaft zu verstehen, mit der die politischen Führer dieser Welt - insbesondere der arabischen Welt nach Israel kamen. Mein Verständnis des Friedensprozesses als palästinensischer Akademiker ist, daß der Weg zum Frieden in Israel selbst beginnen muß.

Shimon Peres hat sich offen und eindeutig im Kongreß in diesem Sinne geäußert, als er sagte: "Den Frieden zu gewinnen, ist wichtiger, als Wahlen zu gewinnen." Leider sind Herr Peres und die Arbeiterpartei gegenwärtig vom Wahlkampf voll in Anspruch genommen und geradezu gelähmt, ohne daß ich weiß, wie sich das ändern läßt. Ich meine, wir alle müssen den Israelis helfen zu erkennen, daß Frieden wichtiger ist als Wahlkampf und daß er wichtiger ist als die Frage, ob die Arbeiterpartei oder sonst jemand in Israel regiert.

Der zweite Punkt betrifft, die Probleme und Sorgen der Palästinenser zu erkennen und zu verstehen. Auch wir sind, wie die Israelis, gespalten. Die Rückkehr von Jassir Arafat nach Palästina, nach Gaza, überwindet aus unserer Sicht die Kluft, die zwischen den Palästinensern innerhalb und außerhalb des Landes bestand. Sie ermöglicht es, einen Konsens unter den Palästinensern herzustellen und sie mit Hilfe des Friedensprozesses zu einen.

Uns geht es nicht um 600 oder 60 Seiten eines Übergangsabkommens. Im Gegenteil, wir wünschen uns ein sehr einfaches Abkommen und wollen uns nicht in Details verlieren, wie dies die Israelis tun. Worauf es uns ankommt, ist, daß die Besetzung beendet wird und es den Palästinensern erlaubt ist, ihre nationale Autonomie in einem unabhängigen palästinensischen Staat zu begründen. Die Details für die Übergangsphase waren letztlich Sache der Israelis, deren Wünschen und Tagesordnung wir entgegengekommen sind, um sie davon zu überzeugen, daß auch wir ernsthaft am Friedensprozeß interessiert sind. Ob es sich um 60,160 oder 2000 Seiten handelt, ist gleichgültig. Wir werden jedenfalls das Abkommen unterzeichnen, um den Israelis unseren guten Willen zu bezeugen.

Der Friedensprozeß geht derzeit auf drei Ebenen vor sich, der israelischen, der palästinensischen und der arabischen Ebene, und die wechselseitige Beziehung dieser drei Ebenen ist das aktuelle Problem in dieser Übergangsphase. Es geht nicht nur darum, einen legitimen Palästinenserrat zu wählen, um die palästinensischen Gebiete in dieser Phase zu regieren oder um bestimmte Artikel der palästinensischen Nationalcharta aufzuheben. Es geht auch nicht nur darum, die Rückkehrer wieder in das "palästinensische Haus" zu bringen und der Welt zu zeigen, daß der Konflikt vorüber ist und wir von nun an mit dem Friedensprozeß fortfahren können. So einfach stellt sich die Übergangsphase nicht dar, sondern sie ist weit komplizierter.

Genauso wie die Israelis haben wir Palästinenser Sicherheitsinteressen. Wie können der Vorsitzende Arafat und der gewählte Rat die palästinensische Öffentlichkeit davon überzeugen, daß wir auf dem richtigen Weg mit dem Friedensprozeß sind, solange wir erleben, daß weiterhin Land konfisziert wird, daß weiter Siedlungen und neue Straßen gebaut werden und sich immer noch Palästinenser in israelischen Gefängnissen befinden? Die besetzten Gebiete bilden keine geographische Einheit. Wir leben in kleinen Ghettos, in Städten und Ortschaften. Wie kann man die territoriale Integrität Palästinas schaffen, wie die Palästinenser zusammenbringen, solange sie in isolierten Städten und Dörfern leben?

Einige Palästinenser konnten der Einladung nach Jerusalem nicht folgen, weil sie in Gaza und auf der Westbank leben. Ich konnte kommen, weil ich in Ostjerusalem wohne, auch wenn ich wieder einen Strafzettel wegen Falschparkens erhalte, wie das hier die Regel ist, eben weil ich Palästinenser bin.

Wie können wir die Palästinenser von den Israelis separieren? Wir haben eine klare Trennung gefordert, die wir brauchen, um uns von den Israelis abzugrenzen und auch entsprechende Förderung zu erhalten, damit sich beide Gesellschaften aus sich selbst heraus neu entwickeln und zu einer

inneren Einheit finden können. Erst wenn das geschehen ist, können sie harmonische Beziehungen zueinander aufbauen.

Der gegenwärtige Belagerungszustand, die militärische Abriegelung der palästinensischen Gebiete, wird das Problem von Hamas, des islamischen Dschihad und des Terrors durch Selbstmordattentate nicht lösen. Ich habe mich selbst immer wieder gefragt, wie jemand dazu kommt, ein Messer zu nehmen und auf der Straße plötzlich irgend jemanden niederstechen kann. Das ist nicht die Frage des persönlichen Muts. Es ist offensichtlich das Ergebnis einer bestimmten psychischen Disposition, die Folge von Zorn, Frustration und einer Zukunft ohne jede Hoffnung. Es ist ein persönlicher Akt, und niemand kann das verhindern - außer durch überzeugende Argumente und den Beginn eines Dialogs, in dem die Menschen miteinander reden.

Wie kann es gelingen, nicht nur den politischen, sondern auch den militärischen Flügel der Hamas an einen Tisch zu bringen, so wie es uns mit Hilfe des Friedensprozesses gelungen ist, daß der politische und der militärische Flügel der PLO zusammenarbeiten? Wir müssen uns konkret anschauen, was die Palästinenser bedrückt und wie wir nicht nur die Palästinenser innerhalb und außerhalb des Landes einigen können, sondern auch die Gruppen, die jetzt durch den Friedensprozeß dabei sind, innerhalb eines entstehenden Systems politische Parteien zu bilden.

Als Palästinenser bin ich der Auffassung, daß auch wir berechnete Sicherheitsinteressen haben, die die Frage der jüdischen Siedlungen, die Fragen der Grenzen, das Flüchtlingsproblem und nicht zuletzt den Status von Jerusalem umfassen. Jerusalem ist de facto eine geteilte Stadt, in der zwei Gesellschaften leben. Shimon Peres meint sogar, daß Jerusalem unter drei Aspekten gesehen werden muß: dem religiösen, dem politischen und dem zivilen. Der religiöse Aspekt betrifft Moslems, Christen und Juden, der politische Aspekt ist bereits im Sinne von "Jerusalem ist die Hauptstadt Israels" geregelt, und die Bildung einer Stadtverwaltung schließlich sorgt für die zivile Dimension.

Aus palästinensischer Sicht hat die Jerusalem-Frage viele verschiedene Dimensionen, die sich nicht auf drei begrenzen und fein säuberlich trennen lassen. Hier treffen historische, kulturelle, politische, nationale, religiöse und zivile Elemente zusammen. Darüber muß die Öffentlichkeit aufgeklärt werden, sonst bleibt Jerusalem auf Dauer eine geteilte Stadt.

Ein israelischer Wissenschaftler hat verlangt, Israel solle sich nicht in die palästinensisch-jordanischen Beziehungen einmischen, sondern es den Palästinensern selbst überlassen, über ihre Zukunft mit den Jordanern zu entscheiden. Herr Peres wiederum hat den Palästinensern während des Wahlkampfes den dringenden Rat gegeben, eine Konföderation mit Jordanien einzugehen. Was sollen wir glauben? Verstehen die Israelis darunter Nichteinmischung in die palästinensischen Angelegenheiten, während sie uns zugleich sagen, was wir zu tun haben? Es wird Zeit, es den Palästinensern zu überlassen, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen und ihre Interessen selbst wahrzunehmen, so wie sie es für richtig halten: was sie essen, wo sie schlafen, wie sie sich einrichten wollen. Wenn die Welt und insbesondere die Israelis sich weiterhin bis in Einzelheiten in das Leben der Palästinenser einmischen, wird der Konflikt nicht enden, sondern immer weitergehen.

Die Palästinenser haben sich jetzt entschieden. Es besteht ein Konsens über den Friedensprozeß. Der gewählte Rat der Palästinenser ist dabei, sein eigenes politisches System zu schaffen. Das erste Mal in ihrer Geschichte haben die Palästinenser einen gewählten Präsidenten: Arafat. Selbst in Jerusalem haben wir Arafat gewählt. Die Palästinenser benötigen keine Einmischung bei der Vorbereitung und Ausarbeitung ihres neuen politischen Systems. Es ist die Aufgabe des gewählten Rates, die gesetzlichen Grundlagen und auch die Gesetze der Zivilgesellschaft in eigener Verantwortung auszuarbeiten.

Statt sich einzig und allein mit den Sicherheitsfragen zu beschäftigen, sollten Sie die wirtschaftliche und politische Agenda ebenso sorgfältig lesen; denn alle drei hängen zusammen.

Um auf den Kern des heutigen Problems zu kommen: Wie kann ich als Palästinenser die israelische Öffentlichkeit, den Mann auf der Straße erreichen und ihm sagen, daß ich kein Terrorist bin, daß ich mit ihm als Nachbar leben möchte und daß es an der Zeit ist, mich auch als Nachbarn, als Staat anzuerkennen, so daß wir im neuen Nahen Osten zusammenleben können? Die Antwort lautet: Die Tür ist für beide offen, zusammenzuarbeiten, miteinander zu reden und die jeweiligen Probleme des anderen zu sehen. Wenn die Israelis weiterhin nur israelische und die Palästinenser nur palästinensische Bücher lesen, wird keiner eine Lösung finden.

Wir müssen zusammenkommen, und das gilt auch für die Details. Nehmen Sie die Ereignisse der letzten beiden Tage. Wenn die öffentliche Meinung in Israel die Möglichkeit gehabt hätte, die Sichtweise der Palästinenser zu erfahren und die Betroffenheit, die Verdammung, den Zorn und die

Frustration der Palästinenser zu hören, würde man ganz anders urteilen. Wie überwindet man eine gesplante Gesellschaft, wenn diese nicht offen ist für andere Gesellschaften?

Stürmer

Ich danke beiden Referenten. Sie haben die politische und psychologische Geographie umrissen und damit eine gute Ausgangsbasis für unsere Diskussion geschaffen. Dankenswerterweise haben beide auf die ungeheure Herausforderung reagiert, und zwar mit Fairneß und Offenheit.

Mortimer

Gestern abend sagte uns Shimon Peres: Wenn die betreffenden Passagen der palästinensischen Charta nicht innerhalb von zwei Monaten nach den palästinensischen Wahlen geändert würden, wäre es mit dem gesamten Friedensprozeß vorbei. Wie schätzen Sie, Herr Abdul Hadi, die Aussichten ein, daß dieser Termin eingehalten wird?

Hadi

In Palästina gibt es zur Zeit drei Denkschulen. Die erste geht davon aus, daß die Charta das Denken und die führenden Persönlichkeiten des palästinensischen Volkes aus den 60er Jahren widerspiegelt und wir es deshalb mit einem historischen Dokument zu tun haben. Deshalb sollte man daran nicht rühren und die Charta unverändert lassen. Wir verlangen von den Israelis ja auch nicht, die Artikel ihrer Charta beziehungsweise ihre historischen Dokumente zu ändern. Es sollte der Geschichte überlassen bleiben, und wir könnten uns an eine neue Charta machen. Die 88 gewählten Volksvertreter werden eine neue palästinensische Charta für die Übergangsphase entwerfen.

Die zweite Gruppe ist der Meinung, daß Peres bereits die Tür für die Rückkehr von Mitgliedern des Palästinensischen Nationalrates öffnet. Wenn Arafat es schafft, eine PNC-Sitzung in Gaza einzuberufen, dann sollte er es tun. Zwei Drittel der mehr als 600 Mitglieder wären nötig, um die Charta zu ändern. Hier dürfte es keine Probleme geben. Wir brauchen lediglich eine beschlußfähige Mehrheit und müssen die Mitglieder des Rates außerhalb und innerhalb Palästinas zusammenbringen. Dann wird es funktionieren.

Die dritte Denkschule behauptet, Peres habe zunächst gesagt, es werde keine Probleme geben, wenn die Palästinenser eine neue Charta präsentieren. Dann habe er seine Meinung wegen des Wahlkampfes geändert, und nun bestehe er auf einer Änderung der Charta, weil nur dadurch der Friedensprozeß fortgesetzt werden könne. Mag sein, daß er sich gestern abend so geäußert hat. Dies spaltet uns Palästinenser: Werden wir in die Ecke gedrängt, sollen wir nachgeben? Ist dies eine weitere Konzession im Friedensprozeß? Es könnte die Glaubwürdigkeit der gewählten Führung und die Überzeugung der Palästinenser im Hinblick auf die Fortsetzung des Friedensprozesses schwächen.

Zur Zeit arbeiten wir gleichzeitig auf drei Ebenen miteinander. Diejenigen Palästinenser, denen es von den israelischen Behörden erlaubt wird, kehren zurück. Es gibt 88 Volksvertreter, die Mitglieder des PNC sind. Arafat soll weitere 89 ernennen, denn der PNC soll auf der Westbank und im Gazastreifen insgesamt 186 Mitglieder umfassen. Entsprechend muß er die Zahl der Mitglieder aufstocken.

Shimon Peres, den israelische Medien und den politischen Institutionen möchte ich den Rat geben, möglichst zu vermeiden, den Palästinensern zu diktieren, was sie ihrerseits im Friedensprozeß tun sollten. Es gibt zum ersten Mal eine gewählte legitime palästinensische Führung, die sich dem Friedensprozeß einschließlich all der jüngsten Abmachungen von Kairo, Oslo und so weiter verpflichtet weiß. Sie arbeitet an den Details und bereitet sich auf die Diskussion über den endgültigen Status vor. Lassen Sie die Palästinenser darin fortfahren, ihre Arbeit zu tun. Wenn Sie Druck ausüben, schwächen Sie sie nur.

Hirschfeld

Mandi Abdul Hadis Bemerkungen zeigen sehr klar, wo die Gemeinsamkeiten und die Unterschiede liegen. In vier Punkten sehe ich Gemeinsamkeiten.

Ich stimme zu, daß es in unser aller Interesse liegt - und mit uns meine ich die Europäer, die Amerikaner, die Israelis und die Palästinenser-, auf eine gemeinsame israelische Haltung hinzuarbeiten. Nur ein solcher Konsens bringt uns voran. Wenn Mahdi Abdul Hadi aus palästinensischer Sicht sagt, es sei wichtig, daß die Israelis, die Europäer und die Amerikaner sich die palästinensischen Sorgen anhören, hat er ebenfalls recht. Wenn er sagt, es gebe eine arabische Ebene, und der Friedensprozeß müsse diese mit einbeziehen, stimme ich mit ihm voll überein. Und

wenn er schließlich darauf verweist, das Interimsabkommen sei zu umfangreich, letztlich zähle nur, daß man Frieden schließt, die Besetzung beendet und damit so schnell wie möglich vorankommt, dann ist dies auch meine Überzeugung.

Das heißt, in vier wesentlichen Punkten, die wahrscheinlich den Kern der Diskussion ausmachen, besteht sehr viel Übereinstimmung zwischen uns, obwohl es Mißverständnisse oder Unterschiede in den Positionen geben mag, was die grundsätzliche Frage angeht, wie man das Ziel erreicht.

Was muß man aus meiner Sicht tun, um eine gemeinsame israelische Haltung zu schaffen? Die Antwort darauf ist klar. In den Briefen, die wir am 8. September 1993 und am 5. Mai 1994 sowie in dem Abkommen vom 28. September 1995 unterzeichnet haben, wurde vereinbart, daß die Palästinensische Nationalcharta, die ein höchst obsoletes Dokument ist, geändert wird. Das bedeutet keine israelische Einmischung in palästinensische Angelegenheiten. Es ist vielmehr eine klare Übereinkunft, die das Ergebnis eines israelisch-palästinensischen Konsensus geworden ist. Sie verpflichtet die nationalen palästinensischen Behörden sowie den Palästinensischen Rat, den Friedensprozeß voranzutreiben. Das darf nicht nur einseitig in israelischen Maßnahmen und Konzessionen gegenüber den Palästinensern bestehen und zum Ziel haben, die Besetzung zu beenden. Der Friedensprozeß erfordert auch palästinensische Maßnahmen, um den Konflikt zu beenden.

Genauso wie wir uns aus den städtischen Bereichen und den Ortschaften der Westbank zurückgezogen und alles getan haben, um die palästinensische Verwaltungshoheit auf der Westbank und im Gazastreifen herzustellen, müssen nun auch die Palästinenser ihren Teil des Abkommens erfüllen, um zu zeigen, daß sie ein Ende des Konflikts wollen. Die Änderung der Palästinensischen Nationalcharta ist als ein wesentlicher Schritt in diese Richtung zu sehen.

Die Zeit spielt ebenfalls eine wichtige Rolle. Abkommen müssen buchstabengetreu eingehalten werden. Das Abkommen besagt, daß zwei Monate nach der Einsetzung des Palästinensischen Rates - nicht nach den Wahlen - die Charta geändert sein muß. Das wäre bis zum 1. Mai. Anderenfalls hätte das israelische Volk den Eindruck, daß die Palästinenser sich einen Teufel um das scheren, was sie unterschreiben.

Um deshalb Vertrauen in den Friedensprozeß und die Grundlage unserer Partnerschaft zu begründen und die Besetzung zu beenden, muß die palästinensische Seite ihren Teil dazu beitragen. Wie Ministerpräsident Peres sagt: Wenn sie dies nicht einhalten, worüber sollen wir dann sprechen? Wie können wir weiterhin Abkommen unterzeichnen, wenn die andere Seite sich nicht an das hält, wozu sie sich selbst verpflichtet hat?

Um einen israelischen Konsens zu erreichen, muß vor allem mit dem Terrorismus Schluß sein, der den Nerv der israelischen Gesellschaft trifft. Wir alle haben das in den letzten 60 Stunden auf schreckliche Weise erfahren. Die Konsequenz daraus ist, daß entschiedene Maßnahmen ergriffen werden müssen, um das zu verhindern. Das darf uns allerdings nicht vom Friedensprozeß ablenken.

Wir alle wissen, daß eine hundertjährige Feindschaft nicht in einem Jahr oder in drei oder vier Jahren vorüber ist. Wir wissen, wieviel Unmut, Haß und Radikalismus es auf beiden Seiten noch gibt. Um auf israelischer Seite Zustimmung zu bewirken, müssen die Palästinenser einen großen Schritt tun. Ich selbst habe der palästinensischen Seite in den letzten vier, fünf Wochen in offiziellem Auftrag gesagt, daß der Terrorismus große Probleme verursacht und sie etwas dagegen tun müsse. Doch nichts ist geschehen. Die Terroristen bleiben nach wie vor unbehelligt, und darüber sind wir natürlich aufgebracht.

Es gibt Dinge, die die Palästinenser nicht tun können, und es gibt Dinge, die sie tun können. Im Grunde kennen wir einander und haben gegenseitig Vertrauen und Verständnis für viele Probleme. Darüber können wir gemeinsam reden. Von unserem Ministerpräsidenten und unserer Regierung wird erwartet, daß sie die grundlegenden israelischen Interessen wahrnehmen. Das sollten auch unsere palästinensischen Freunde verstehen.

Auf palästinensischer Seite wurde anfangs befürchtet, daß es nach dem Abschluß des Oslo-Abkommens nicht weitergehen würde. Mit den weiteren Abkommen hat die israelische Regierung der palästinensischen Seite aber gezeigt, daß wir auf diesem Weg weitermachen wollen, und zwar so schnell wie möglich. Dazu eine kleine Anekdote, die uns Shimon Peres erzählt hat: Die Mutter eines jungen Piloten bittet ihren Sohn: "Fliege langsam und tief, denn Fliegen ist gefährlich, und ich mache mir Sorgen." Darauf erwidert der Sohn: "Mutter, wenn du dir Sorgen machst, laß mich schnell und hoch fliegen!" Das heißt, es gibt Situationen, in denen es darauf ankommt, schnell voranzukommen.

Ein weiterer Punkt betrifft das Alltagsgeschehen. Wir haben nach wie vor mit den Auswirkungen der Besetzung zu tun, die noch immer so gravierend sind, wie sie vor Oslo waren. Wahrscheinlich sind sie in gewisser Hinsicht sogar noch schlimmer geworden. Dafür gibt es viele Gründe. Insbesondere die Sicherheitsinteressen auf israelischer Seite gehören dazu. Der Hauptgrund liegt darin, daß die Scharrung einer politischen Autorität für die Palästinenser ein schwieriger und langsamer Prozeß ist. Die Europäer und die Amerikaner haben den Prozeß leider nur sehr zögerlich unterstützt. Es ist zu viel an der Oberfläche geschehen, so daß häufig nichts Substantielles erreicht wurde. Deshalb müssen wir die palästinensischen Interessen sorgfältig prüfen.

Der dritte Punkt betrifft die arabische Ebene. Es geht darum, den Friedensprozeß zu erweitern, indem Israel die Beziehungen zu Ägypten, Jordanien und zu den Palästinensern vertieft. Daß sich mit Syrien einiges bewegt, ist von außerordentlicher Bedeutung.

Avineri

Ich melde mich etwas ungerne zu Wort, weil diese Diskussion nicht zu einem Streitgespräch verkommen sollte, in dem sich Israelis und Palästinenser gegenseitig beschuldigen. Mahdi Abdul Hadi und ich kennen einander seit langem gut.

Was die Sicherheitsproblematik angeht, so ist es sicher richtig, daß niemand einen Selbstmordanschlag verhindern kann. Aber ich möchte denen von Ihnen, die am letzten Freitag nicht in Israel waren, berichten, was alle Israelis an diesem Tag im Fernsehen sahen: In Kalkilia fand eine öffentliche Versammlung der Hamas statt, und zwar mit Genehmigung der Polizei der palästinensischen Selbstverwaltung und unter ihrem Schutz. Das ist soweit auch in Ordnung. Aber was ging dort vor sich? Eine Gruppe junger Hamas-Aktivisten verbrannte ein aus Pappe gebautes Modell eines israelischen Autobusses und anschließend die israelische Flagge. Dies war am Freitag, und wir alle wissen, was am Sonntag darauf geschehen ist.

Natürlich stimme ich mit Abdul Hadi überein, daß man einen Selbstmordattentäter nicht aufhalten kann. Aber es gibt ein bestimmtes Niveau des politischen Diskurses, das in einem Klima der vorsichtigen Versöhnung sehr genau kontrolliert werden sollte. Daß die Ereignisse von Freitag, wie wir im Fernsehen verfolgen konnten, unter dem Schutz der palästinensischen Polizei stattfanden, erweckte bei vielen Israelis, die nicht so differenziert denken und nicht all die Details der seitenlangen Vereinbarungen kennen, den Eindruck, daß es mit dem stillen Einverständnis der palästinensischen Polizei geschah. Die symbolische Verbrennung des israelischen Busses zusammen mit dem Davidstern hat eine starke emotionale Wirkung und ist schon schlimm genug, wenn es ohne konkreten Kontext geschieht. Wenn aber drei Tage später eine Bombe in einem richtigen Bus explodiert, dann ist die Konsequenz Angst und Unruhe.

Wir alle wissen, daß sämtliche Sicherheitsvorkehrungen ihre Grenzen haben und daß wir mit den Gefühlen der anderen äußerst vorsichtig umgehen müssen. Die Ereignisse der letzten Tage erklären zu einem gewissen Grad das Ausmaß der israelischen Reaktion, nicht nur gegenüber Hamas, sondern auch gegenüber der palästinensischen Selbstverwaltung, die, wie viele von uns hoffen, die Dinge in der Öffentlichkeit stärker kontrollieren muß.

Husseini

Lassen Sie mich damit beginnen, unser tiefes Mitgefühl und unseren Schmerz über das Attentat vom Sonntag auszudrücken. Was die Verantwortung für die Ereignisse angeht, stimme ich Herrn Avineri zu, daß das Tolerieren der Demonstration am Freitag möglicherweise als Ermutigung zum direkten Handeln verstanden werden konnte. Ich meine, beide Seiten, die Israelis und die Palästinenser, müssen solche Dinge sehr ernst nehmen und dürfen für nicht länger zulassen, daß so etwas in ihren Demokratien geschehen kann.

Ich erinnere mich an Zeiten, in denen das Orienthaus häufig von Demonstranten eingekreist wurde, mitunter fast 24 Stunden lang. Die Demonstranten kamen mit Bildern und Puppen, die die Züge Arafats oder Rabins trugen und die dann verbrannt oder gehängt wurden. Ich habe gehört, welche Parolen sie riefen, gegen die Palästinenser, gegen die Araber, gegen Peres und gegen Rabin, die sie allesamt Verräter nannten. Als Resultat solcher Demonstrationen entstand eine Atmosphäre, die Leute wie Rabins Attentäter ausnutzen konnten. Beide Seiten müssen solche Vorkommnisse sehr ernst nehmen.

Ich kann die Demonstration in Kalkilia ebensowenig akzeptieren wie die Errichtung dieses Monuments für Goldstein in Kiriath Arba, das schon fast zu einer Pilgerstätte geworden ist. Für die Menschen, die aus ganz Israel hier herkommen, ist er ein Held, obwohl er offiziell in Israel als Mörder und Verbrecher

betrachtet wird. Beide Seiten sind hier also gefordert. Das ist heute besonders wichtig, weil wir im Friedensprozeß als Partner und nicht mehr als Kontrahenten, die sich gegenseitig bekämpfen, miteinander umgehen müssen. Wir brauchen eine enge Zusammenarbeit, wenn wir unsere Völker nicht in die falsche Richtung führen wollen.

Liel

Als ich Herrn Abdul Hadi zuhörte, hatte ich den Eindruck, dies ist eher der Ton der 80-er denn der 90-er Jahre. Er fordert von uns, keinen Druck auf die Palästinenser auszuüben, weil dies die Glaubwürdigkeit ihrer Führer beeinträchtigen könnte. Jassir Arafat ist vor kurzem mit 89 Prozent der Stimmen gewählt worden. Damit hat die Führung der Palästinenser doch wohl alle Glaubwürdigkeit, die sie braucht, um handlungsfähig zu sein. Rabin und Peres haben Oslo "A" und Oslo "B" mit einer Mehrheit von gerade 61 von 120 Stimmen im Parlament gewagt. Wenn die Israelis damals keine Bedenken wegen ihrer Glaubwürdigkeit hatten, sollte die palästinensische Führung jetzt nicht allzu besorgt sein, nachdem sie einen so überzeugenden Wählerauftrag bekommen hat.

Ich möchte noch eine weitere Bemerkung von Mahdi Abdul Hadi ansprechen, die ich sehr beunruhigend fand, als er für die Palästinenser eine klare Trennung forderte. Ich halte das für einen Schlüsselsatz. Es gibt in Israel eine lebhafte Diskussion zwischen denjenigen, die eine Trennung wünschen, und denjenigen, die die Integration befürworten, wenn es zum Frieden mit den Palästinensern kommt. Das Pendel der öffentlichen Meinung schwingt hier hin und her. Erinnern Sie sich, was in Israel zwischen November 1994 und Januar 1995 nach den schrecklichen Attentaten in der Dizengoff Street und in Beit-Lid und nach der Entführung von Nachshon Wachsmann geschah. Damals gewannen die Separatisten die Oberhand, aber schon im Januar oder Februar kamen aus verschiedenen Ministerien wieder Argumente für die Integration. Nach dem Attentat vom letzten Sonntag sind die Separatisten wieder auf dem Vormarsch, während in den zurückliegenden sechs Monaten die Anhänger der Integration gute Fortschritte auf dem Wege zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit gemacht hatten. Die Diskussion zwischen den Vertretern dieser beiden Standpunkte ist in Israel in vollem Gange. Wie sie ausgeht, hängt nicht zuletzt vom Ausmaß des Terrors ab.

Eine ähnliche Diskussion gibt es unter Wirtschaftsexperten. Viele Wirtschaftswissenschaftler behaupten, daß wir die palästinensische Wirtschaft gar nicht brauchen. Israel habe ein hochentwickeltes Wirtschaftssystem aufgebaut, ohne daß die Palästinenser oder die arabische Welt dazu etwas beigetragen hätten. Es habe seine Wirtschaft den Beschränkungen durch den arabischen Wirtschaftsboykott angepaßt und sein Wirtschaftswachstum rühre aus dem Handel mit Nordamerika, Westeuropa und dem Fernen Osten. Die palästinensische Wirtschaft solle man deshalb schlichtweg ignorieren. Diese Leute meinen, daß so etwas wie ein "kalter Friede" möglich ist, so wie wir ihn 15 Jahre lang mit Ägypten hatten, wo es strategische und politische Fortschritte gab, nicht aber im Bereich der Wirtschaft und der friedlichen Koexistenz. Wenn die Palästinenser nun eine strikte Trennung fordern, werden wir diese wohl auch bekommen, weil das Pendel der öffentlichen Meinung in Israel wieder umschlagen wird - vor allem, wenn der Terrorismus weitergeht.

Zum Glück gibt es auch andere Stimmen. Nabil Sha'ath und Abu Allah betonen, daß sie wirtschaftlich mit uns zusammenarbeiten wollen und daß die palästinensische Wirtschaft darauf auch angewiesen ist. Ich hoffe, daß sich diese Stimmen bei den Palästinensern durchsetzen werden. Man sollte also auf palästinensischer Seite nicht die Forderung nach Trennung erheben; denn das würde in Israel entsprechende Reaktionen zur Folge haben.

Weidenfeld

Was kann die palästinensische Selbstverwaltung tun, um den Hamas-Terrorismus einzudämmen? Die Israelis haben eigene Erfahrungen mit einer harten und brutalen Vergangenheit. Nach der Gründung des Staates Israel ging Ben Gurion durchaus brutal daran, die Frage der Armees alleiniger Waffenträger zu lösen, indem er gegen die Irgun vorging und eine einheitliche Verteidigungsarmee begründete. Das ging nicht ohne Blutvergießen ab und ist bis heute nicht völlig vergeben und vergessen. Aber die Nation ist weitgehend darin einig, daß er wahrscheinlich das einzig Richtige getan hat.

Arafat hat ein überzeugendes Mandat erhalten, und es wird jetzt von ihm erwartet, daß er konsequent vorgeht. Ich meine, die Weltgemeinschaft und Europa sollten ihn beim Wort nehmen, ebenso wie sie die israelische Regierung beim Wort nehmen sollten, was den Kampf gegen die eigenen Extremisten angeht.

Schmidt

Mich würde interessieren, wie auf palästinensischer Seite die Möglichkeit eingeschätzt wird, Hamas entweder zu isolieren oder in den Friedensprozeß einzubeziehen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die arabischen Regierungen auf die sozialen Probleme in ihren Gesellschaften ausgesprochen unflexibel reagieren. Meine Frage ist deshalb, ob dies heißt, daß auch Hamas im wesentlichen durch die ökonomische und soziale Situation bedingt ist. Mit anderen Worten: Werden der Einfluß und damit auch die terroristische Kapazität von Hamas zurückgehen, wenn sich die materielle Lage für die Menschen in den palästinensischen Gebieten verbessert, oder sind hier auch andere Dinge im Spiel? Deshalb sollten wir nicht nur über die palästinensischen Selbstmordkommandos sprechen, so tragisch und verabscheuungswürdig diese sind.

Herr Hirschfeld fordert von Arafat härtere Maßnahmen in der Terrorismusbekämpfung, Arafat wurde von 89 Prozent der Wähler zum Präsidenten der Autonomiegebiete gewählt. Damit hätte er im Prinzip ausreichende politische Handlungsmöglichkeiten, um eine politische - nicht nur eine sicherheitspolitische - Initiative zu ergreifen und Hamas politisch herauszufordern.

Nusseibeh

Herr Liel sprach das Thema Trennung versus Integration an. Ich meine, die Palästinenser sollten offen sein, den für sie wirtschaftlich vernünftigsten Weg einzuschlagen, und selbst entscheiden, ob es für sie günstiger ist, mit Trennung oder mit Integration zu beginnen, ob in der Partnerschaft mit Jordanien oder mit Israel oder mit einem anderen Staat. Wir sollten uns nicht festlegen, was unsere Beziehung zu möglichen Partnern angeht.

Gewiß, in einer ersten Reaktion wünschten viele Palästinenser kurz vor und kurz nach der Unterzeichnung der Friedensabkommen eine Trennung von Israel. Das war sicher eher eine gefühlsmäßige als eine vernunftbetonte Reaktion. Ich meine, wir Palästinenser sollten diese Frage ganz rational analysieren, um zu sehen, wohin uns der Weg jeweils führt. Ich halte es jedenfalls für wichtig, daß wir genauso wie die Israelis danach fragen, wie sich das Beste aus den Beziehungen zwischen uns machen läßt, wie immer dies dann aussieht.

Was Hamas angeht, sollte man eine klare Unterscheidung treffen zwischen der Gruppe von Terroristen und jener politischen Gruppierung, der sich die Terroristen zugehörig fühlen. Ich meine, mit den Menschen, die in Kalkilia demonstriert und eine Autobusattrappe verbrannt haben, kann man reden, und genau das müssen wir tun. Jeder von uns, der dem Frieden eine Chance geben will, ist verpflichtet, auf diese Menschen zuzugehen, um ihnen zu erklären, was für die Palästinenser wichtig ist und wo ihre Interessen jetzt und in Zukunft liegen. Leider kann man nicht mit allen Menschen reden, und wir können nicht verhindern, daß einige eigenmächtig handeln werden. Dies ist eine traurige Wahrheit nicht nur für Palästinenser, sondern auch für Israelis, ebenso wie für Menschen in Irland, in England oder in Frankreich. Es gibt eben die, die nicht bei Verstand sind und die eher psychiatrischer Behandlung bedürften, als sich mit ihnen politisch auseinanderzusetzen. Es ist unbestritten, daß sie unsere Feinde sind und man gegen sie vorgehen muß.

So wie Herr Hussein möchte auch ich meine Trauer und mein Mitgefühl zum Ausdruck bringen. Wir haben seit dem Anschlag von Sonntag nicht miteinander gesprochen, aber unsere Reaktion war die gleiche. Ich meine, es ist wichtig für die Menschen in Israel zu erkennen, daß auch die Palästinenser voll Trauer und Mitleid reagiert haben.

Aber wir sollten sorgsam unterscheiden. Die generelle Haltung von Hamas ist teils sozial, teils wirtschaftlich und teils politisch motiviert. Unsere Aufgabe auf der palästinensischen Seite ist es, die Menschen zu einen. Die Israelis sehen sich einer ähnlichen Herausforderung gegenüber, nämlich die Menschen innerhalb der israelischen Gesellschaft zusammen zuführen. Wir hoffen, daß dieser Prozeß gelingt und werden alles tun, um ihn zum Erfolg zu bringen.

Einige Bemerkungen noch zu Jerusalem. Auch ich weiß nicht, ob es eine praktikable Lösung dieses Problems gibt. Aber wir sollten uns immer wieder intensiv darum bemühen. Man kann diese Frage pragmatisch angehen oder eine mehr ideelle Perspektive dazu einnehmen. Ob wir aber über den Großraum Jerusalem oder über die Verwaltungseinheit sprechen, worauf es ankommt, ist, all jene Menschen vor Augen zu haben, denen die Frage am Herzen liegt, und ein Konzept zu entwickeln, das Israelis und Palästinensern gleichermaßen gerecht wird. Ich bin inzwischen sicher, daß ein solches Konzept besser ist als eines, das nur für eine Seite optimal ist. Das entscheidende Kriterium ist für mich die Liebe, die wir alle für Jerusalem empfinden. Diese Empfindung sollten wir über unsere jeweiligen nationalen und auch politischen Interessen stellen. Unsere Zuneigung und Liebe für Jerusalem sollte am Anfang stehen, um dann zu sehen, wie die Verhandlungen geführt werden müssen.

Husseini

Ich meine, es sind insbesondere vier Themen, über die wir hier sprechen: Sicherheit, Wirtschaft, Integration und Jerusalem.

Zunächst zur Frage der Sicherheit und der Wirtschaft, die sich aus palästinensischer Sicht nicht trennen lassen. Wir Palästinenser brauchen unbedingt Sicherheit. Wenn wir unsere Infrastruktur entwickeln und attraktiv für Investoren von außerhalb sein wollen, um das nötige Know-how und Kapital zu erhalten, dann geht dies nicht ohne Sicherheit, ohne die es keine Stabilität gibt. Diese Sicherheit ist nicht nur für uns Palästinenser wichtig, sondern auch für die Israelis, die in unseren Gebieten leben. Sicherheit setzt indes voraus, daß wir bei uns uneingeschränkte Souveränität erlangen. Abstriche bei der Souveränität verringert die Kontrollmöglichkeiten, was wiederum die Sicherheit reduziert. Wie sollen wir uns an irgendwelche Spielregeln halten, wenn die entsprechenden Voraussetzungen nicht gegeben sind? Jedenfalls können wir dann nicht wirklich effektiv handeln.

Dazu gehört vor allem, daß wir unsere eigenen Angelegenheiten ohne jede Einmischung von außen selbst regeln können. Die Israelis sind in eben dieser Lage, ihre Sicherheitsinteressen ohne jede Einmischung seitens der Palästinenser selber wahrzunehmen.

Um Ihnen ein Beispiel zu geben. Seit sieben Monaten versuchen wir, Hamas und andere Gruppen davon zu überzeugen, ihre Aktionen einzustellen. Mit Zustimmung der Israelis ist es uns sogar gelungen, uns einige Male mit Hamas-Leuten außerhalb zu treffen, und zwar in Ägypten, wobei sich eine gewisse Übereinstimmung in den Auffassungen abzeichnete. Dann haben die Israelis aus Sicherheits-, vielleicht auch aus politischen Gründen entschieden, auf unserem Gebiet aktiv zu werden und Jiche Ajash zu töten, der für einige schreckliche Bombenanschläge in Israel verantwortlich war. Hier muß die Frage erlaubt sein, ob Rache wirklich wichtiger ist, als Frieden zu schließen.

Die Aktion hat zwei Fragen aufgeworfen: Erstens wirkte sie als Provokation gegenüber jenen Gruppen, die wir überredet hatten, ihre terroristischen Aktivitäten einzustellen, das heißt Gruppen, mit denen wir, unter Zustimmung der Israelis, Verhandlungen begonnen hatten. Wir Palästinenser erschienen dadurch unglaubwürdig, weil dies den Anschein erweckte, daß wir in unseren eigenen Gebieten nicht souverän sind und die Kontrolle ausüben können. Zugleich sind damit die palästinensischen Behörden nicht in der Lage, irgendwelche Zusagen in politischen Fragen einzuhalten. Im Ergebnis bedeutet dies, daß einige Flügel der Hamas und andere Gruppierungen meinen, damit seien alle Zusagen, die wir ihnen gegenüber gemacht haben, ungültig geworden. Die Folge sind die jüngsten schrecklichen Ereignisse. Was die Israelis vielmehr hätten tun sollen, wäre gewesen, uns den Aufenthaltsort von Jiche Ajash bekanntzugeben und ihn uns zu überantworten, damit er überwacht oder inhaftiert würde. Ihn auf unserem Gebiet zu töten, war unzulässig. Hoffentlich werden die Israelis in Zukunft Übereinkommen mit uns wichtiger nehmen, als Rache zu nehmen und derartige Strafaktionen durchzuführen.

Daraus ergibt sich eine zweite Schlußfolgerung: Die Israelis müssen erkennen, daß sie es bei den Palästinensern in bezug auf Sicherheitsfragen mit Partnern, nicht mit Feinden zu tun haben. Ich kann verstehen, daß sie die Grenzen schließen wollen, aber es ist mir unverständlich, warum davon auch die offiziellen palästinensischen Vertreter betroffen sind, die in Sicherheitsfragen oder anderen politischen Angelegenheiten unterwegs sind und sich jetzt nicht mehr frei bewegen können. Auf diese Weise werden unsere Möglichkeiten, die Dinge unter Kontrolle zu halten, ernsthaft behindert. Wir tun alles, was wir können; aber ohne Bewegungsfreiheit in unseren eigenen Gebieten können wir eben nicht genug tun.

Was die Wirtschaft betrifft, sehe ich für die Zukunft keine andere Option als eine offene regionale Zusammenarbeit im Nahen Osten. Ich habe wiederholt darauf hingewiesen, daß es im nächsten Jahrhundert auch für Länder wie England, Frankreich, Deutschland oder Italien keine andere Möglichkeit gibt, wie soll das dann erst für Staaten wie Israel, Jordanien, Libanon oder Palästina der Fall sein? Zu regionaler Kooperation, verbunden mit einer gewissen wirtschaftlichen Integration, gibt es keine Alternative. Anders haben wir keine Zukunft und werden zu den größten Verlierern des kommenden Jahrhunderts gehören.

Dieses Ziel erreichen wir aber nur durch Schaffung eines palästinensischen Staates. Das ist kein reines Wunschdenken. Ich weiß, daß für kleine Staaten kein Platz mehr ist. Aber nur auf diesem Wege werden wir das Palästina-Problem lösen und den Palästinensern das Gefühl geben, daß sie kein Volk ohne Heimatland mehr sind - ungeachtet all der Probleme, die daraus entstehen. Von einer solchen Basis aus können wir dann auch politische Ansätze für regionale Kooperation entwickeln. Das

könnte mit einer Zusammenarbeit mit Jordanien oder anderen Ländern beginnen. Aber das Ziel muß eine regionale Kooperation sein.

Schließlich zur Frage der Integration, die wir befürworten. Wir sind nicht für Trennung. Wenn aber eine Integration zustande kommen soll, muß sie auf Gleichberechtigung basieren. Es kann keine Integration geben, die nur auf Kosten der einen Seite geht. Andernfalls wird die Bevölkerung auf Trennung bestehen. Integration bedeutet gleiche Rechte und Partnerschaft. Diese Voraussetzungen sind bisher nicht erfüllt. Deshalb lehnen die Menschen die Integration ab und ziehen unter den gegenwärtigen Bedingungen die Trennung vor, weil ihnen der Preis für Integration zu hoch ist.

Wir haben ein gewisses Verständnis dafür, daß Israel die Grenzen zu den palästinensischen Gebieten abschließt. Aber wir können nicht verstehen, warum wir gleichzeitig unsere Grenzen zu Ägypten, Jordanien und anderen Ländern schließen müssen. Warum müssen wir so völlig unter israelischer Kontrolle stehen? Wenn Sie die Grenze zwischen Gaza und Israel schließen, mag das angehen, aber Sie können uns doch den Zugang zum Meer offenhalten, damit Investoren aus Deutschland, aus Europa und aus der übrigen Welt sich nicht um ihre Investitionen besorgen müssen, wenn die Grenzschließung noch restriktiver wird.

Aus diesem Grund würde ich eine Politik begrüßen, die den Trend zu regionaler Kooperation nicht behindert und uns nicht mehr die überwiegenden Kosten für diesen Prozeß aufbürdet.

Eine letzte Bemerkung zu Jerusalem, das nicht mit irgendeiner anderen Hauptstadt auf dieser Welt vergleichbar ist. Unabhängig davon, ob Jerusalem nun eine arabische, muslimische, jüdische oder christliche Stadt ist, ist sie aufgrund ihrer historischen Bedeutung einzigartig. Hier konzentriert sich die Geschichte unserer Welt, und eben das macht Jerusalem für alle so bedeutsam. Wenn wir das nicht erkennen und akzeptieren, werden wir keinerlei Fortschritte erzielen. Eine dauerhafte Lösung muß uns allen - Moslems, Christen, Juden, Palästinensern oder Israelis - das Gefühl geben, daß dies unsere Stadt ist. Ich begrüße den Tag, an dem ich als Palästinenser oder als Moslem oder als Christ oder als was auch immer sagen kann: "Unser aller Jerusalem."

Ich als Palästinenser bin der Auffassung, daß diese Stadt eine offene Stadt sein muß, mit freiem Zugang für jeden, in der zumindest alle wichtigen Gebäude beider Hauptstädte für alle zugänglich sind.

Hirschfeld

Wenn ich Sari Nusseibeh und Faisal Hussein zuhört, dann wird deutlich, daß es viele Gemeinsamkeiten, viel Vertrauen in das Bemühen um wirkliche Partnerschaft und Dialog gibt. Wir verstehen, daß wir uns hier nicht in einem Nullsummenspiel befinden, sondern daß wir alle nur gewinnen können. So weit, so gut. Bei allem Wissen um die Bedeutung von Partnerschaft und gegenseitigem Vertrauen, haben beide Seiten nun eine Form von Dialog entwickelt, der - und das bedaure ich sehr - auf Krisenbildung und Krisenlösung beruht, wie sich an einer Reihe von Beispielen zeigen läßt. Da wir wissen, daß wir aufeinander angewiesen sind, entsteht immer wieder die Situation, daß die Palästinenser uns einen Ball zuwerfen, um zu sehen, ob wir ihn zurückschlagen.

In Sicherheitsfragen beispielsweise haben wir schreckliche Erfahrungen gemacht. Nachdem Arafat am 1. Juli 1994 in Gaza eingetroffen war, hat er sowohl mit uns zusammengearbeitet als auch die terroristische Option aufrechterhalten. Es gab seitdem viele terroristische Aktivitäten. Wir haben ihn wiederholt aufgefordert, mit uns kein doppeltes Spiel zu treiben und sich an den Krisenbildungen nicht zu beteiligen. Aber wir sind bei ihm auf taube Ohren gestoßen mit der Folge, daß die Dinge für ihn und für uns von November 1994 bis Februar 1995 völlig außer Kontrolle gerieten. Daraufhin setzte Rabin eine harte politische Linie durch, und von israelischer und internationaler Seite wurde Druck auf die Palästinenser ausgeübt. Während bis April 1995 die Doppelstrategie der Palästinenser nicht aufhörte, trat im April 1995 ein Wandel ein, und die Palästinenser nahmen eine konstruktivere Haltung ein.

Wir haben uns an diese Art von Dialog gewöhnt, der auf dem Kennedy-Muster von Konfrontation und Dialog beruht. Bei vielen Problemen versuchen unsere palästinensischen Freunde immer wieder herauszufinden, wie weit sie gehen können. Sicher, wenn wir zusammensitzen und gemeinsam überlegen, sind die Gemeinsamkeiten groß genug, um Lösungen zu finden.

Aber Sie sollten sich des Dilemmas bewußt sein, das aus einem solchen Dialog entsteht. Was ich erwarte, ist, daß Sie auf Ihrer Seite eine härtere Gangart, etwa gegen die Palästinenser einschlagen, die Autobusattrappen verbrannt haben. Wenn die Palästinenser nicht von sich aus härtere Maßnahmen ergreifen, wird das Feuer nicht nur uns, sondern auch der gemäßigten palästinensischen Führung schaden. Aber ich will hinzufügen: Bei dem, was Faisal Hussein und Sari Nusseibeh sagen,

habe ich den Eindruck, daß es Grund gibt, eher optimistisch als pessimistisch zu sein, weil offensichtlich eine Basis für den Dialog vorhanden ist.

Hadi

Als ich unmittelbar nach der Golfkrise, beim ersten Treffen zwischen Palästinensern und Israelis in Granada, gesprochen hatte, standen einige unserer israelischen Freunde auf und sagten: Wir verstehen, worüber Sie sprechen, aber uns gefällt Ihr Ton nicht; es ist der Ton der 20er Jahre. Auf dieser Konferenz hier sagt unser israelischer Freund wiederum, er verstehe, worüber wir sprächen, aber unser Ton sei der der 80er Jahre. Ich verstehe dies als Kompliment, denn ich habe mich innerhalb von nur sechs Jahren um fünf oder sechs Jahrzehnte bewegt. Das bedeutet, daß Sie uns Palästinenser besser kennenlernen müssen.

Wir gelangen jetzt aus einem Stadium der Besetzung in ein Stadium der nationalen Selbständigkeit, hin zu einem unabhängigen Staat. In dieser Übergangsphase gibt es Zwänge, denen auch wir ausgesetzt sind und nicht nur die Israelis. Ich möchte noch einmal wiederholen: Halten Sie uns keine Predigt. Sagen Sie uns nicht, was wir zu tun haben. Wir sind erwachsen genug und sind selbst dem Friedensprozeß hinreichend verpflichtet.

Sie müssen aber auch unsere Zwangslage verstehen. Wie soll Präsident Arafat Kontrolle und Stabilität garantieren und die palästinensische Gesellschaft regieren, wenn er in Gaza in die Ecke gedrängt wird? Er konnte am Sonntag drei politische und religiöse Führer zusammen mit Faisal Hussein! nicht empfangen, weil die Israelis dies nicht erlaubt haben. Dabei sollte es in diesen Gesprächen um den Fortgang des Friedensprozesses gehen. Gestern wurde es Präsident Arafat nicht gestattet, nach Nablus zu fahren.

Wie sollen die Palästinenser davon überzeugt werden, daß dieser Friedensprozeß auch ihnen Stabilität und Sicherheit gibt, wenn ihre Führung gewissermaßen eingesperrt wird und die Grenzen nach Jordanien und Ägypten weiterhin geschlossen bleiben, weil dies den israelischen Befindlichkeiten entspricht? Die Israelis müssen die Zwangslage erkennen, in die sie unsere Führung bringen. Es stimmt, daß Präsident Arafat von 85 Prozent der Bevölkerung gewählt wurde. Aber er ist isoliert und wird ins Abseits gedrängt.

Noch ein Wort zur Frage Trennung oder Integration. Warum trete ich für eine Trennung ein? Wenn die Israelis weiterhin Siedlungen auf palästinensischem Territorium haben, dann wird es am Ende de facto einen binationalen Staat geben; denn wir wissen genau, wie es um die demographische Situation in diesen Gebieten steht. Sind die Israelis bereit, diesen Weg zu einem binationalen Staat weiterzugehen, oder wollen sie einen jüdischen Staat, der an einen palästinensischen Staat grenzt?

Die Trennung ist in der Übergangsphase notwendig, wenn die Palästinenser die Grundlage für einen unabhängigen Staat schaffen wollen, und zwar bevor sie entscheiden, ob sie eine Konföderation mit Jordanien bevorzugen oder ein unabhängiger, eigenständiger Staat in der Region sein wollen. Ohne eine Trennung läuft die Entwicklung auf einen binationalen Staat hinaus, den gegenwärtig niemand will.

Herr Nusseibeh sprach über das geliebte Jerusalem. Es hat in der Tat Gespräche .Treffen und Studien über Jerusalem gegeben. Aber wenn die Rhetorik der bevorstehenden israelischen Wahl die Arbeiterpartei, die öffentliche Meinung in Israel und die Diskussion über die Zukunft Jerusalems lahm, werden wir nie eine Lösung erreichen. Peres hat in seiner Rede vor dem Kongreß gesagt: den Frieden zu gewinnen ist wichtiger, als die Wahlen zu gewinnen. Deshalb sollten wir uns nicht von der Rhetorik schrecken lassen, die der Likud in bezug auf Jerusalem anstimmt.

Es ist nicht Peres, der Jerusalem teilt, Jerusalem ist bereits eine de facto geteilte Stadt. Wenn wir von Ostjerusalem nach Westjerusalem kommen, dann wissen wir, daß wir es mit zwei Gesellschaften, zwei Völkern, zwei Kulturen, und mit einer jeweils anderen Geschichte zu tun haben. Wir sollten diese Gegebenheiten anerkennen und daraufhinwirken, daß die öffentliche Meinung die Realität versteht, um die Zukunft zu gestalten. Wir sind wirklich an einer Teilung der Stadt interessiert, die sich als offene, freie Stadt präsentieren sollte, mit zwei Hauptstädten, zwei Fahnen und auch zwei Gesellschaften, die sich auf der Grundlage der Gleichberechtigung anerkennen müssen.

Wenn Sie angesichts der bevorstehenden Wahlen davor zurückschrecken und die Furcht ihre Herzen und Köpfe gefangen nimmt und Sie meinen, Sie müßten Israel von dort aus regieren, werden Sie ins Abseits geraten. Dann überlassen Sie es der Opposition, dem Likud, den Hardlinern und Fundamentalisten, die Zukunft Israels zu bestimmen.

Ein weiterer Punkt, den ich hier ansprechen möchte: Es geht nicht darum, die Europäer in das Nahost-Problem einzubeziehen, sondern umgekehrt, die Palästinenser und Israelis den Europäern nahezubringen. Die Europäer sind ein besonders wichtiger Partner in diesem Prozeß, und sie müssen beiden Seiten dabei helfen, einen neuen Nahen Osten aufzubauen. Wenn sie zögern, beeinflußt durch die Pläne Washingtons oder durch rechte Argumentationen, werden wir wieder da sein, wo wir angefangen haben.

Die Europäer werden wirklich gebraucht, um beide Seiten zu unterstützen. Zum einen müssen sie behilflich sein, daß sich die israelische öffentliche Meinung für den Friedensprozeß aufschließt und ihre Zurückhaltung aufgibt. Die Palästinenser setzen darauf, daß sie ihnen dabei helfen, ihren künftigen unabhängigen Staat aufzubauen. Und der arabischen Seite geht es darum, daß Israel in den neuen Nahen Osten integriert wird und nicht umgekehrt.

Bar-On

Ich bin mir nicht sicher, ob ich es emotional mit Herrn Abdul Hadi aufnehmen kann. Doch lassen Sie mich versuchen, einige Ergebnisse der bisherigen Diskussion zusammenzufassen.

Sehr klar herausgekommen sind die Schwierigkeiten, die mit einer Demokratie einschließlich all ihrer Widersprüche einhergehen und die wir Israelis, die Palästinenser und auch die Europäer zu bewältigen versuchen.

Lassen Sie mich die Widersprüche ganz offen ansprechen. Herr Abdul Hadi hat gesagt, Friede sei wichtiger, als Wahlen zu gewinnen. Das ist gewiß richtig. Aber die Wahlen sind in dieser Situation, angesichts der bestehenden Problemlage, wichtig für den Frieden. Daraus resultieren gewisse Widersprüche. Das heißt, wir müssen bestimmten Umständen Rechnung tragen, und Politiker glauben, gewisse Dinge sagen zu müssen. Und dann gibt es auch objektive Tatbestände.

Wenn wir über Politik sprechen, dann ist dies nicht leicht, wenn wir die menschliche Seite, die Opfer bedenken. Die Ereignisse vom Sonntag haben die Politik bei uns verändert, und zwar zum Schlechteren. Ich stimme aber Herrn Hussein! zu, daß die Anstrengungen, die dazu führten, daß wir sieben Monate ohne Terrorismus gewesen sind, die Politik ebenfalls verändert haben. Doch seit den Ereignissen vom Sonntag sehen wir uns wiederum einer anderen Wirklichkeit gegenüber, beziehungsweise die Politiker sehen sich mit einer veränderten Sachlage konfrontiert. Das sollte man bedenken. Die Trauer überdeckt die Politik; aber die Politik ist wichtig für den Frieden.

Beide Seiten sind weitgehend in der Lage, die Argumente der anderen Seite nachzuvollziehen. Sie kennen unsere Argumente, und wir kennen die Ihren. Wir versuchen ebenso nüchtern zu sein wie Sie. Und doch haben wir es mit einer veränderten Wirklichkeit zu tun, mit der wir jetzt umgehen müssen.

So stoßen wir in der Frage der angesprochenen Demonstrationen sofort auf die Widersprüche der Demokratie. Auf der einen Seite treten wir alle für völlige Meinungsfreiheit ein, auf der anderen Seite können solche Meinungsäußerungen die Atmosphäre vergiften. Unsere europäischen und deutschen Freunde wissen sehr gut, wovon ich spreche. Sollen Sie etwa die Skinheads von Anfang an verbieten oder nicht? Auch da zeigt sich ein Dilemma, mit dem wir alle leben müssen, um schließlich unser Ziel zu erreichen. Das ist ein pragmatischer Prozeß und mitunter eine recht unerfreuliche Politik. Politik bedeutet ihrem Wesen nach Kompromiß, und Kompromisse schließen heißt nicht in jedem Falle, zwischen zwei guten Lösungen oder zwei uns genehmen Positionen zu wählen.

Ich verstehe die heutige palästinensische Haltung sehr gut. Ich habe sie lange Zeit, zwischen 1948 und 1988, nicht verstanden. Oder anders ausgedrückt: Ich habe sie wohl verstanden, aber ich habe nicht begriffen, warum sie sich der Kooperation, dem Dialog, der Bereitschaft zu Gesprächen so völlig verweigert haben. Gott sei Dank ist diese Zeit vorbei. Wir brauchen uns nicht damit aufzuhalten.

Im Augenblick müssen wir uns auf die nächsten drei Monate konzentrieren, die äußerst schwierig werden. Alon Liel sagte, daß Rabin und Peres den Kurs der israelischen Politik mit einer Mehrheit von 61 zu 59 Sitzen verändert haben. Ich muß Ihnen nicht erklären, wie schwierig es ist, mit einer so knappen Mehrheit zu arbeiten. Zwei Stimmen weniger, und man kann nichts mehr machen. Darum wird es in den kommenden drei Monaten gehen. Um Herrn Abdul Hadi zu antworten: Ich werde Ihnen nicht sagen, was Sie tun oder lassen sollen. Sie wissen das ebensogut wie ich. Ich kenne Ihre Schwierigkeiten. Zumindest Teilen der israelischen Regierung sind diese ebenfalls bewußt. Und wir müssen es immer wieder versuchen und vorangehen.

Was Jerusalem betrifft, will ich nicht auf die Einzelheiten eingehen. Wenn ich in meinem Referat gesagt habe, daß es Probleme gibt, deren Lösung künftigen Generationen überlassen werden muß,

so meinte ich damit nicht jene, die wir, wie hier zu Recht betont wurde, so gut es geht, lösen müssen, ohne ständig die ideale Lösung vor Augen zu haben. Je mehr wir unsere eigene Idealvorstellung wiederholen, um so schwerer werden wir mit dem Problem umgehen und so eine Situation schaffen, in der Lösungen immer unwahrscheinlicher werden. Ich meine, bei allem Ehrgeiz in unseren Zielen sollten wir bescheiden in unseren Mitteln sein.

Meroz

Zwei kurze Bemerkungen zu den Ausführungen von Herrn Abdul Hadi: Er sprach von der Notwendigkeit der Trennung, aber ich bin nicht sicher, ob er auch Jerusalem in dieses Konzept eingeschlossen sehen möchte.

Weiterhin kritisierte er die von israelischer Seite geäußerte Präferenz im Hinblick auf langfristige politische Lösungen wie Föderation oder Konföderation. Er sieht darin eine Einmischung in innere palästinensische Angelegenheiten. Ich selber habe meine Zweifel, ob diese beiden Möglichkeiten überhaupt praktikabel sind, aber das Vorbringen solcher Ideen ist sicherlich noch keine Einmischung in die Angelegenheiten anderer. Es ging ja hier nicht um eine Aufforderung zu politischem Handeln, sondern lediglich um in die Diskussion geworfene Gedanken.

Blomeyer-Bartenstein

Hanan Bar-On bezweifelte, ob die gegenwärtige Generation noch darauf hoffen könne, den Status von Jerusalem eindeutig zu klären und dauerhaft festzulegen. Statt dessen hält er für eine Übergangszeit praktische Regelungen für möglich, die sich sogar als solide erweisen könnten. Für viele ist der Status von Jerusalem in der Tat ein so delikates und kompliziertes Thema, daß man es von allen Fragen, die im Friedensprozeß anzugehen sind, am besten ganz ans Ende setzt, in der Hoffnung, daß die in anderen Punkten erzielten Lösungen eine positive Atmosphäre schaffen, die es erlaubt, auch mit diesem schwierigen Thema umzugehen.

Hanan Bar-Ons Zweifel reichen aber offensichtlich über den Augenblick, an dem Gespräche über den endgültigen Status von Jerusalem beginnen, hinaus. Wie reagiert die palästinensische Seite darauf? Wie beurteilt sie seine Idee, zwischen Verwaltungsgrenzen und den Grenzen für den Großraum Jerusalem zu unterscheiden? Könnte dies die Suche nach einer Lösung vereinfachen?

Hadi

Damit Sie sich keine falschen Vorstellungen über Präsident Arafats Machtbefugnisse im Autonomiegebiet machen: Er kann seine Amtsgewalt nicht auf das Westjordanland ausdehnen, solange es noch immer im Ermessen der Israelis liegt, inwieweit ersieh frei bewegen kann. Ich möchte es noch einmal wiederholen: Zwei Palästinenserführer der Opposition und ich waren zu einem Abendessen bei Arafat in Ramat Gan eingeladen. Am Grenzkontrollpunkt in Gaza wurden wir von den Israelis aufgehalten und mußten 48 Stunden warten. Erst dann wurde uns gestattet, den Präsidenten zu treffen.

Wenn die Bevölkerung ihren Präsidenten nicht treffen und der Präsident selbst nicht nach Ramallah, Nablus oder Kalkilia reisen kann, dann ist seine Amtsgewalt so eingeschränkt, daß er nicht in der Lage ist, für Sicherheit zu sorgen. Ihm sind die Hände gebunden, und er ist zur Zeit in Gaza eingesperrt. Deshalb kann man nicht verlangen, daß Präsident Arafat die israelische Sicherheit garantieren soll.

Wie Herr Hussein gesagt hat: Weniger Amtsgewalt bedeutet weniger Sicherheit. Er kann keine Kontrolle ausüben, solange seine Amtsautorität vom israelischen Ermessen abhängt. Ohne israelisches Einverständnis kann er nicht einmal nach Ägypten oder nach Amman oder einen anderen Ort reisen. Wir können ihn nicht treffen, wenn die Israelis es nicht gestatten, und er kann nicht im Westjordanland erscheinen, solange die Israelis es nicht zulassen. Was in bezug auf die Sicherheitsfrage wirklich notwendig ist, ist nicht, nach einem Sündenbock Ausschau zu halten und jemanden verantwortlich zu machen, der Garantien geben sollte.

Wir Palästinenser haben uns sehr bemüht, einen offenen Dialog zwischen allen Gruppen aufrechtzuerhalten, damit die Übergangsphase als Sprungbrett zur Herstellung eines unabhängigen palästinensischen Staates akzeptiert wird. Selbst die Hamas-Führer haben bei der letzten Wahl ihre Stimme abgegeben. Die weltliche Opposition hat für den gewählten Rat gestimmt. Die Leute sind dafür, daß dieser Prozeß fortgeführt wird. Deshalb darf man nicht nach einem Sündenbock suchen und den Palästinensern die Verantwortung dafür geben, daß sie die israelische Sicherheit zu garantieren hätten. Beide Seiten müssen sich jetzt bemühen, diesen Dialog aufrechtzuerhalten und

nicht irgend jemanden auszuschließen. Unsere Seite schließt weder die Hamas noch den Dschihad aus der aktuellen Situation aus. Es liegt in israelischer Verantwortung, ihre Fundamentalisten und Hardliner zu kontrollieren, um sicherzustellen, daß in den nächsten Tagen keine Aggression oder Racheakte verübt werden. Dieser Teufelskreis der Gewalt wird so lange weitergehen, wie niemand darüber spricht und man immer nur nach Sündenböcken sucht.

Neuwirth

Hanan Bar-On und Mahdi Abdul Hadi haben das problematische Verhältnis von Sicherheitsrisiken, Wahlen und dem Friedensprozeß angesprochen. In diesem Zusammenhang sollte ein Wort zu den Medien gesagt werden. Mahdi Abdul Hadi sagte zu Beginn: Den Monologen und den ständig wiederholten Fernsehbildern von den gleichen Gewaltszenen sollte etwas entgegengesetzt werden. Natürlich müssen die Bilder gezeigt werden. Doch man sollte auch die Gesichter der Menschen von der "anderen Seite" zeigen. Warum spricht man nicht mit Palästinensern; warum läßt man nicht auch palästinensische Intellektuelle mit ihren persönlichen Reaktionen zu Wort kommen? Warum beschränkt man sich allein auf Israel und gibt anderen nicht die Gelegenheit, einige der Mißverständnisse zu korrigieren, die aus der einseitigen Darstellung entstehen?

Baram

Zunächst einige Bemerkungen zu Herrn Abdul Hadi: Wenn Baruch Goldstein unschuldige Menschen ermordet hat, ist das eindeutig Israels Verantwortung. Wenn dagegen ein fundamentalistischer Eiferer 25 Israelis tötet, ist dies zur Hälfte Ihre und zur Hälfte unsere Verantwortung. So habe ich Sie jedenfalls verstanden, und da bin ich anderer Meinung. Sicher, den Palästinensern werden im Augenblick erhebliche Beschränkungen auferlegt. Aber verglichen mit der Zeit vor zweieinhalb Jahren, haben sie jetzt die volle Kontrolle über eine Reihe von Städten - auch wenn Sie da anderer Ansicht sind. Wir intervenieren dort überhaupt nicht mehr. Wenn Sie wollen, daß Israel die noch bestehenden Beschränkungen aufhebt - und das wird geschehen;- , dann müssen Sie zumindest bei jedem Schritt zeigen, daß Sie wenigstens Ihr Bestes tun, um Terroranschläge zu unterbinden.

Ich habe keine Meinungsumfragen unter der jüdischen Bevölkerung in Israel durchgeführt. Ich bin vom Mittagessen in meinem Kibbuz hierhergekommen, in dem ich geboren wurde. Es ist ein Hashomer Hatzair Kibbuz, der linksgerichtet ist. Die Mitglieder gehören zu den überzeugtesten Vertretern der sogenannten Taubenfraktion, die Sie in Israel finden können. Aber selbst in meinem Kibbuz hätte noch vor einiger Zeit niemand so über den Friedensprozeß gesprochen, wie es heute der Fall ist, auch nach den Selbstmordbomben in Tel Aviv und Jerusalem nicht. Die Leute sagen, daß sie genug haben. Das sind Menschen, die an den Demonstrationen nach dem Mord an Rabin teilnahmen, die über seinen Tod geweint haben; Menschen, die seit fast 50 Jahren in der vordersten Reihe der israelischen Friedensbewegung standen. Alle, mit denen ich in meinem Kibbuz heute gesprochen habe, sagen, daß unser Premierminister unter den gegebenen Umständen keine Wahl hat, ob uns das gefällt oder nicht. Wenn er politisch überleben und seine Linie fortsetzen will, muß er etwas tun, um zu erreichen, daß Arafat mehr Verantwortung übernimmt.

Vielleicht haben Sie das Gefühl, daß nicht mehr getan werden kann und daß uns das alles nicht weiterführt. Ich sehe das anders und meine, daß Arafat zwar nicht alles, aber sehr viel mehr tun kann, als er im Augenblick tut. Das glaubt jedenfalls die jüdische Bevölkerung in Israel. Nehmen Sie das bitte so mit nach Hause, um Ihren Leuten eine realistische Einschätzung zu vermitteln, was in jüdischen Kreisen gedacht wird. Das geht in beide Richtungen; denn auch ich möchte wissen, was man auf Ihrer Seite denkt. Das wäre der Beginn eines Dialogs. Sie müssen mein Problem verstehen, und ich werde mein Bestes tun, Ihre Probleme zu verstehen. Mein Eindruck ist, Sie haben noch nicht wirklich verstanden, was vor sich geht.

Hadi

Um es mit allem Respekt zu wiederholen: Bitte versuchen Sie nicht, uns dauernd darüber zu belehren, was wir tun oder lassen sollen. Um es für alle deutlich zu sagen: Meine Anwesenheit hier als Palästinenser in einer durch das Massaker aufgeheizten Situation ist eine klare Botschaft. Wir sind ein Volk, das viele Wunden, Leiden und Schmerzen erlitten hat, und wir verstehen auch Ihren Schmerz und Ihr Leiden. Wenn ich trotz allem heute hier bin, in diesem israelischen Gebäude, dann ist das eine unmißverständliche politische Botschaft sowohl an das israelische Volk, als auch an die Teilnehmer hier und an die Europäer, daß wir das schreckliche Geschehen nicht nur verurteilen, sondern es auch überwinden wollen. Aber wir wollen auch, daß Sie uns sehen und zuhören und unsere Probleme verstehen.

Auch zu den Sicherheitsfragen kann ich nur wiederholen, was ich bereits gesagt habe. Dieser Bereich liegt nicht in der Verantwortung der jetzigen palästinensischen Selbstverwaltung, die stark gehandikapt ist, wie Ihnen die israelischen Sicherheitsbehörden bestätigen können. Sie werden in die Ecke gedrängt, eingesperrt und haben nicht die volle Autorität. Der israelische Sicherheitsdienst ermordete den jungen Ingenieur Ayash in Gaza zu einem Zeitpunkt, als die palästinensischen Behörden es gerade geschafft hatten, die Führung von Hamas in Kairo und in Khartum dazu zu bringen, alle militärischen Operationen gegen Israel einzustellen, die palästinensischen Wahlen nicht zu boykottieren und an den kommenden Gemeindewahlen teilzunehmen, um das palästinensische Haus mitzubauen. Die Israelis haben all das gefährdet und die Verhandlungen im palästinensischen Haus durchkreuzt. Wir haben sie damals vor Racheakten gewarnt und gesagt, daß man Selbstmordattentate nicht verhindern kann.

Der einzige Weg, um zu verstehen, was hier vorgeht, ist, anstelle des Monologs einen echten Dialog einzuleiten. Sie sollten verstehen, daß wir uns genau wie Sie an einem Scheideweg befinden. Unsere Gesellschaft ist in sich genauso gespalten wie die israelische. Arafat wollte mit seiner Rückkehr nach Gaza den Graben zwischen außen und innen schließen und eine binationale Eigenstaatlichkeit etablieren. Wir bewegen uns vom Status eines besetzten Gebietes über eine Übergangsphase, in der die palästinensische Selbstverwaltung ein politisches System aufbaut, hin zu einem unabhängigen palästinensischen Staat. Im Moment sind wir weder souverän noch unabhängig, noch frei. Erwarten Sie also nicht von uns, daß wir etwas leisten, was wir unter diesen Umständen nicht leisten können.

Wenn Sie wollen, daß wir das leisten, helfen Sie uns und beenden Sie den Besatzungsstatus jetzt. Erst wenn die israelische Armee in unseren Territorien nicht mehr präsent ist, auch nicht mehr für die Siedlungen und die Siedler, wenn die Palästinenser frei sind, sich zu versammeln, wo und wie sie es wollen, erst dann werden wir wirklich in der Lage sein, miteinander zu reden, einen Konsens zu erarbeiten und schließlich Sicherheit und Stabilität zu gewährleisten.

Noch ein Wort zum Status von Jerusalem, ein sehr schwieriges und kompliziertes Thema. Die Palästinenser wollen die Stadt nicht schließen und keine Mauern bauen, sondern sie gemeinsam verwalten. Wir sind für eine offene, eine freie Stadt, die gemeinsam regiert wird, ein Forum der Koexistenz. Allerdings können wir in dieser Richtung nur weiterkommen, wenn wir die gegenwärtigen Probleme der palästinensischen Gesellschaft beheben die Probleme mit Wohnungen, Gesundheit, Erziehung, Entwicklung, Projekten und Investitionen. Wir haben noch sehr viel Arbeit vor uns. Deshalb versuchen Sie bitte, unsere Position zu verstehen.

Propper

Herr Abdul Hadi, Sie wissen, daß wir auf dem Gebiet der Wirtschaft und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit einer Meinung sind. Deshalb kann ich das, was Sie eben gesagt haben, einfach nicht verstehen. Ich hoffe, daß Sie es nicht so gemeint haben; denn falls Sie das wirklich glauben, sind unsere Probleme gravierender, als ich dachte.

Wenn wir nicht davon ausgehen, daß Arafat die Verantwortung trägt für das, was in seinem Territorium geschieht, wird keine Sicherheit einkehren, und solange wir keine Sicherheit haben, wird es auch keinen Frieden geben. Wenn dies so ist, verliert der Friedensprozeß seine Unterstützung von Leuten wie mir, und ich weiß nicht, wie viele Menschen sich dann noch für ihn einsetzen werden. Ich sage dies aus tiefstem Herzen, weil ich nicht glaube und nicht akzeptieren kann, daß Sie und Arafat die Dinge nicht kontrollieren können.

Sie sagen, die Palästinenser könnten sich nicht frei versammeln. Aber wir haben im Fernsehen gesehen, wie sich 10.000 Menschen in Kalkilia versammelt haben, um die Attrappe eines israelischen Busses zu verbrennen. Wenn sie sich vor drei Tagen zu diesem Zweck versammeln konnten, können sie sich auch versammeln, um etwas anderes zu tun. Wenn die palästinensische Polizei in Gaza in ihren Reihen Männer hält, die jüdische Siedler ermordet haben, und sie diese Männer nicht festnimmt, um sie zumindest zu verhören, oder vor Gericht zu stellen, werden wir den Friedensprozeß verlieren.

Ich habe das Buch durchgeblättert, das Sie uns gegeben haben, Herr Abdul Hadi. Der Inhalt besteht zum großen Teil in einer Auflistung von "Verbrechen" der israelischen Polizei gegenüber Palästinensern in den letzten sieben Jahren. Wenn das Buch 1993 erschienen wäre, könnte ich das noch verstehen, aber es wurde 1996 herausgegeben. Was wollen Sie damit erreichen? Wollen Sie die jungen Leute der palästinensischen Selbstverwaltung mit einer Aufzählung von israelischen "Verbrechen" erziehen? Wollen Sie, daß wir auch Bücher veröffentlichen, in denen palästinensische Verbrechen aufgelistet werden? Wo würde uns so etwas hinführen? Ich meine, solche Dinge müssen abgeschafft werden. Wir sollten im Interesse der Zukunft Ihrer und meiner Kinder damit aufhören.

Schäfer

Zu dem, was Premierminister Peres gestern abend gesagt hat und was heute hier wiederholt wurde, möchte ich Herrn Abdul Hadi folgende Frage stellen: Hängt die Bekämpfung des Terrorismus wirklich so sehr von Jassir Arafats Geschicklichkeit und Handlungsfähigkeit ab, oder ist dies eine zu vereinfachte Vorstellung? Herr Hirschfeld meinte dazu, Arafat habe mit seiner Wahl die nötigen Mittel bekommen und müsse jetzt handeln. Mir ist sehr wichtig, ob Sie dies auch so sehen.

Ich meine, wir sollten nicht unterstellen, daß Arafat auch nur indirekt an den Terroranschlägen in den letzten Tagen schuld ist; anderenfalls würde ich große Probleme für den Friedensprozeß sehen. Das heißt, wir müssen deutlich machen, was wir von ihm erwarten. Ich frage mich, ob die Leute, die diese Attentate verübt haben und die für die furchtbaren Ereignisse vor zwei Tagen in Jerusalem verantwortlich sind, nicht die gleichen sind, die auch Arafat ermorden würden, wenn sie eine Gelegenheit dazu bekämen.

Herr Abdul Hadi hat dann betont, die Palästinenser dürften nicht in eine jordanisch-israelische Konföderation gezwungen werden. Wie sehen denn Ihre langfristigen Pläne in dieser Hinsicht aus? Könnte man in einer Langzeitperspektive nicht auch über eine israelischpalästinensische Föderation nachdenken? Im Augenblick scheint so etwas noch sehr weit entfernt, aber auf lange Sicht könnte das durchaus eine Möglichkeit sein.

Hadi

Ich möchte die Frage der Sicherheit ansprechen sowie Präsident Arafats Verantwortung in diesem Punkt, wie es gestern abend mit Herrn Peres aufkam. Auch als Palästinenser und als Wissenschaftler kann ich mir nicht vorstellen, wie irgend jemand Selbstmordattaken verhindern kann. Wenn Menschen bereit sind, sich selbst umzubringen, werden sie dies tun. Nicht einmal Herr Peres kann Selbstmordattentate in Israel verhindern. Sicherheitsprobleme bedürfen der Zusammenarbeit zwischen der von den Palästinensern eingesetzten Verwaltung und der israelischen Regierung. Solange die Palästinenser über Ereignisse, Pläne und Ideen im dunkeln gelassen werden, können sie nichts tun. Herr Husseini hat dazu auf öffentlichen Veranstaltungen wiederholt gesagt: "Je weniger Selbstbestimmung, desto weniger Sicherheit."

Solange es keine Integrität der palästinensischen Territorien gibt, solange die Palästinenser nicht vereint sind, sondern isoliert in Städten und Ortschaften leben müssen, und solange die palästinensische Selbstverwaltung dort nicht die tatsächliche Kontrolle hat, wird niemand in der Lage sein, Sicherheitsfragen wirklich zu kontrollieren. Deshalb glaube ich nicht, daß es etwas nützt, Präsident Arafat die Schuld zuzuschieben oder mehr Druck auf ihn auszuüben. Es ist eine Frage der vertrauensvollen Zusammenarbeit, um damit nicht nur die Gewalt zu beenden, sondern auch alle Gruppen einschließlich des politischen Flügels von Hamas und des Islamischen Jihad in den Friedensprozeß einzubeziehen.

Herr Schäfer fragt dann nach den jordanisch-palästinensischen Beziehungen. Sie alle hier wissen, wie sich unsere Beziehungen im Laufe der Geschichte entwickelt haben und daß wir eine besondere Beziehung zu Jordanien haben. Im Augenblick stehen wir am Beginn einer Übergangsphase, in der die Palästinenser sich zunächst ihren internen Aufgaben widmen und ein eigenes unabhängiges politisches System aufbauen. Das ist eben erst im Entstehen, und man kann kaum erwarten, daß die Palästinenser nun gleich auf den fahrenden Zug aufspringen und etwa die sofortige Konföderation mit Jordanien anstreben. Lassen Sie die Palästinenser zunächst diese internen Aufgaben lösen, das heißt ihre eigenen nationalen Institutionen aufbauen, damit sie gleichberechtigt mit anderen zusammenarbeiten können. Wenn dies erreicht ist, werden sie auch in der Lage sein, ihre regionalen Beziehungen zu gestalten. Bis dahin brauchen wir eine arabische strategische Allianz. Wir brauchen die Hilfe Jordaniens und auch Ägyptens, um unsere Eigenstaatlichkeit zu etablieren.

Shoval

Die schreckliche Tragödie in Jerusalem ist für die Israelis wie ein Schock gewesen. Sie hat uns wieder die Dinge bewußt gemacht, die viele von uns nach dem Mord an Rabin aus den Augen verloren hatten. Ich meine jene offensichtliche Tatsache, über die sich die Israelis bei den anstehenden Wahlen klarwerden müssen und nicht nur die Emotionen, die verständlicherweise durch die Ermordung Rabins ausgelöst worden waren.

Es ist natürlich immer riskant, in der Politik etwas vorhersagen zu wollen, aber ich bin ziemlich sicher, daß in Israel in drei Monaten ein Regierungswechsel ansteht. Ich denke, wir werden eine Mitte-Rechts-Regierung bekommen, die von Herrn Netanjahu geleitet wird. Welche Auswirkungen wird dies

auf den Friedensprozeß haben? Ich will klar sagen, daß eine von Likud geführte Regierung den Friedensprozeß fortführen wird, vielleicht sogar noch energischer, als es die jetzige Regierung in der gegenwärtigen Situation tun kann. Wir haben nicht die Absicht, den Friedensprozeß zurückzudrehen.

Bei den Gesprächen über den endgültigen Status von Jerusalem werden wir sicherlich Änderungen anstreben, ebenso im Sicherheitsbereich und auch im Hinblick auf die Dynamik des in Oslo begonnenen Prozesses. Hier unterscheiden sich unsere Vorstellungen von denen unserer palästinensischen Partner und auch einiger Mitglieder der jetzigen Koalition.

Eine künftige israelische Regierung wird sich entschieden gegen die Gründung eines palästinensischen Staates wenden, und sie wird keine Teilung oder Aufteilung Jerusalems gestatten, weder de jure noch de facto. Aber andererseits werden wir uns nicht in die inneren Angelegenheiten der Palästinenser mischen, solange unsere Sicherheit oder unsere Außenpolitik davon nicht betroffen sind. Wir wollen, daß sie ihre Dinge selbst regeln. Wir hoffen auf eine Zusammenarbeit mit den Jordanern; aber das hängt in erster Linie von den Jordanern und den Palästinensern ab. Natürlich können wir weder den einen noch den anderen vorschreiben, was sie später tun sollen, aber mir scheint, daß es auch wirtschaftlich sinnvoll wäre, Jordanien, die Palästinenser und Israel durch irgendeine lose oder engere Struktur zu verbinden.

Ich war selbst an Verhandlungen mit Jordanien und auch mit den Palästinensern beteiligt und habe die Erfahrung gemacht, daß die Palästinenser sehr viel realistischer sind, als das gemeinhin behauptet wird. Deshalb glaube ich, daß wir diese Verhandlungen fortsetzen werden und daß ein Übereinkommen sehr viel dauerhafter sein wird, als es unter einer linksgerichteten Regierung möglich wäre. Denn die Mehrheit der Israelis versteht, daß sie bei einem von einer Mitte-Rechts-Regierung geschlossenen Abkommen jedes Zugeständnis und jeden Kompromiß akzeptieren müssen und können, die vermutlich erst nach sehr viel härteren Verhandlungen zustande kommen, wie es seinerzeit bei unseren Verhandlungen mit Ägypten der Fall war. Ich hoffe, daß unsere arabischen Nachbarn, auch die Palästinenser, erkennen werden, daß jedes durch eine Mitte-Rechts-Regierung geschlossene Übereinkommen dauerhaft ist und auch in Zukunft von keiner Opposition in Israel mehr angefochten werden kann, jedenfalls nicht von den Parteien der linken Mitte oder von den rechtsextremen Parteien, die aber ohnehin vernachlässigt werden können.

Hadi

Wenn ich Sie richtig verstehe, Herr Shoval, wird eine Likud-Regierung den Friedensprozeß fortsetzen. Heißt das, daß wir demnächst Herrn Netanjahu zu einem Treffen mit Arafat in Gaza begrüßen dürfen? Sie sagten auch, daß Sie den Palästinensern und Jordanern nichts vorschreiben wollen - heißt das, daß wir eines Tages König Hussein und Arafat zu Gesprächen mit Netanjahu in Jerusalem sehen werden? Ich habe noch eine Frage, was Sie zur Akzeptanz des Friedensprozesses und der dazu nötigen Voraussetzungen gesagt haben: Wie wollen Sie Syrien entgegenkommen, wenn Sie nicht bereit sind, vom Golan abzuziehen? Wie wollen Sie Syrien als künftigen Partner im Friedensprozeß gewinnen, wenn die Formel "Land gegen Frieden" nicht gemäß dem Zeitplan des Friedensprozesses umgesetzt wird?

Ich versuche wirklich, Sie zu verstehen, weil Sie sozusagen die Hälfte der israelischen Bevölkerung repräsentieren und ich als Palästinenser eher ein Interesse an einem Konsens als an einem Dissens in Israel habe. Die Palästinenser möchten mit den Israelis als Partner im Friedensprozeß zusammenarbeiten, und zwar mit der ganzen Gesellschaft, nicht nur mit einer Hälfte.

Sind Sie bereit, mit uns über die Fragen des endgültigen Status zu reden, also über die Probleme von Jerusalem, der Flüchtlinge, der Grenzen und der Siedlungen? Sind Sie bereit, uns Palästinensern und Arabern dabei entgegenzukommen, oder werden Sie sagen, das seien abgeschlossene Kapitel, wie es die Regierung von Shamir getan hat, um dann 15 oder 20 Jahre weiterzuverhandeln, bis die Tatsachen die Grundlagen völlig verändert haben?

Mortimer

Herr Shoval, wie wollen Sie den Teil des Friedensprozesses handhaben, der Syrien betrifft? Kann sich der Likud tatsächlich einen Rückzug von den Golanhöhen vorstellen?

Stürmer

Die syrische Frage ist in der Tat die große Herausforderung.

Shoval

Die Syrien-Frage ist nicht nur eine große Herausforderung, sie ist außerdem noch etwa tausend Meter hoch. Herr Dr. Abdul Hadi hatte eine ganze Liste von Fragen und Kommentaren. Lassen Sie mich mit der Bemerkung beginnen, daß man ein hervorragender Partner sein kann, ohne voll integriert zu sein. Dort, wo ich wohne, bin ich ein guter Nachbar einiger meiner Nachbarn, aber ich lebe nicht in ihrem Wohnzimmer, und sie nicht in meinem.

Israels Zukunft als Staat der Juden hängt von dem besonderen Charakter seiner Gesellschaft und des Landes ab. Wir wollen nicht ein kleines zweitklassiges Land im großen Nahen Osten werden. Wenn wir weiterhin jüdische Immigranten aus dem Ausland anziehen wollen - und Juden wandern zur Zeit vor allem aus der früheren Sowjetunion, aus den USA und auch aus Südafrika ein;- , dann müssen wir eine der fortschrittlichsten Gesellschaften in der Welt bleiben, in wirtschaftlicher, kultureller und technologischer Hinsicht und in der Entwicklung unserer Demokratie. Genau das versuchen wir. Das ist natürlich nicht einfach, besonders vor dem Hintergrund der Tatsache, daß wir in der Vergangenheit Kriege führen mußten und weiterhin gegen Gewalt kämpfen müssen.

Ich hoffe, daß sich unsere Nachbarländer im Nahen Osten eines Tages in die gleiche Richtung entwickeln wie wir. Ich halte die Amerikaner nicht für sehr realistisch, wenn sie anderen Ländern vorschreiben wollen, welche Regierung sie sich wählen oder wie sie regiert werden wollen, aber es wäre gewiß viel einfacher für uns, wenn die uns umgebenden Länder Demokratien wären. Soweit ich weiß, haben demokratisch regierte Länder noch nie gegeneinander Krieg geführt, und wir wissen alle, daß Entscheidungen in einer Demokratie auf ganz andere Weise getroffen werden als in nichtdemokratischen Ländern. Ich brauche wohl keine aktuellen Beispiele aus dem Irak oder aus anderen Ländern in unserer Nachbarschaft anzuführen, um den Unterschied zwischen demokratischen und nichtdemokratischen Gesellschaften deutlich zu machen.

Ich bin davon überzeugt, Herr Abdul Hadi, daß das palästinensische Volk ein mindestens ebenso großes Interesse wie Israel an einer eigenen Regierung, an Freiheit, Selbstverwaltung und besonders am Frieden hat. Sie haben ein ebenso großes Interesse wie wir daran, zu einer Übereinkunft mit uns zu kommen. Israel hatte viele Probleme: Wir hatten die Intifada, aber die Intifada ging damals schon langsam zu Ende. Israel ist ein Staat, und Israel wächst. Es hat eine blühende Wirtschaft, und diese Blüte begann bereits ohne den Friedensprozeß, nämlich in den Jahren 1989 und 1990 als Resultat der Einwanderung, erhöhter Investitionen und einer Reduzierung der Rolle des Staates in der Wirtschaft.

Natürlich hilft der Friedensprozeß dabei, das ist keine Frage, aber die Palästinenser sollten realistisch sein und begreifen, daß Israel vor allem deswegen entgegenkommen zeigt, weil wir nicht über ein anderes Volk herrschen wollen. Um den Charakter eines demokratischen jüdischen Staates zu bewahren, wollen wir keine Kolonialisten sein. Wir sind daran interessiert, daß sich die Palästinenser so weit wie möglich selbst regieren, ohne dabei unsere Sicherheit zu gefährden.

Sie haben nach unserer Bereitschaft gefragt, Ihnen in bezug auf Jerusalem, die jüdischen Siedlungen und die Flüchtlinge entgegenzukommen. Ich hoffe, Sie wollen damit nicht andeuten, daß Israel von vornherein bestimmte Bedingungen akzeptieren muß, um überhaupt weiter mit Ihnen über den Frieden reden zu können. Wie Sie wissen, haben wir es seit Camp David so gehalten, daß jede Seite in den Verhandlungen über den endgültigen Status alles, was sie erreichen möchte, ins Gespräch bringen kann, und zwar ohne Vorbedingung, weder von israelischer noch von palästinensischer Seite.

Wenn Sie Jerusalem auf die Tagesordnung setzen wollen, so ist das Ihr gutes Recht. Wir werden dann entgegenhalten, daß Jerusalem zu diesem Zeitpunkt kein Verhandlungsgegenstand ist, daß es immer das Zentrum des jüdischen Volkes gewesen ist und daß das auch so bleiben wird. Ich könnte mir vorstellen, daß wir über Fragen der religiösen Verwaltung verhandeln und vielleicht noch über weitergehende Themen, aber Jerusalem selbst steht nicht zur Debatte. Das sollte allen ganz klar sein. Ich habe mit den Palästinensern in den Verhandlungen in Madrid und Washington sehr gute Erfahrungen gemacht, und wenn sie wirklich verhandeln wollen, kann ich mir nicht vorstellen, daß sie bei diesem Punkt sagen würden: "Okay, dann brechen wir die Verhandlungen eben ab, für uns kann hier nichts Besseres herauskommen." Bei Kompromissen müssen beide Seiten nachgeben, es ist keine Einbahnstraße.

Was Syrien betrifft, so handelt es sich hiervon Anfang bis zum Ende um eine Sicherheitsfrage. Es spielen natürlich noch andere Faktoren eine Rolle, so die Wasserfrage, die ich erwähnt habe und die ganz entscheidend ist. Außerdem leben dort 15.000 Israelis, und wir haben wirtschaftliche Interessen. Aber in erster Linie ist es eine Frage der Sicherheit, und die israelische Regierung, gleichgültig, ob Likud oder Arbeiterpartei, muß sich entscheiden, was wichtiger ist. Wie wichtig ist ein formaler Friedensvertrag mit Syrien, mit einem Land, das einen Großteil seines einstigen Einflusses verloren hat? Ich will die Bedeutung eines Friedensschlusses mit Syrien nicht herunterspielen, aber Syrien hat

zum Glück nicht mehr eine Schlüsselposition für den Frieden mit Israel und seinen arabischen Nachbarn inne;. Ist es wichtiger, wenigstens in der näheren Zukunft die Golanhöhen zu halten, um unsere Verteidigungsposition nicht zu schwächen, oder ist es wichtiger, Frieden mit Syrien zu schließen? Was würde dieser Friede bedeuten: den Austausch von Botschaftern, israelischen Touristen im Shuk von Damaskus und vielleicht einige syrische Touristen in Israel? Auch nach dem Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel sind nur wenige ägyptische Touristen nach Israel gekommen - dafür glücklicherweise viele Jordanier. Der Friedensprozeß mit Jordanien verläuft sehr erfolgreich.

Wenn wir die Golanhöhen besetzt halten, haben wir zwar keinen Friedensvertrag, aber wir haben de facto die Art von Frieden, die auch bisher schon zwischen Israel und Syrien herrscht, und vielleicht kämen noch einige Verbesserungen hinzu. Zwischen dem Status des Nichtkriegführens und einem unterzeichneten Friedensvertrag sind viele Möglichkeiten denkbar. So könnten wir vielleicht zu Teilabkommen in der Wasserproblematik und zur Libanon-Frage kommen, indem wir uns dafür einsetzen, daß Syrien von der Terrorliste der USA gestrichen wird. Wir könnten auch eine begrenzte wirtschaftliche Zusammenarbeit beginnen.

Mit dem Austausch von vollen diplomatischen Beziehungen könnte man dann noch warten, zumal Präsident Assad von einer solchen Möglichkeit nicht sehr begeistert ist. Er sieht dies eher als Preis, den er bezahlen muß, wenn er andere Ziele erreichen will. Israel dagegen würde einen Friedensvertrag als Gewinn ansehen, nicht als zu zahlenden Preis, und das schafft eine gewisse Asymmetrie bei den Verhandlungen.

Ich setze hier keinen Schlußpunkt. Ich erwähne dies nur, weil ich glaube, daß eine Regierung, sei sie vom Likud oder von der Arbeiterpartei geführt, all diese Dinge berücksichtigen muß. Israel ist in der syrischen Frage und über die Golanhöhen gespalten, aber diese Spaltung läuft nicht zwischen Likud und der Arbeiterpartei oder Links und Rechts, sondern mitten durch die Parteien und die ganze israelische Gesellschaft.

Al-Qaq

Ich möchte zunächst noch einmal wiederholen, daß sowohl die palästinensische Autonomiebehörde als auch ich selbst das Attentat vom Sonntag verurteilen. Wir sehen darin einen Rückschlag für den Friedensprozeß und hoffen sehr, daß er nur vorübergehend sein wird. Ich möchte den trauernden Familien mein Mitgefühl ausdrücken. Wir empfinden ihren Schmerz und ihre Verzweiflung ebenso stark wie bei unseren eigenen Mitbürgern. Es ist ein tragisches Ereignis, von niemandem gewollt, vor allem nicht von den Menschen, die auf den Frieden hinarbeiten; es hilft dem Frieden nicht weiter, und es hilft keiner Seite weiter. Nach sieben Monaten Frieden und einer relativ stabilen Sicherheitslage waren wir alle zutiefst erschüttert und überrascht von diesem Ereignis.

Die Palästinenser, Arafat und die palästinensische Autonomiebehörde, nehmen die Sicherheitsfrage sehr ernst; denn sie wissen, wie wichtig dies für die Israelis und für den Friedensprozeß ist. Arafat spricht diese Fragen auf der politischen und auf der Sicherheitsebene sowohl mit den Extremistengruppen als auch mit ihren Führern regelmäßig an. Wir haben in Gaza sogar einen Militärgerichtshof geschaffen, obwohl wir Palästinenser meinen, das sei nicht gerade ein idealer erster Schritt beim Aufbau der Demokratie. Dennoch dürfte klar sein, daß wir für die Sicherheit Israels nicht vollständig verantwortlich gemacht werden können, zumal Israel seine eigenen Sicherheitsvorkehrungen und -einrichtungen hat.

Ich denke, daß die Sicherheitsfrage zusammen mit den Palästinensern auf andere Weise angegangen werden sollte, nämlich durch gemeinschaftliche Arbeitsgruppen, durch Informationsweitergabe, auch von Informationen der Nachrichtendienste, aber vor allem auch durch die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation und der Lebensumstände sowie durch Öffnen der Grenzen, nicht durch ihre Schließung. An den Grenzübergängen Rafaha nach Ägypten und Allenby nach Jordanien gestattet Israel zur Zeit täglich nur Konvois von sieben Lastwagen gleichzeitig die Weiterfahrt, während an anderen Grenzübergängen 2400 Lastwagen die Durchfahrt durch Israel genehmigt wird. Diese Sicherheitspolitik verstehe ich nicht. Wenn Israel die Grenzen zu unseren Territorien schließen will, sollte es den Verkehr an den Grenzen mit Ägypten und Jordanien doch eher vereinfachen und beschleunigen, als diese Art von Strangulierungspolitik anzuwenden.

Wenn Israel die Übergänge zu den Territorien für so lange Zeit schließen will, müßte es die Palästinenser dafür entschädigen. Seit wir mit der Umsetzung der Friedensverträge begonnen haben, ist der Lebensstandard bei uns um 50 Prozent gesunken, die wirtschaftliche Situation wird immer schlechter, nicht besser, und das gegenseitige Vertrauen zwischen beiden Seiten nimmt ab, weil die Menschen endlich Veränderungen sehen wollen. Aber die gibt es nicht. Statt dessen waren die

Territorien 1994 und 1995 an insgesamt 210 Tagen abgeriegelt, was uns mehr gekostet hat, als wir an internationaler Hilfe empfangen haben. Wenn wir von durchschnittlich vier Millionen Dollar am Tag ausgehen, ergibt das einen Verlust von 840 Millionen Dollar. Dagegen haben wir seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages und der Übereinkunft von Oslo internationale Hilfe in Höhe von höchstens 740 Millionen Dollar erhalten.

Die Abriegelung lahmst uns, und sie löst auch die Sicherheitsprobleme nicht. Herr Arafat sollte nicht als Hüter der Sicherheit Israels, sondern als Palästinenserführer behandelt werden; denn wenn seine Autorität untergraben wird, führt das auch zu einem Sicherheitsrisiko. Dies alles müssen die Israelis berücksichtigen. Ich weiß um die Emotionen und den Schmerz; aber wir dürfen uns davon nicht von unserem Weg abbringen lassen, und wir dürfen den Extremisten auf beiden Seiten nicht in die Hände spielen, indem wir ihnen erlauben, eine führende Rolle im Friedensprozeß zu übernehmen.

Was die Wahlen in Israel betrifft: Die Palästinenser haben das Abkommen mit der israelischen Regierung unterzeichnet, und sie werden die Wahlentscheidung des israelischen Volkes respektieren. Wir sind auch nicht übermäßig besorgt über die Aussicht, die Likud-Partei könnte die nächste Regierung stellen; denn wir glauben, daß der Friedensprozeß nicht rückgängig zu machen ist. Alle Parteien müssen den Augenblick der Wahrheit erkennen und ihre Verpflichtungen einhalten. Wir haben die Interimsvereinbarungen akzeptiert, um letztlich eine Klärung des endgültigen Status nach den Resolutionen 242 und 338 und der Formel "Land für Frieden" zu erreichen. Der Weg der Palästinenser ist eine strategische, nicht eine taktische Wahl für den Frieden, und wir glauben, daß das Ergebnis all dieser Verhandlungen ein palästinensischer Staat sein sollte, in dem Palästinenser aus der ganzen Welt leben oder den sie besuchen können.

Die Hauptstadt dieses Staates ist Jerusalem, das arabische Ostjerusalem. Jerusalem ist nicht nur als Heiligtum wichtig. Dieser Aspekt kann zwischen den Israelis, den Palästinensern und der internationalen Gemeinschaft relativ leicht geregelt werden, und es gibt eine Reihe von Modellen für die Altstadt und die heiligen Stätten. Darüber hinaus muß Jerusalem jedoch auch das Herzstück des palästinensischen Staates werden. Man kann Jerusalem nicht vom Norden und vom Süden isolieren, indem man die Stadt abriegelt. Jerusalem spielt für die Zukunft unserer Wirtschaft eine zentrale Rolle, weil es zwei wichtige Bereiche vereint, die unsere Haupteinnahmequellen werden sollen, die Landwirtschaft und ganz besonders der Tourismus. Touristen kommen aber nur nach Palästina, wenn Jerusalem dazugehört.

Lassen Sie uns über die eine Milliarde Moslems, die 200 Millionen Araber und die Christen und Juden sprechen, die aus der ganzen Welt nach Jerusalem kommen werden. Dann müssen wir auch über regionale Zusammenarbeit und gegenseitige Abhängigkeit, über offene Grenzen und das Recht des freien Zugangs für all die Menschen reden, die aus Ägypten, der Türkei oder unseren anderen Nachbarländern kommen. Alle diese Länder spielen hier eine Rolle, und sie stellen Einflußfaktoren dar, um die Rechte für Moslems und Palästinenser in Ostjerusalem wahrzunehmen. Das ist bisher nicht geschehen. Wir sehen Jerusalem als offene Stadt, die zwei Hauptstädte für zwei Staaten vereint, ein leuchtendes Modell für den Frieden, wo die Menschen von all den Projekten und Unternehmungen profitieren können, die nach dem endgültigen Friedensschluß begonnen werden.

Jerusalem ist ein Schlüsselfaktor in der Entwicklung eines neuen Nahen Ostens. Die Stadt bedeutet sehr viel für uns, aber sie ist nicht nur ein Schlüsselfaktor für die Palästinenserfrage. Die Palästinenserfrage ist als Vehikel für arabischen Nationalismus und Weltrevolution benutzt worden, und jetzt wird sie von islamischen Extremisten mißbraucht. Ich habe sogar in Kairo Graffiti mit der Parole "Zurück nach Jerusalem" an den Wänden gesehen. Diese Frage steht im Zentrum des gesamten Friedensprozesses im Nahen Osten. Deshalb halten wir dies für das wichtigste Thema der kommenden Verhandlungen, ohne daß ich die Bedeutung der anderen Themen vermindern will. Aber die Flüchtlingsfrage und die Jerusalem-Thematik sind die schwierigen Punkte.

Elon

Könnten Sie uns etwas genauer sagen, wo Sie in Zukunft gemeinsame Interessen mit Israel sehen?

Al-Qaq

Vor allem natürlich im wirtschaftlichen Bereich. Der palästinensische Arbeitsmarkt wird noch viele Jahre lang von der israelischen Wirtschaft abhängig sein. Ich sehe aber voraus, daß auf lange Sicht viele kleinere Betriebe aus Israel in die palästinensischen Gebiete ziehen werden. Die israelische Wirtschaft expandiert sehr stark in Richtung auf High-Tech-Industrien und Technologien, und ich denke, ihr wird daran gelegen sein, arbeitsintensive Branchen wie die Textil- und Nahrungsmittelindustrie sowie die Landwirtschaft zunehmend zu den Palästinensern zu verlegen.

Davon abgesehen, streben wir offene Grenzen zwischen Israel und den Palästinensern an. Wir glauben, daß die Palästinenser für die Israelis die Brücke in die arabische Welt und den Nahen Osten bilden können. Ich sehe hier viele Möglichkeiten für gemeinsame Aktivitäten bei Kultur, Erziehung und Tourismus. Das sind einige Bereiche, bei denen wir und die Israelis gemeinsame Interessen haben.

Stürmer

Wir haben den aktuellen bilateralen Beziehungen zwischen dem Staat Israel und dem, was noch kein palästinensischer Staat ist, viel Aufmerksamkeit zugewandt. Sicherheit ist von vordringlicher Bedeutung, und ohne Sicherheit wird es weder Vertrauen noch Stabilität und daher keinen Frieden geben. Wir sollten uns jetzt den Einflußfaktoren und Mitspielern außerhalb Israels, Palästinas und Jerusalems zuwenden.

Hirschfeld

Hanan Bar-On hat in seinem Referat auch die Rolle des Iran im Nahen Osten angesprochen. Ich will das Kind offen beim Namen nennen: Die europäische Neigung, den Iran direkt oder indirekt zu unterstützen, wird von uns als Einmischung angesehen, die dem Friedensprozeß unzweifelhaft Schaden zufügt. In mancher Hinsicht spielt der Iran eine ähnliche Rolle in den internationalen Beziehungen, wie sie die Sowjetunion in den späten 40-er, den 50-er und 60-er Jahren gespielt hat. Sie kennen die Auffassung, daß die Sowjetunion durch ihr Verhalten, ob sie es wollte oder nicht, die Europäische Union und die Atlantische Allianz gestützt hat. Der Westen hat sich zusammengeschlossen, um zwei Bedrohungen seitens der Sowjetunion zu begegnen: Zum einen der militärischen Bedrohung - konventionell und atomar;- , zum anderen einer gesellschaftspolitischen Bedrohung.

Ähnliches gilt für den Iran im Nahen Osten. Der Iran stellt für uns und für die gesamte Region eine Bedrohung dar. Wenn Sie die BBC-Nachrichten verfolgt und gesehen haben, was heute morgen in Bahrein geschehen ist, wissen Sie, worüber ich spreche. Wenn man dem Iran erlaubt, seine Rolle zu spielen, legitimiert man damit seine Aktivitäten. Bezieht man keine klare Position, wird damit die Sicherheit jener arabischen Mitspieler im Friedensprozeß unterminiert, die sich nicht sicher vor der iranischen Einflußnahme fühlen. Während der Iran von anderer Seite unterstützt wird, sind die arabischen Länder nicht sicher, ob sie irgendeine Unterstützung bekommen werden.

Es gibt noch einen Grund, warum der Iran in seine Schranken gewiesen werden muß. Wenn man mit Syrien Frieden schließen will, muß man erkennen, daß die Syrer bislang ein Doppelspiel getrieben haben nach dem Muster: Zuckerbrot und Peitsche. Sie versuchen, sich zugleich eine Friedensoption und eine Kriegsoption offenzuhalten; die Friedensoption mit uns und die Kriegsoption gegen uns; die Friedensoption mit den anderen arabischen Staaten und die Kriegsoption gegen sie. Das Zuckerbrot beinhaltet, Verhandlungen zu führen, und die Peitsche bedeutet, sehr enge Beziehungen zum Iran zu unterhalten. Unterstützt man den Iran, signalisiert dies den Syrern, daß sie mit ihrem Doppelspiel weitermachen und Krieg und Frieden gleichzeitig haben können. Sie können mit den Israelis Frieden schließen und sie zu gleicher Zeit bedrohen, indem sie die Peitsche zeigen. Aber eines geht nur: entweder die Peitsche oder das Zuckerbrot. Sie können entweder das Spiel Frieden und Stabilität spielen oder Krieg und Destabilisierung, und Europa weiß sehr wohl, was den Vorzug haben sollte.

Krämer

Ich bin verwundert über die Art, wie hier über den Iran und den Fundamentalismus gesprochen wird. Ich frage mich, ob diese Dämonisierung des Iran nicht ein Zeichen von Hilflosigkeit ist, ein Versuch, die Bedrohungen und Herausforderungen, die vom Nahen Osten ganz allgemein ausgehen, irgendwie zu personifizieren. Es gibt tiefreichende und sehr beunruhigende Prozesse des sozialen und wirtschaftlichen Wandels, aber es fehlt an der Bereitschaft, sich den wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Herausforderungen zu stellen. Statt dessen besteht die Tendenz, darauf mit Nichtstun zu reagieren. Der politische Immobilismus gehört meiner Meinung nach zu den Hauptproblemen im Nahen Osten.

Ich denke dabei nicht an die Konflikte zwischen Israel und den arabischen Ländern, auch nicht an internationale, bilaterale oder multilaterale Beziehungen in der Region, sondern an interne Prozesse in den arabischen Ländern. Diese ständige Bezugnahme auf den Fundamentalismus als die Hauptbedrohung und den Iran als Hauptverursacher von Destabilisierung, Fundamentalismus und Terrorismus, darin sehe ich den Versuch, eine hochkomplexe Situation unzulässig zu vereinfachen.

Ich bin auch überrascht, daß man der Wirtschaftspolitik den Primat einräumt. Ich verkenne zwar nicht, daß es sehr ernsthafte wirtschaftliche Probleme gibt, aber sie machen nicht den Kern des Problems

aus. Im übrigen ist die Bevölkerungsentwicklung in allen arabischen Ländern - in allen nordafrikanischen Ländern sowieso, nicht nur in Tunesien aus verschiedenen Gründen rückläufig.

Mit anderen Worten: Das Hauptproblem sehe ich darin, daß die Regierungen die sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen in ihren eigenen Ländern nicht annehmen und eher mit Abschottung und Repression reagieren, statt sich politisch zu öffnen und zu liberalisieren.

Schäfer

Herrn Hirschfeld möchte ich widersprechen, wenn er behauptet, die Europäische Union, Deutschland oder andere europäische Länder, die einen kritischen Dialog mit dem Iran führen, unterstützen damit den Iran. Was wir versuchen, ist, den Iran zu beeinflussen. Nun wird auch bei uns die Meinung vertreten, wir sollten überhaupt keinen Kontakt zum Iran haben. Dies ist allerdings nicht die Position der Bundesregierung, die ich in der kommenden Woche im Bundestag darlegen werde.

Wegen dieser anstehenden Debatte war der stellvertretende iranische Außenminister letzten Donnerstag in Bonn. Eine der zentralen Fragen, die wir ihm gestellt haben, war, ob der Iran den israelisch-palästinensischen Friedensprozeß im Nahen Osten unterstützen wird. Wir haben ihm deutlich gemacht, daß davon viel abhängen wird und uns sehr daran gelegen ist. Vielleicht ist es naiv zu glauben, daß der Iran den Friedensprozeß nicht behindern will. Ich habe hinzugefügt: Der Iran könne uns durch sein Verhalten im Südlibanon von seinen guten Absichten überzeugen. Der kritische Dialog hat insofern bereits eine positive Wirkung gehabt, als der Iran jetzt Vertretern der UN-Menschenrechtskommission die Einreise in das Land gestattet hat. Außerdem wird die EU in Kürze mit dem Iran einen gemeinsamen Text zu Salman Rushdie verabschieden, was in sehr harten Verhandlungen erreicht wurde.

Der Dialog mit dem Iran dient auch nicht lediglich den Wirtschaftsinteressen der Deutschen oder anderer Länder, wie sich am starken Rückgang des Handelsvolumens mit diesem Land in den letzten Jahren zeigt. Wir meinen aber, daß Dialog hilfreicher ist als Isolation und Sanktionen. Diejenigen, die den Iran der Unterstützung terroristischer Aktionen bezichtigen - was bis zu einem gewissen Grad sicher zutrifft;- neigen dazu, die anderen arabischen Quellen des Terrorismus und des Fundamentalismus in Nordafrika zu übersehen, für die der Iran nicht verantwortlich ist. Dann sollten wir diese Länder auch beim Namen nennen, die beste Beziehungen zu westlichen Ländern unterhalten. Ich möchte also davor warnen, die Dinge allzusehr zu vereinfachen und so zu tun, als sei der Iran der einzige Schuldige.

Wir sind natürlich nicht so naiv, daß wir alles glauben, was uns vom Iran erzählt wird, und wir versuchen unablässig, im Interesse des Friedensprozesses Druck auf den Iran auszuüben. So habe ich zu Beginn der israelisch-palästinensischen Verhandlungen Außenminister Kinkel geraten, dem iranischen Außenminister Velajati deutlich zu machen, daß der Iran nachgeben und den Friedensprozeß unterstützen müsse - in seinem eigenen Interesse. Dies geschah auch in einem nachdrücklichen Schreiben des Außenministers an Velajati, und inzwischen haben wir diesen Standpunkt immer wieder vertreten. Ich bin fest davon überzeugt, daß es Kreise im Iran gibt, die in die internationale Gemeinschaft zurückkehren wollen. Diese Leute wissen, daß dies nur möglich ist, wenn das Land sein "Image" verändert und bereit ist, von der gegenwärtigen Politik abzulassen, die wir alle verurteilen.

Elon

Haben Sie vom iranischen Außenminister eine Antwort erhalten?

Schäfer

Die Antwort, die wir erhalten haben, war durchaus bedenkenswert und konnte nicht von vornherein verworfen werden. Die Probleme seien ihm bewußt, hieß es. Die Frage ist natürlich, inwieweit man einem stellvertretenden iranischen Außenminister Glauben schenken darf. Dennoch sollten wir bei jeder Gelegenheit deutlich machen, daß die Rückkehr des Iran in die internationale Gemeinschaft von seinem konkreten Verhalten abhängt.

Weidenfeld

Sie sprechen von Rückkehr des Iran in die internationale Gemeinschaft, Herr Schäfer. Ich denke, die Vereinigten Staaten werden dem weiterhin Widerstand entgegensetzen. Sie wissen, daß jede Annäherung, jedes Anzeichen von Schwäche unter den gegebenen Bedingungen kontraproduktiv ist.

Die Iraner können durchaus zwischen Stärke und Schwäche unterscheiden. Sie brauchen keine psychologische Behandlung.

Das betrifft auch die Einstellung der britischen Regierung, die derzeit eine harte Auseinandersetzung mit den Euroskeptikern über eine gemeinsame europäische Außenpolitik führt. Wenn es im Golfkrieg die Art von gemeinsamer Außenpolitik gegeben hätte, wie sie jetzt mit Mehrheitsentscheidungen und so weiter angedacht ist, dann hätte Saddam die Hälfte von Kuwait noch heute geschluckt, und wir könnten uns gegenseitig gratulieren.

Cetin

Die Türkei als Nachbarstaat des Iran weiß natürlich, welche wichtige Rolle dieses Land spielt, und wir kennen die Politik, die der Iran gegenüber seinen Nachbarländern in Zentralasien, gegenüber der Türkei und im Mittleren Osten spielt. Es gibt keinen Zweifel über die Methoden, die sie benutzen, und ich frage mich, wie wir damit umgehen sollen. Soll der Iran isoliert und sollen Sanktionen verhängt werden, oder ist es besser, den Dialog fortzusetzen? Das ist eine sehr wichtige Frage. Als früherer türkischer Außenminister verweise ich darauf, daß wir versucht haben, mit dem Iran einen Dialog zu führen und die anstehenden Probleme zu diskutieren. Das ist enorm wichtig nicht nur für die Türkei, sondern für ganz Europa und auch für den Mittleren Osten.

Stürmer

Die Frage, wie wir mit dem Iran umgehen, ist in der Tat äußerst wichtig, wie jeder weiß, der mit den Problemen in diesem Teil der Welt vertraut ist. Sie löst nicht nur tiefgreifende Emotionen aus, sondern berührt auch Diplomatie und Strategie der internationalen Beziehungen generell. In gewissem Sinne scheint die Iran-Frage Europäer und Amerikaner zu spalten. Die Europäer meinen, "Abschreckung und Entspannung" sei das Rezept gewesen, die Auseinandersetzung zu gewinnen mit dem ehemaligen "Reich des Bösen", das die USA, unterstützt von Israel, propagierten, die allein auf Konfrontation setzten. Oder ist dieser Eindruck falsch? Yair Hirschfeld ist in diesem Punkt sicherlich kein Vertreter der Taubenfraktion.

Hirschfeld

Ich bin der letzte, der gegen einen Dialog wäre. Als die Gespräche in Oslo begannen, haben wir dort einen sehr intensiven Dialog mit der PLO geführt, dafür jedoch die Einhaltung bestimmter Bedingungen vereinbart: Erstens mußte die PLO eine deutliche Erklärung gegen den Terrorismus abgeben. Was Arafat dazu zunächst veröffentlichte, war gänzlich unakzeptabel. Später folgte dann eine positive Erklärung seitens der Palästinenser, die den Dialog wollten. Die zweite Bedingung war, daß wir nur dann verhandeln würden, wenn sie bereit wären, mit uns nach Washington zurückzugehen. Wenn es keine Regeln gibt und man der anderen Seite nicht deutlich macht, was die Bedingungen sind, kann es keinen wirklichen Dialog geben.

Hadi

Ich habe kürzlich zusammen mit Delegierten aus Jordanien, dem Iran, Saudi-Arabien, Qatar, Frankreich, Italien und einigen anderen Ländern an einer Konferenz über den Nahen Osten in Italien teilgenommen. Dort erklärte uns der Vertreter des Iran, daß es in seinem Land drei Themen gebe, die absolut tabu seien und über die niemand rede: Die Präsidentschaft, den Fall Salman Rushdie und das Palästinenserproblem. Er sagte, daß die Iraner dringend Informationen von den Palästinensern benötigten, um ihnen zu verdeutlichen, was in Palästina geschieht und um die Öffentlichkeit im Iran über den Friedensprozeß aufzuklären. Er bat uns, sein Land nicht zu isolieren, und betonte, wie wichtig es sei, von den direkt Beteiligten über den Friedensprozeß informiert zu werden. Das Thema würde so lange tabu bleiben, wie wir uns vom Iran fernhielten.

Liel

Ich war bis vor etwa einem Jahr Botschafter in Südafrika. Der Iran ist ja keineswegs der erste international geächtete Staat, und die internationale Gemeinschaft - besonders der Westen - hat längst Methoden entwickelt, wie mit Geächteten umzugehen ist. Im Falle Südafrika hat der Westen das Apartheidsystem erfolgreich bekämpft, indem er Boykott und andere Sanktionen koordinierte. Deshalb überrascht es mich, daß die Diskussion über den Umgang mit dem Iran jetzt wieder hochkommt. Ich würde vorschlagen, einfach nachzulesen, welche Maßnahmen der Westen (einschließlich der UNO) in den Jahren nach 1977, besonders aber Mitte der achtziger Jahre, im Falle Südafrikas ergriffen hat. Davon könnte man sicher einiges lernen.

Weidenfeld

Was die Frage Iran/Irak betrifft, sollten die Europäer die Amerikaner nicht zu überholen versuchen. Das Argument, es brauche einen kritischen Dialog mit dem Iran, halte ich für gefährlich, und ich stimme Herrn Liel zu, daß Südafrika in dieser Hinsicht ein gutes Beispiel abgibt. Einige fordern ja auch, Saddam gegenüber großzügig zu sein und bestimmte Sanktionen aufzuheben oder zumindest neue Kriterien für die Fortsetzung der Sanktionen auszumachen. Dies ist für unsere Diskussion hier nicht unwichtig; denn der Irak stellt immer noch eine gefährliche Macht dar, und ich halte es für bedenklich, wenn einige europäische Mächte zögern, die Überwachung fortzusetzen oder sie zumindest einschränken zu wollen. Davon wäre die Sicherheit im Nahen Osten erheblich betroffen, und dies beunruhigt nicht nur Israel, sondern auch Jordanien und andere Länder.

Stürmer

Derartiges hat man aus Ebenhausen, Deutschland, nicht gehört.

Schmidt

Was die Unterstützung von Hamas durch den Iran angeht: Ist da nicht ein palästinensisch-iranischer Dialog notwendig? Das möchte ich auch die israelischen Gesprächspartner fragen. Des weiteren würde ich gern wissen, welchen Einfluß die Entwicklung der israelischen Gespräche mit Syrien auf die Einstellung des Iran gegenüber Hamas und den Palästinensern vermutlich haben wird. Die Frage ist also, inwieweit man einen kritischen Dialog mit dem Iran anstreben oder versuchen sollte, diesen Staat zu isolieren. Was bedeutet die Antwort auf diese Frage für den israelisch-syrischen Dialog? Wie werden sich Fortschritte in den Friedensverhandlungen - beispielsweise, wenn es um den Südlibanon geht - auf die iranische Position auswirken?

Reissner

Der islamische Fundamentalismus ist sicher nicht so tot wie der Kommunismus. Herr Abdul Hadi hat das Wort "Sündenbock" gebraucht im Hinblick auf die Sicherheitsprobleme, und mein Eindruck ist, daß Iran und der Fundamentalismus hier als eine Art Sündenbock benutzt werden oder doch als zwei Synonyme für Terrorismus. Ich bin da nicht so sicher, zumal die Europäer, besonders die Deutschen, aufgefordert sind, sich den Sanktionen anzuschließen oder jedenfalls mehr Druck auf Iran auszuüben. Ich habe da meine Zweifel - und Herr Schäfer hat einige wichtige Bemerkungen in dieser Richtung gemacht;- , ob die Europäer sich den Sanktionen anschließen sollten.

Im Augenblick nimmt Iran die Sanktionen sehr ernst, besonders seit die amerikanischen Sanktionen im Dezember letzten Jahres verschärft wurden. Dazu wurde mir von iranischer Seite gesagt, bisher hätten sie Sanktionen als eine ideologische Angelegenheit betrachtet, aber jetzt meinten sie, gehe es um handfeste Politik. Ich fand diese Einschätzung sehr interessant und irgendwie typisch. Was geschieht, wenn Deutschland und Japan sich den Sanktionen anschließen? Vielleicht führt das zu einem Regierungswechsel im Iran, aber das bezweifle ich erheblich, und selbst wenn es dazu käme, wäre ich skeptisch, ob dies ein Wechsel zum Besseren wäre. Ich glaube es nicht.

Wenn man sich dem sogenannten "zweiten Kreis" zuwendet, das heißt, wie wir Iran und seine Rolle in der Region beurteilen, müssen wir differenzierter vorgehen und dürfen nicht nur auf den sogenannten Fundamentalismus sehen. Wir sollten uns in Erinnerung rufen, daß nach der iranischen Revolution von 1979 und dem Krieg gegen den Irak der Fall der Sowjetunion das dritte wichtige Ereignis in der Geschichte Irans in diesem Jahrhundert war. Es hat nicht nur seine politische Orientierung verändert, sondern auch seine geopolitische und geographische Rolle. Aus geopolitischer und geographischer Sicht ist Iran ein anderes Land geworden. Er stellt nicht mehr nur eine Verlängerung des Nahen Ostens dar, sondern gehört voll Vorderasien und dem Nahen Osten an.

Welche Bedeutung Israel und der Friedensprozeß für Iran haben, ist sehr schwer zu beantworten. Manchmal denke ich, beides ist für die Iraner nicht sehr wichtig, es sei denn unter ideologischen Gesichtspunkten. Das mag einer der Gründe sein, warum in den iranischen Medien so viel über Israel und den Friedensprozeß berichtet wird. Man geht davon aus, daß die eigenen Anhänger es gerne sehen, wenn über den Feind geschrieben wird. Doch dabei muß genau unterschieden werden. So findet man etwa über das gegenwärtige Verhältnis zwischen Rußland und Iran sehr wenig in den iranischen Medien. Wenn man die Iraner fragt, warum das so ist, antworten sie: weil es da um sehr ernsthafte Dinge geht, vor allem um die tiefsitzende Sorge, von Rußland abhängig zu werden.

Der Friedensprozeß im Nahen Osten ist für Iran aus ideologischen Gründen wichtig. Die ideologische Ebene wird aber in dem Moment politisch, wenn sie innenpolitisch instrumentalisiert wird. Natürlich

unterstützt Iran die Hisbollah und die Hamas finanziell. Aber würde der Terrorismus aufhören, wenn Iran oder andere Kreise die Zahlungen einstellen würden?

Ich meine, es lassen sich in letzter Zeit gewisse Veränderungen im politischen Verhalten des Iran erkennen. Bisher wurde in Iran Politik betrieben, indem man sich häufig auf der einen Seite der Ideologie bediente, während man auf der anderen Seite schmutzige politische Tricks und kleinliches Feilschen anwendete. Mir scheint, die Iraner sind dabei zu erkennen, daß Politik auch die Einhaltung politischer Spielregeln bedeutet. Politisches Verhalten ist natürlich bedingt durch Ideologie, bestimmte Normen sowie politische und diplomatische Handlungen. Mein Eindruck ist, daß die Iraner allmählich begreifen, daß es nicht mehr ausreicht, die richtige Ideologie zu haben und dann mit Tricks und Feilschen zu arbeiten. Ich sehe da eine gewisse Tendenz für die Einsicht, daß nicht nur schöne Worte über Ziele und Prinzipien notwendig sind, sondern entsprechende Taten, um mehr Glaubwürdigkeit zu gewinnen.

Stürmer

Gibt es mehr Zweifel, wie man mit dem Iran umgehen soll?

Mortimer

Ich denke, Iran ist ein besonders interessantes Thema. Ich war recht fasziniert von der Idee, man könne die Erfahrungen, die wir mit Sanktionen gegen Südafrika gemacht haben, für unseren Umgang mit dem Iran anwenden. Ich frage mich nur, wie wir das umsetzen wollen.

Auf den ersten Blick handelt es sich um zwei völlig verschiedene Fälle. So ist beispielsweise nie versucht worden, Südafrika in der Weise zu isolieren, wie es die USA jetzt mit dem Iran vorhaben. Es ist nie ein völliges Handelsembargo gegen Südafrika verhängt worden. Südafrika war auch durch bestimmte Sanktionen des Westens sehr viel verwundbarer, weil es selbst zum Westen gehörte. Es gab nicht die erheblichen kulturellen Unterschiede, wie sie zwischen dem Westen und dem Iran bestehen. Boykottmaßnahmen auf sportlichen und kulturellen Gebieten erwiesen sich eine Zeitlang als sehr wirksam, um das Selbstbewußtsein der südafrikanischen Elite und ihren Willen zur Fortsetzung der Apartheid zu untergraben.

Wenn wir über Sanktionen reden, müssen wir uns über unsere Zielsetzung im klaren sein. In Südafrika war das Ziel eine Ablösung des Regimes. Wir alle waren davon überzeugt, daß Apartheid unmoralisch war und als Gesellschaftsform nicht toleriert werden konnte, weil sie auf offener, systematischer Rassendiskriminierung begründet war. Ist eine solche Veränderung auch unser Ziel für den Iran? Ein islamisches Regime mag nicht nach unserem Geschmack sein, aber sollen wir einem muslimischen Volk vorschreiben, daß es keine islamische Regierung haben darf und statt dessen eine Regierungsform übernehmen soll, die wir als Westminster-Demokratie bezeichnen?

Bar-On

Und wie steht es mit dem Terrorismus?

Mortimer

Südafrika hat in der Tat einige militärische Operationen außerhalb seiner Grenzen gegen die sogenannten Frontstaaten unternommen und dies als Gegenterrormaßnahmen hingestellt, genauso wie Israel bestimmte Militäraktionen, die es durchführt, interpretiert.

Es gibt einige wichtige Unterschiede. Wir wollen, daß der Iran aufhört, den Terrorismus zu unterstützen. Wie erreichen wir das, und können Sanktionen dabei eine Rolle spielen? Hier könnte Südafrika als Präzedenzfall möglicherweise interessant sein; denn es gab damals durchaus Meinungsunterschiede zwischen den westlichen Ländern darüber, in welchem Maße Sanktionen angemessen seien. Einige Länder, natürlich vor allem einige afrikanische Staaten sowie verschiedene Commonwealth-Länder, befürworteten eine harte Linie, während andere, insbesondere Großbritannien, meinten, dies würde wenig sinnvoll sein und man sollte sich besser konstruktiv engagieren. Margaret Thatcher hat in Kauf genommen, vollkommen isoliert und unpopulär dazustehen, weil sie diese Ansicht vertrat. Auf der Commonwealth-Konferenz in Kuala Lumpur wurde das ganz deutlich, als sie sagte: "Es ist mir gleichgültig, ob 49 gegen einen stehen, wenn dieser eine recht hat." Wir alle hielten dies damals für eine sehr arrogante und lächerliche Äußerung, aber die weitere Entwicklung war interessant. Ihre Haltung allein hätte natürlich keine Wirkung gehabt, wenn andere Länder nicht Sanktionen verhängt hätten. So aber gewann Frau Thatcher an Einfluß, konnte durch ihren Botschafter einen gewissen Druck auf die südafrikanischen Nationalisten ausüben und sie

dazu bewegen, ihre Politik zu ändern und schließlich zu dem Abkommen mit Mandela und allem, was dem folgte, zu gelangen. Dabei konnte sie folgendermaßen argumentieren: "Seht her, ich bin der einzige Freund, den ihr auf der Welt noch habt, und die anderen bedrängen mich, ebenfalls Sanktionen gegen euch zu verhängen. Ihr müßt mir jetzt Argumente liefern, damit ich bei meiner Linie bleiben kann."

In gewisser Weise verhält sich Herr Reissner ähnlich, wenn er in den Iran fährt, ebenso wie Herr Schäfer in seinen Gesprächen mit dem iranischen Minister. Ich sehe jedoch nicht, daß Europa eine einheitliche Position gegenüber dem Iran erarbeitet hat, außer vielleicht im Fall von Salman Rushdie. Auch in Europa gibt es erhebliche Differenzen, wie man mit dem Iran umgehen soll. Es spricht jedoch ekliges für diese Politik mit Zuckerbrot und Peitsche, bei der die USA und Israel die ganz harte Linie vertreten und damit dem Dialog der Europäer einen gewissen Biß verleihen. Die Europäer könnten gegenüber dem Iran dann so argumentieren: "Ihr findet das nicht gut, was die Amerikaner machen, und wir finden es nicht gut, daß die uns zu härterem Vorgehen zwingen wollen, aber wenn ihr euer Verhalten nicht mäßigt, wird es für uns sehr schwer, bei unserer Linie zu bleiben." Ich meine, daß es sinnvoller ist, zumindest einen gewissen Dialog mit der iranischen Regierung aufrechtzuerhalten, anstatt sie in die völlige Isolation zu drängen.

Ein derartiges Vorgehen wird nicht über Nacht Ergebnisse bringen, und ich bin etwas besorgt über das, was wir von Herrn Peres gestern abend zu diesem Thema gehört haben und was von unseren israelischen Freunden hier bekräftigt wurde. Da klang eine gewisse Verzweiflung durch, die ich durchaus nachempfinden kann. Der Friedensprozeß ist gegenwärtig zweifellos ernsthaft gefährdet, da ist die Versuchung groß, nach einer einfachen Erklärung zu suchen und zu sagen: "Die Iraner sind an allem schuld. Warum tut Europa nichts dagegen?" Ich glaube nicht, daß die Iraner an allem schuld sind. Sie machen wahrscheinlich alles schlimmer, aber das Problem liegt hier in Palästina, und hier muß es auch gelöst werden. Wenn dies nicht gelingt, wäre das sehr bedauerlich.

Propper

Herr Mortimer, Sie haben gesagt, irgend jemand sollte zu den arabischen Terroristen freundlich sein, damit es zum Dialog kommt. Darf ich Sie fragen, ob auch jemand zu den irischen Terroristen freundlich sein sollte, um einen Dialog zu ermöglichen? Sollen wir jemand aussuchen, der diese Rolle übernimmt? So etwas läßt sich von London aus leicht vorschlagen; aber ich lebe hier, und ich kann dem, was Sie gesagt haben, nicht zustimmen, so leid es mir tut.

Çetin

Ich denke, es steht uns nicht zu, über die inneren Angelegenheiten eines Landes zu diskutieren. Anders verhält es sich jedoch, wenn die Regierung eines Landes durch direkten oder indirekten Terror ihr System in andere Länder exportiert, wie es die iranische Regierung tut. Das ist das wirkliche Problem.

Wenn die Iraner eine fundamentalistische Regierung haben wollen, ist das ihre eigene Entscheidung, und das haben wir ihnen gegenüber auch ganz deutlich gemacht. Es ist weder unser Problem noch unsere Pflicht, uns mit der inneren Ordnung des Iran zu befassen. Es ist aber wichtig, daß wir uns mit den Methoden und Mitteln befassen, die sie benutzen oder benutzen wollen, um ihr System in andere Länder zu exportieren.

Wir sollten auch erkennen, daß trotz aller Bemühungen die gegenwärtige iranische Regierung nicht gerade erfolgreich ist. Das sollten sich die anderen islamischen Länder eingehend vor Augen führen. Es gab natürlich vieles, was man am Regime des Schahs kritisieren konnte, aber wenn man sich die Bilanz des jetzigen Regimes in den Bereichen Wirtschaft, Politik und Soziales ansieht, dann ist diese auch nicht sonderlich erfolgreich.

Liel

Die Iran-Thematik hat aus meiner Sicht mit der Palästina-Frage nichts zu tun. In den letzten zwei Jahren, seit dem Abkommen mit den Palästinensern hat es keine Änderung im Verhalten der Iraner gegeben. Wir erwarten dies auch in absehbarer Zukunft nicht.

Es gibt hier zwei Probleme. Das eine ist, der internationalen Öffentlichkeit deutlich zu machen, daß sich Israel gewissermaßen in einer Opferrolle befindet. Es ist schwierig, die Welt davon zu überzeugen, daß auch ein Land, das militärisch stark ist und dem es wirtschaftlich gut geht, ein Opfer sein kann. Selbst wenn wir 27 Opfer an einem Tag beklagen, ist es schwer, die Welt davon zu überzeugen, daß der Terrorismus uns schwer trifft. Vielleicht ist es eine normale Reaktion von außen,

wenn erklärt wird: Sie erleiden von Zeit zu Zeit Verluste, aber ansonsten genießen sie ein gutes Leben, sie essen, trinken, reisen ins Ausland und sind nicht eingesperrt. Einer ähnlichen Problematik sehen sich die Engländer gegenüber. Auch da heißt es: Es gibt mitunter Terrorismus und Bombenanschläge, aber ansonsten, meint die Welt, lebt man nicht schlecht in London; sie haben Theater, Marks Spencer und so weiter.

Mit anderen Worten: Da es Israel so gut geht, ist es für uns schwer, die Welt davon zu überzeugen, daß wir es mit einer unerträglichen Anhäufung solcher Ereignisse zu tun haben. Das Maß an Leid der Menschen, die hier leben und die um die 60 oder 70 Jahre alt sind und viel durchgemacht haben, erreicht jetzt einen kritischen Punkt. Es ist sehr viel schwerer für Peres, Sympathien zu wecken, als für jemanden wie Mandela, der das von Robben Island aus 27 Jahre tat.

Auch das zweite Problem, das uns beschäftigt, hat viel mit Psychologie zu tun. Es besteht darin, den Feind zu bestimmen. Wenn der Feind ein Land oder ein Regime ist oder wenn der Feind eine spezifische Führung hat, kann man auf eine Hauptstadt oder ein bestimmtes Gebäude hinweisen. Doch wenn der Feind nahezu ohne Konturen übers Land verstreut und halbwegs versteckt ist, ist das schwierig. Aus diesem Grunde haben wir keine andere Wahl, als unsere Anklagen in eine bestimmte Richtung zu lenken und auf einen Ort zu verweisen, dem wir besonders viel Verantwortung zuschreiben. Das ist Teheran. Doch auch hier haben wir es mit einer Schwierigkeit zu tun, weil Teheran nicht immer direkt vorgeht, sondern sich bestimmter Leute bedient, die es an verschiedenen Orten plaziert.

Das erklärt, warum es uns schwerfällt, selbst viele unserer Freunde davon zu überzeugen, daß der Iran ein Feind ist und wir uns im Kriegszustand mit dem Iran sehen. Für uns ist der Terrorismus, der von Teheran ausgeht, vergleichbar mit der früheren Apartheid in Südafrika, wenn dies auch eine andere Art von Terrorismus war. Die Apartheid richtete sich gegen die Schwarzen, und der iranische Terrorismus ist gegen die Juden gerichtet. Ich sage dies mit Blick auf die internationalen Bemühungen, den iranischen Terrorismus zu bekämpfen. Ich spreche nicht über das Regime selbst oder über eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Iran. Ich bin der Meinung, iranischer und fundamentalistischer Terrorismus sollten als Feind definiert werden, zumindest von Seiten Israels. Ich rede nicht über die freie Welt. Jedes Land muß selbst entscheiden, ob der Iran ihm gefährlich wird oder nicht.

Für uns ist der Iran ein Feind, und wir werden alles tun, um die Welt davon zu überzeugen, daß es einer großen internationalen Kraftanstrengung bedarf, wie sie auch gegenüber der Apartheid notwendig war. Das muß nicht das gleiche Vorgehen sein, weil wir es nicht mit der gleichen Situation zu tun haben. Wenn ich an die zahllosen Maßnahmen gegen Südafrika denke, die wir in der zweiten Hälfte der 80er Jahre erlebt haben, dann meine ich, daß es jetzt einer ebensolchen Kraftanstrengung und einer Vielzahl von Maßnahmen bedürfe. Hoffentlich wird es dann nicht noch mehr terroristische Aktivitäten in der Region geben.

Wenn jedoch dieser Selbstmordterrorismus anhält, müssen wir den Kampf massiv gegen den Iran führen und mit unseren Verbündeten unser möglichstes tun. Wir haben heute mehr Freunde, nachdem wir den Friedensprozeß begonnen haben. Wir sind verpflichtet, diesen Prozeß fortzusetzen; denn wenn wir diesen Krieg verlieren, ist der gesamte Friedensprozeß im Nahen Osten in Gefahr.

Bar-On

Herr Mortimer hat gefragt: "Warum bemühen sich die Vereinigten Staaten, sowohl den Iran als auch den Irak zu isolieren?" Meine Meinung ist, daß der Iran mit seinem derzeitigen Kurs ein Sicherheitsproblem für die ganze Welt darstellt. Für uns ist er ohne Frage ein Sicherheitsproblem, und zwar nicht nur wegen des Terrorismus, auch wenn der Terrorismus dabei ein äußerst wichtiger Faktor ist.

Wenn man die gegenwärtige Politik des Iran analysiert, zeigt sich, daß er die Hisbollah im Südlibanon und auch den Sudan unterstützt, nicht nur finanziell, sondern auch durch militärische Ausbildung und Waffenlieferungen. Er unterstützt die sudanesishe Regierung, die an dem Versuch beteiligt war, die ägyptische Regierung durch den Mordanschlag auf Präsident Mubarak zu stürzen. Was ist mit Bahrein, Teilen des Golfs, der Problematik der beiden Inseln, was ist mit dem Versuch, sowohl Trägerfahrzeuge als auch Massenvernichtungswaffen zu erhalten? Es besteht eine Verbindung zu China. Es gab Beziehungen zu Nordkorea, die noch bestehen könnten. Dabei spielt auch ein zentralasiatischer Aspekt eine Rolle. Der Iran unterstützt seit langem den Bürgerkrieg in Afghanistan, indem er einer der Kriegsparteien hilft, möglicherweise zusammen mit Rußland. Es stimmt zwar, daß der Iran zur gleichen Zeit auch nahezu zwei Millionen afghanischer Flüchtlinge aufgenommen hat, doch seine Haltung in der Sicherheitsfrage bedroht zweifellos die Region insgesamt.

Herr Mortimer erinnerte an die Rede von Frau Thatcher auf der Commonwealth-Konferenz, auf der sie allein gegen 49 stand. Wir haben es heute mit einer ähnlichen Situation zu tun. Der einzige Unterschied ist, daß jetzt die Vereinigten Staaten allein gegen alle anderen stehen. Der Grund ist nicht zuletzt, daß die Europäische Union, die Asiaten und die Japaner eine Politik betreiben, die in der Tat versucht, in dieser Frage die Vereinigten Staaten zu isolieren. Das ist ein Punkt, der auch in dieser Region die Sicherheitsinteressen berührt. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir ohne die Vereinigten Staaten hier keine Sicherheit hätten.

In der Morgenzeitung las ich, daß der französische und der iranische Verkehrsminister ein Abkommen zur Ausweitung von Hochgeschwindigkeitsverbindungen innerhalb des Iran

unterzeichnet haben. Zur gleichen Zeit veröffentlichte der Iran seine Unterstützung für die letzten terroristischen Aktionen gegen Israel, die eine in Jerusalem, die andere in Ashkalon.

Schäfer

Können Sie uns darüber Informationen geben? Ich höre das erste Mal, daß die Iraner für die Massaker verantwortlich sind.

Bar-On

Das habe ich nicht gesagt. Die Iraner haben eine Erklärung veröffentlicht, daß sie die Aktionen begrüßen. Mehr will ich nicht sagen.

Dem Zeitungsbericht zufolge haben gewisse Kreise in Frankreich auf etwas hingewiesen, dem Herr Rovon sicherlich beipflichten wird. Es hieß dort, die Arbeitslosigkeit in Frankreich habe ein derartiges Ausmaß angenommen, daß das Land gezwungen sei, nach anderen Märkten Ausschau zu halten. Das ist sicher irgendwie verständlich, trägt aber zur Sicherheit in dieser Region nicht gerade bei und damit auch nicht zum Friedensprozeß, der nicht zuletzt darauf abzielt, der gesamten Region ein wenig mehr Stabilität zu geben.

Der Iran, und auf ganz andere Weise auch der Irak, stellen sich gegen diesen Versuch und sind aktiv dabei, alles zu bekämpfen, was mit dem Friedensprozeß zusammenhängt. Sie tun dies mit Hilfe des Terrorismus und indem sie versuchen, andere Regierungen, insbesondere Ägypten, zu destabilisieren, und den Sudan zu unterstützen, der darauf aus ist, das Gebiet um das Rote Meer zu destabilisieren. Hinzu kommen ihre Waffenlieferungen. Wir befinden uns mittlerweile in einer Situation, in der der Iran gegen den Friedensprozeß in dieser Region ankämpft und jeden Versuch torpediert, die Region zu stabilisieren. Deshalb kommt der Iranproblematik so große Bedeutung zu.

Wir können darüber streiten, ob die amerikanische Politik, Iran und Irak zu isolieren, richtig oder falsch ist. Aber wir sollten dabei eines bedenken: Ein gespaltenen Westen, ein unterschiedliches Vorgehen der Industriestaaten in bezug auf die Region als Ganzes, wird zweifellos von jeder iranischen Regierung oder einer anderen Kraft, die die Region zu destabilisieren sucht, ausgenutzt, um auf diese Weise den Friedensprozeß zu stören. Deshalb halte ich eine abgestimmte westliche und japanische Strategie gegenüber dem Iran für äußerst wichtig. Auch wenn ich die wirtschaftlichen und kommerziellen Interessen, die dabei im Spiel sind, verstehe, glaube ich nicht, daß man die Region stabilisieren kann, indem man diesen Interessen Vorrang vor der Stabilität einräumt.

von Berg

Was Rüstungskontrolle angeht, Herr Bar-On, versuchen wir in Europa regionale Bereiche abzustecken, die aber offen sind und natürlich die Vereinigten Staaten mit einbeziehen. Das gilt im übrigen, bezogen auf die Region hier, auch für den Iran, der in ein umfassendes Rüstungskontrollabkommen letztlich mit einbezogen werden muß. Zunächst kann man natürlich das Spiel spielen: Hier die Guten, dort die Bösen, ohne daß uns das in der Sache wirklich weiterbringt.

Schäfer

Hier wurde verschiedentlich unsere Politik kritisiert und unser Verhalten beklagt, was ich so nicht akzeptieren kann. Ich wiederhole: Wir sind nicht so naiv, wie es hier mitunter dargestellt wurde. Deutschland und Frankreich sind wichtige Mitglieder der Europäischen Union und haben sich schon seit langem sehr darum bemüht, bei der Schaffung des Friedens in dieser Region zu helfen.

Meine Regierung, die französische Regierung und die Europäische Union sind nicht naiv, wenn wir sagen, wir wollen die Tür für Gespräche mit dem Iran offenhalten. Die Alternative würde bedeuten, die Beziehungen abzubrechen und den Handel mit dem Iran einzustellen. Die Amerikaner haben ein weit

höheres Handelsvolumen mit dem Iran als beispielsweise Deutschland. Was ist die Alternative? Sollen wir den Iran wieder isolieren? Wollen wir im Iran eine Stimmung schaffen, wie sie Castro bis zum heutigen Tag ausnutzt, indem er in seiner Isolierung behauptet, die ganze Bevölkerung stehe fest hinter der Führung gegen die Kuba schädigende maßlose Embargo-Politik der USA?

Ich habe vorhin schon gesagt: "Liefere Sie uns Beweise" Zur Zeit läuft ein Gerichtsverfahren in Deutschland über eine mögliche iranische Beteiligung an einem Anschlag auf eine Berliner Diskothek. Auch hier müssen wir das Ende dieses Verfahrens abwarten und uns die Beweise ansehen, bevor wir das Urteil fallen.

Wir wissen von vielen Menschen, die im Iran leben und das Mullah-System hassen, die in Europa ausgebildet worden sind und die froh sind, daß es einen deutschen Botschafter gibt, der zu ihnen kommt und mit ihnen spricht. Wollen Sie diese Menschen sich selbst überlassen? Glauben Sie bitte nicht, daß wir so naiv sind, um nicht gewisse Gefahren zu erkennen, die zweifellos bestehen - da stimme ich Herrn Bar-On zu. Wir müssen sehr genau beobachten, was in diesem Land geschieht. Zugleich müssen wir aber alles dafür tun, um die Gemäßigten zu stärken.

In einigen Fällen haben wir Erfolg gehabt. Ich kann ihnen eine ganze Liste aufzählen. Das bedeutet nicht, daß wir alle unsere Ziele erreicht haben. Ich sehe sehr wohl, daß dieses Land in gefährliche Entwicklungen verstrickt ist. Gleichwohl sind wir weiterhin der Auffassung, daß der kritische Dialog andauern muß. Im übrigen ist dies auch eine Festlegung der Europäischen Union und keine einseitige deutsche Entscheidung, und wir liegen darüber auch nicht mit den Vereinigten Staaten im Streit. Es geht eher um eine Frage methodischen politischen Vorgehens. Mir gefällt nicht, daß immer der Verdacht geäußert wird, der Hauptgrund unseres Handelns sei der wirtschaftliche Profit.

Rovan

Ein Wort zum Thema Fundamentalismus. Ich habe in jungen Jahren gegen den katholischen Fundamentalismus für eine laizistische Republik und eine Religion, die nicht fundamentalistisch ist, gekämpft. Was wir erreicht haben, war, daß man in bestimmten katholischen Kreisen eher Voltaire für einen Heiligen hält als den Heiligen Ludwig - auch wenn das noch nicht die Meinung des jetzigen Papstes ist. In einem Land wie Frankreich, in dem an die fünf Millionen Einwohner aus Nordafrika stammen, führen wir einen Kampf gegen den islamischen Fundamentalismus, so wie wir früher gegen den katholischen Fundamentalismus, aber ebenso gegen den Nationalsozialismus, der ja auch eine Art von Fundamentalismus war, gekämpft haben.

Mit anderen Worten, es geht darum, jede Art von Totalitarismus zu bekämpfen, in welchem religiösen und anderen Gewände er auch auftritt. Das betrifft jede Form von Politik, die man aus irgendeiner Heiligen Schrift ableiten will, einerlei, ob es sich dabei um den Islam, den Katholizismus, das Judentum oder den Konfuzianismus handelt. Das halte ich für eine der großen Herausforderungen unserer Zeit, die sich auch in dieser kleinen Region hier widerspiegeln, aber weit darüber hinausgehen.

In Frankreich dürften ebenso viele Bürger aus Nordafrika stammen, wie es jüdische Einwohner des Staates Israel gibt - nur um die Probleme im Weltmaßstab richtig zu dimensionieren. Der Kampf gegen jede Art von Totalitarismus ist unsere gemeinsame Aufgabe, wo wir auch immer stehen. Darum geht es auch, wenn wir Beziehungen, die aus der Vergangenheit belastet sind - wie das beispielsweise zwischen Deutschland und Frankreich der Fall war;- , auf eine neue Basis stellen wollen.

Bertele

Europa spielt im Rahmen des Friedensprozesses im Nahen Osten eine wichtige Rolle. Wir unterstützen viele Projekte, die die Infrastruktur fördern, die Arbeitsplätze schaffen. Im politischen Bereich haben wir zum Beispiel die Wahlen erleichtert. Mit solchen Maßnahmen sollten wir fortfahren. Daß die USA hier eine zentrale politische Rolle spielen, ist unbestritten. Aber wir stellen immer mehr fest, daß auch die israelische Regierung großen Wert darauf legt, daß die Europäer in den politischen Prozeß mit einbezogen werden.

Der Iran ist in der israelischen Bedrohungsanalyse heute in der Tat von entscheidender Bedeutung. Er wird als die Bedrohung Israels schlechthin gesehen. Das hat sich in den letzten zwei, drei Jahren erheblich verschärft. Im Zentrum der israelischen Kritik stand anfangs der wirtschaftliche Austausch, den die Europäer mit dem Iran betreiben. Es wurde argumentiert: Der Iran steckt alles, was über die bescheidensten Lebensverhältnisse der eigenen Bevölkerung hinausgeht, in die militärische

Aufrüstung. Dies stelle eine unmittelbare Bedrohung Israels dar. Deshalb sollten die Europäer ihren Handel mit dem Iran zumindest nicht ausbauen.

Wenn man Ministerpräsident Peres zuhört - so wie er sich beispielsweise am Montag vor diesem Kreis geäußert hat;- dann ist da von einem Flirt der Europäer mit dem Iran die Rede, ohne daß dabei irgendwelche Zahlen über den Wirtschaftsaustausch genannt werden, die aber in dem Zusammenhang wichtig sind. 1992 betrug die deutschen Exporte in den Iran circa acht Milliarden DM bei gleichzeitigen Importen von etwas mehr als eine Milliarde DM, also ein Außenhandelsvolumen von insgesamt neun Milliarden; im Verhältnis 8:1 zugunsten Deutschlands. Während die Importe in etwa gleichgeblieben sind, sind die deutschen Exporte in den Iran in den letzten Jahren dramatisch zurückgegangen: 1993 4,1 Milliarden, 1994 nur noch 2,6 Milliarden und auch in 1995 hat sich daran nicht wesentlich etwas geändert. Ich meine, diese Entwicklung sollte man in der israelischen Diskussion zur Kenntnis nehmen.

Lassen Sie mich hinzufügen: Der deutsche Botschafter in Israel ist sehr froh über diese Konferenz vor Ort, um insbesondere den Teilnehmern aus Europa vor Augen zu führen, wie kompliziert die Lage hier ist.

Baram

Was den Irak betrifft, so war ich Mitte der achtziger Jahre die treibende Kraft für Israels Irak-Option, also für eine Option zugunsten Saddam Hussein. Ich habe allen zugesetzt, sogar Shimon Peres und Yitzhak Shamir, eine Einigung mit den Irakern zu erreichen, wenn sich irgendeine Möglichkeit bot, und dafür gab es Anzeichen. Heute dagegen glaube ich nicht, daß man sich mit Saddam Hussein verständigen kann, auch wenn einige meiner Kollegen, insbesondere Franzosen, aber auch Israelis, nach wie vor davon überzeugt sind. Ich selber habe die Hoffnung mehr oder weniger mit dem Ende des Golfkrieges verloren. Deshalb möchte ich auch den Franzosen sagen: Sie können mit Saddam flirtieren, aber er wird sich nicht ändern.

Doch eines Tages wird auch Saddam Hussein die Macht abgeben müssen. Das kann in zwanzig Jahren oder schon im nächsten Jahr passieren. Aber die Europäer könnten seine Absetzung beschleunigen, wenn sie bereit wären, ein paar offene Worte zu sagen. Wenn Saddam Hussein abgelöst würde und das nachfolgende Regime sich bereit zeigte, am Friedensprozeß und an den multilateralen Gesprächen auch über Abrüstung und Rüstungskontrolle mitzuwirken, wenn es sich friedlich zeigt, dann sollte die internationale Gemeinschaft, zumindest Europa, ihrerseits bereit sein, über den teilweisen Erlaß von Schulden zu reden. Ich denke an eine Summe zwischen 4 und 7 Milliarden Dollar. Ich weiß, daß das den Franzosen besonders schwerfällt. Auch die noch ausstehenden Kriegsentschädigungen sollten teilweise erlassen werden. Es geht also um eine Menge Geld. Ich habe mit Vertretern der irakischen Opposition gesprochen, sowohl von der islamischen als auch von der liberalen Opposition. Auf beiden Seiten ist man sehr besorgt über die irakische Schuldenlast.

Stürmer

Bei allem hier zum Ausdruck gebrachten harten Realismus scheint doch etwas Optimismus durch. Es ist faszinierend, über den Nahen Osten in einer Ära nach Saddam Hussein nachzudenken, aber im Moment ist er noch gesund und lebendig.

Rovan

Von Frankreich aus gesehen ist unser Hauptproblem im Mittelmeerraum und im Nahen Osten der Fundamentalismus, und wir sehen die Probleme Israels innerhalb dieses Kontextes. Wie können wir diese neue Gefahr bekämpfen, die möglicherweise eine ebenso große Bedrohung für uns darstellt, wie sie die Sowjetunion vor zehn, zwanzig oder dreißig Jahren war? Ich muß darauf hinweisen; denn trotz der breiten menschlichen Anteilnahme, die wir an den Ereignissen in Israel und in Palästina haben, ist das für uns die Schlüsselfrage: Wie kann Westeuropa und wie kann unser westlicher Lebensstil gegen den Fundamentalismus geschützt werden, der möglicherweise die Hauptbedrohung für uns im nächsten Jahrhundert darstellt?

Es ist sehr wichtig, daß wir hier über Entwicklungen und Meinungen im Nahen Osten informiert werden, aber Sie müssen verstehen, daß mir persönlich Algerien nähersteht als Israel und die Palästinenser. Ich weiß, daß es zwischen beiden Verbindungen gibt. Ich habe einen Großteil meines politischen Lebens daran gesetzt, daß der Algerienkrieg beendet wurde, und ich habe die Entwicklung eines freiheitlichen Algerien unterstützt. Der Krieg wurde beendet, aber in der anderen Zielsetzung

waren wir leider nicht sehr erfolgreich. Ich meine, wir müssen die Probleme im Nahen Osten im Zusammenhang mit den Problemen in Nordafrika und auch in Osteuropa sehen.

Ich frage mich, ob die Europäer wirklich helfen können, die Beziehungen zwischen Israel und den Palästinensern zu verbessern. Aus französischer Sicht sehe ich in dieser Hinsicht keine großen Möglichkeiten.

Elon

Vielleicht kann ich Ihre Aufmerksamkeit jetzt einmal auf die kulturelle Ebene lenken, die Ihnen nicht so wichtig erscheinen mag wie der Terrorismus oder die Wirtschaft, die aber in diesem Teil der Welt immer noch einflußreich genug ist, um gelegentlich die besten Absichten zum Scheitern zu bringen.

Wie Sie wissen, waren und sind die Menschen hier getrieben, ja gehetzt von Ideen und Ängsten, die sie selbst auslösen, manipulieren oder instrumentalisieren. Wie Herr Bar-On sehr überzeugend dargelegt hat, haben wir es dabei einerseits mit Problemen und andererseits mit Dilemmata zu tun, wobei ein Dilemma ein Problem ist, das man nicht unmittelbar lösen kann, und man deshalb lernen muß, mit ihm zu leben. Das setzt aber voraus, es zu erkennen und gemeinsam zu erfahren. Wenn in diesem Gespräch hier eines klargeworden ist, dann dies: Wir haben keine gemeinsame Geschichte und gemeinsame Erfahrungen im Nahen Osten.

Für die Franzosen und Deutschen mag das vertraut klingen. Schließlich hat die unterschiedliche Geschichte ihre Länder durch das ganze 19. Jahrhundert und die erste Hälfte dieses Jahrhunderts begleitet. Hier ist die Situation jedoch prekärer, weil der Abgrund, der Israelis und Araber trennt, viel tiefer ist als der, der Deutsche und Franzosen zu irgendeinem Zeitpunkt getrennt hat. Zwischen Deutschen und Franzosen gab es immer persönliche Beziehungen, wurden Ehen geschlossen, sogar während der Kriegszeiten.

Bei uns gab es nichts Derartiges. Bis zum Besuch von Präsident Sadat in Jerusalem hatte der Konflikt eine geradezu metaphysische Qualität, der selbst das bloße Grüßen oder gegenseitiges Händeschütteln verbot. Der Besuch von Sadat hat in gewisser Weise die Metaphysik durchbrochen und den Konflikt auf eine historisch normale Ebene zurückgeholt, wo es beispielsweise um den Verlauf von Grenzen geht. Bis dahin sahen die Araber in jedem Israeli das personifizierte Böse, und die Israelis sahen in jedem Araber, ganz bestimmt aber in jedem Palästinenser, einen SS-Mann. Dieser Abgrund machte den Dialog so schwierig und macht ihn bis heute mühsam.

Wie gesagt, diese Erfahrungen werden Ihnen aus der eigenen Geschichte vertraut vorkommen. Ihre Geschichte hat ohnehin einen erheblichen Beitrag zu dem geleistet, was hier geschehen ist. Es ist richtig, daß die monotheistische Religion hier ihren Ursprung hat, aber nicht der Nationalismus, der eine reine Importware ist, und ich lasse Sie raten, woher. Der bedeutende deutsch-jüdische Zionistenführer Kurt Blumenfeld hat in einem Brief an Hannah Arendt in den frühen vierziger Jahren geschrieben, der Zionismus sei Europas Geschenk an seine Juden. Das ist wohl wahr. Aber die Deutschen haben auch den Arabern einiges vererbt.

Wir stehen nun da mit diesem Mischmasch und müssen sehen, was wir daraus machen können, was wenig genug ist. Es wird viel zu wenig getan, um die gemeinsame Geschichte zu begründen, woher wir kommen und wohin wir gehen. In der Erziehung bei uns geschieht praktisch nichts, und auch die arabische Führung tut so gut wie nichts in dieser Hinsicht. Man braucht sich ja nur Arafats gestrige Bemerkungen zu den terroristischen Exzessen vom vergangenen Freitag anzuhören. Die Vorstellung, daß der israelische Geheimdienst mit den Extremisten der anderen Seite zusammenarbeitet, ist so absurd, daß man fast an der Aufgabe verzweifeln könnte, eine gemeinsame Geschichte für die Ereignisse hier zu begründen.

Dabei sind die Israelis durchaus nicht besser. Es gibt zwar erste Anfänge, aber sie sind meiner Meinung nach noch viel zu bescheiden. Natürlich interessiert mich die israelische Seite am meisten. Im gewissen Sinne sind die Israelis die Sieger; im Krieg waren sie die Stärkeren, also könnten sie auch großzügiger sein. Leider ist das jedoch bis auf wenige Ausnahmen nicht der Fall. Yitzhak Rabin hat einige Wochen vor seiner Ermordung gesagt, wir dürfen nicht die Tatsache vergessen, daß wir nicht allein in diesem Land leben. Ich glaube, er war der erste Zionistenführer, der diesen entscheidenden Satz je ausgesprochen hat: "Wir leben hier nicht allein." Ich glaube auch, daß er deshalb umgebracht wurde. Zu diesem Schluß kommt man zumindest, wenn man die Aussagen seines Mörders vor Gericht nachliest.

Ein Anfang ist zwar gemacht, aber er reicht nicht aus auf israelischer Seite, um die es mir hier primär geht und die wirklich etwas großzügiger sein könnte. Bis heute wird kaum versucht zu verstehen, welche tiefe Verwundung die Errichtung und das Überdauern des Judenstaates im Denken der Araber

ausgelöst hat. Es wird auch viel zu wenig getan, um den Menschen bei uns klarzumachen, daß die Palästinenser keinerlei Verantwortung für die Verfolgung der Juden in Europa vor und während des Zweiten Weltkrieges trugen und trotzdem einen hohen Preis dafür zahlen mußten. Bedauerlicherweise ist das Bemühen, die Gewinner, die Stärkeren, in dieser Hinsicht zu unterrichten, viel zu gering.

Ich möchte am Beispiel Jerusalems verdeutlichen, was ich meine. Der neuste Lösungsvorschlag für Jerusalem sieht vor, daß die Verwaltungshoheit der Stadt bis nach Bethlehem und Ramallah ausgedehnt wird. Das zeigt doch nur, wie blind oder taub Menschen sind, die solche Vorschläge machen; denn auf diese Weise lassen sich keine Probleme lösen, die so tief im Bewußtsein beider Seiten verankert sind. Dadurch, daß man solche Luftschlösser entwirft oder den Namen ändert oder den Zuständigkeitsbereich einer Gemeindeverwaltung erweitert, löst man keine Probleme.

Der ehemalige Bürgermeister von Jerusalem, Teddy Kollek, kam der Wahrheit da viel näher mit einem Vorschlag, den er anlässlich der Überreichung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels im Jahre 1985 in Frankfurt in seiner Rede gemacht hat, als er sagte, man müsse über die konventionellen Vorstellungen von Souveränität hinausgehen, die die Totengräber für Europa gewesen seien, um eine ganz neue Form von erweiterter Souveränität zu finden.

Um Sie nun nicht zu sehr zu deprimieren, möchte ich daraufhinweisen, daß wir auch an einem Tag wie heute und nach den Ereignissen von gestern und vorgestern das in den letzten beiden Jahren Erreichte richtig werten müssen und die positiven Ergebnisse nicht übersehen sollten. Wir haben festgestellt, obwohl es uns an einer gemeinsamen Geschichte fehlt, ist dies kein Nullsummenspiel. Es ist auch deutlich geworden, daß die PLO, zumindest seit 1993, eine Aufteilung des Landes billigt und daß in Israel in dem Konflikt, der eine Generation von Israelis zwischen Falken und Tauben gespalten hat, die Tauben gewonnen haben, weil unser Land jetzt einverstanden ist, daß Frieden gegen Land eingetauscht wird. Vor der gegenseitigen Anerkennung von Israelis und PLO war daran nicht zu denken. Insgesamt können wir deshalb auch in diesen schwierigen Tagen auf beachtliche Erfolge zurückblicken.

Ich weiß nicht, ob Sie das Memorandum kennen, das in der letzten Woche in die Hände der Presse geriet. Es handelt sich um den Entwurf eines endgültigen Abkommens zwischen der PLO und Israel, das sogenannte Abu-Masan-Beilin-Memorandum. In diesem Papier scheinen sich beide Seiten geeinigt zu haben, daß die Mehrheit der Siedler im Westjordanland bleiben können und daß das Jordantal an Palästina übergeht. Außerdem sind darin sogar Vorschläge zu Jerusalem enthalten. Daß solch ein Memorandum überhaupt zustande kommen konnte, zeigt, wie weit wir auf dem Weg zum Frieden schon fortgeschritten sind, zumindest was einige Führer auf beiden Seiten angeht.

Leider hielt es Herr Peres für notwendig bekanntzugeben, daß er dieses Memorandum sofort zurückgewiesen habe, als es ihm vor zwei oder drei Monaten übergeben wurde. Ich zerbreche mir immer noch den Kopf, warum er das gemacht hat; denn es hätte keinen besseren Beweis für den Erfolg der Arbeiterpartei geben können als dieses Memorandum. Es schien fast zu schön, um wahr zu sein, und ich dachte zunächst, das Dokument sei der Presse zugespielt worden, um die Chancen der Arbeiterpartei bei den Wahlen zu erhöhen, nicht nur in Israel, sondern auch im Westjordanland. Nun ja, Peres wird seine Gründe gehabt haben.

Mein einziger Trost in dieser Hinsicht ist das sogenannte "Regierungssyndrom", das Abba Eban gerne zitiert, nämlich, daß Regierungen nicht grundsätzlich unfähig sind, richtige Entscheidungen zu treffen. Das Problem ist nur, daß sie diese zu oft als letzten Ausweg wählen. Ich hoffe, daß es in diesem Fall nicht zu spät dafür ist.

Baram

Zur Frage der Erziehung und Bildung und zu dem, was Amos Elon eben zu Recht unsere unterschiedliche Geschichte genannt hat: Auch da könnte Europa auf eine ganz praktische Art und Weise helfen. Ich war zu Beginn Grundschullehrer, und ich kann Ihnen aus eigener Schul- und Hochschulerfahrung sagen, welche enorme Bedeutung Grund- und Oberschulerziehung haben. Das ist möglicherweise der wichtigste Bereich für Erziehung und Bildung einer Nation, im Guten wie im Schlechten. Hier könnte Europa sich ganz vorsichtig und unaufdringlich engagieren und im Erziehungsbereich Projekte der Zusammenarbeit zwischen Palästinensern, Jordaniern, Israelis und hoffentlich auch Ägyptern fördern. Das kann durch eine Überarbeitung der Schulbücher und Unterrichtsmaterialien geschehen oder durch gemeinsame Kolloquien für Lehrer. Schritt für Schritt könnte hier eine Basis geschaffen werden, um das Geschichtsverständnis anzunähern.

Die grundlegenden Thesen sind einfach. Erstens: Wir haben der anderen Seite viel Leid zugefügt. Zweitens: Laßt uns das zugeben und anerkennen. Beide Seiten müssen zum Ausdruck bringen: Wir

möchten, daß sie erkennen, was sie uns angetan haben, und sie möchten, daß wir das gleiche tun. Dazu ist bisher noch keiner ehrlich bereit.

Bremer

Bezogen auf das, was Amos Elon gesagt hat, möchte ich mit einer Anekdote aus meiner Familie beginnen. Zu der Zeit, als das Autofahren noch in den Kinderschuhen steckte und die Geschwindigkeit zwischen 20 und 40 Kilometern lag, wird berichtet, daß der Fahrer meines Urgroßvaters etwa alle 10 Kilometer anhielt, sich auf einen Stein setzte und zurückblickte. Auf die Frage, was das zu bedeuten habe, soll er geantwortet haben: Ich bin nicht so schnell wie mein Auto und muß überprüfen, was da vor sich gegangen ist und wo ich jetzt eigentlich bin.

Mir scheint, Israelis und Palästinenser befinden sich in einer vergleichbaren Situation. Der Prozeß, der im Nahen Osten stattgefunden hat, ist so schnell abgelaufen, daß die gescheiterten Leute ihn zwar rational nachvollziehen können, daß aber die emotionale Seite der meisten Menschen hier nicht entsprechend mitberücksichtigt wurde. Diejenigen, die die Erfordernisse des Krisenmanagements betonen, sehen gewissermaßen von der Geschichte, die diese Region so nachhaltig geprägt hat, ab. Man versucht sozusagen, bei Null zu beginnen, zu vergessen, was geschehen ist und statt dessen die Zukunft aus sich selbst heraus zu gestalten.

Die Europäer scheinen diese Tendenz zu verstärken. Jedenfalls ist das der Eindruck, den beispielsweise die Argumentation von Herrn Schäfer auf mich macht. Die sehr genauen Vorstellungen, die sich damit zu verbinden scheinen, wie dieses oder jenes im Nahen Osten zu laufen habe, offenbaren eine Art europäischen Denkens, die dem Denken und Fühlen in dieser Region kaum angemessen ist. Was wunder, daß die Menschen hier sich belehrt, auch falsch verstanden und von außen dirigiert sehen, ohne daß die Europäer wirklich wissen, was in den Ländern des Nahen Ostens tatsächlich vor sich geht.

Auch wenn an diesem Tisch die Gesprächspartner ihre Kontroversen austragen, kommen wir nicht darum herum, uns einzugestehen, daß eigentlich beide Seiten irgendwie im Recht sind, ohne daß sie das anzuerkennen vermögen. Selbst bei dem PASSIA-Kalender, den wir von Abdul Hadi bekommen haben, werden Motive unterstellt, die auf palästinensischer Seite sicher nicht beabsichtigt waren. Das heißt, viele Menschen hören nicht auf das, was gesagt wird, und weigern sich, das Geschriebene zur Kenntnis zu nehmen.

Gewiß, die Wahl von Arafat am 20. Januar ist aus der Sicht der meisten von uns zufriedenstellend gelaufen. Jetzt aber stehen in Israel vorgezogene Wahlen an, auf die ich mit großer Skepsis blicke. Der Wahlkampf wird für die weitere politische Entwicklung in diesem Land einen erheblichen Einfluß haben. Daran sollten wir auch denken und nicht nur immer die großen planerischen Perspektiven in der Wirtschaft oder wenn es um Wasser und Frieden geht im Auge haben.

Peres' bisherige Politik schien davon auszugehen, daß der Erfolg machbar ist und es auch keine Alternative zu seinem Kurs gebe. Gegenwärtig müssen sich nun beide Seite eingestehen, daß niemand in der Lage ist, Selbstmordattacken zu verhindern. Das heißt, Peres ist gefordert, ein neues Konzept zu entwickeln, das auch Positionen der Opposition berücksichtigt. Wenn Peres bisher daran festhielt, daß es keine Alternative zum eingeleiteten Friedensprozeß gibt, so mag dies langfristig die richtige Perspektive sein, im Hinblick auf die anstehenden Wahlen ist dieses Motto jedoch offenkundig falsch. Peres muß es zumindest schaffen, der israelischen Nation das Vertrauen zu vermitteln, daß die Zukunft des Landes in seinen Händen genauso sicher ist, wie man dies bei Rabin gesehen hat. dafür bedarf es jedoch kurzfristig eines grundlegenden Wechsels der Peresschen Politik.

Damit stellt sich die Frage, inwieweit dieser vielleicht nur kurzfristige Wandel den Friedensprozeß im Nahen Osten nachhaltig gefährden kann. Ich denke an einige Maßnahmen, die geplant sind. So soll der Abzug der Truppen aus Hebron verschoben werden und an Auflagen gebunden sein, die Arafat zu erfüllen hat, ohne daß so recht deutlich geworden ist, was genau damit gemeint ist. Womöglich bleiben die palästinensischen Gebiete bis zum Wahltag abgesperrt. Vielleicht greifen die Israelis direkt in die autonomen Gebiete ein, wenn Arafat nicht selbst dafür sorgt, Personen, von denen die Israelis glauben, sie seien Terroristen, dingfest zu machen.

Die Verhandlungen über den endgültigen Status von Jerusalem werden mit Sicherheit verschoben. Man kann das dem Wahlkampf zugute halten, gleichwohl müssen wir uns fragen: Welche Konsequenzen werden all diese Maßnahmen, die notwendig sein mögen, damit Peres die Wahlen gewinnt, für die spätere Politik haben? Kann der Friedensprozeß jetzt für eine Zeit ausgesetzt werden, ohne grundsätzlich Schaden zu nehmen?

Darf ich abschließend noch einen konkreten Vorschlag machen: Was auch in unseren Gesprächen hier immer wieder deutlich wird, ist, daß die Völker dieser Region grundverschiedene Geschichtsauffassungen haben, die es ihnen schier unmöglich machen, sich zu verstehen, selbst wenn es ihnen in dem einen oder anderen Fall gelingt, gemeinsame Probleme zu lösen. Nun betreibt die Körber-Stiftung, die uns hier eingeladen hat, in Deutschland seit über zwanzig Jahren einen in Europa einzigartigen Geschichtswettbewerb unter der Schirmherrschaft des jeweiligen Bundespräsidenten. Bei diesem Wettbewerb sind Schüler sämtlicher Schulen aufgerufen, sich mit eigenen Arbeiten in Form von Nachforschungen aus ihrer Stadt, aus ihrer Region zu grundlegenden geschichtlichen Ereignissen zu beteiligen. Könnte eine solche Einrichtung nicht gerade in einer Region wie dieser hier im Nahen Osten ungeheuer hilfreich sein, um Palästinenser und Israelis in bezug auf die Geschichte einander näherzubringen?

Bar-On

Zu Herrn Bremer möchte ich nur sagen, daß er leider völlig recht hat. Politische und wahltaktische Überlegungen sollte man hier am besten ignorieren. Sie sind nicht immer sehr erfreulich. Allerdings glaube ich, daß in unserem Fall und zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Erklärung von Peres, daß der Friede wichtiger sei, als Wahlen zu gewinnen, absolut richtig ist - wenn die Wahlen in einer Atmosphäre stattfinden, die den Friedensprozeß stützt. Wenn die Wahlen jedoch aufgrund der Ereignisse, die wir gerade erlebt haben, den ganzen Friedensprozeß verdunkeln und der Friede nicht mehr der wichtigste Punkt ist, dann werden diese Wahlen zu einem Desaster.

Schäfer

Ich bin mir nicht sicher, was Herr Bremer meinte, als er andeutete, einige meiner Bemerkungen ließen die Kenntnis der Region und das Verständnis für die Gefühle seiner Bevölkerung vermissen. Das weise ich entschieden zurück. Ich habe dieses Land vor 30 Jahren zum ersten Mal besucht und bin seitdem immer wieder in dieser Region gewesen. Meine ersten Kontakte mit Palästinensern hatte ich zu einer Zeit, als die meisten Deutschen es nicht wagten, solche Kontakte zu knüpfen. Ich war der erste Vertreter einer Bundesregierung, der sich mit Arafat getroffen hat, und ich wurde dafür getadelt, daß ich es in meiner Funktion als Staatsminister tat. Als Arafat vor einem Jahr nach Deutschland kam, war ich höchst erstaunt, daß die Menschen, die über seinen Besuch nahezu in Jubel ausbrachen, die gleichen waren, die mich seinerzeit kritisiert hatten. Damals befand ich mich noch in einer schwierigeren Position, als ich nämlich meinen israelischen Freunden sagte, daß Arafat nicht ihrem Feindbild entspreche und auch die PLO keine terroristische Vereinigung sei.

Manches an der heutigen Diskussion hat mich lebhaft daran erinnert, was damals über die PLO gesagt wurde. Zu jener Zeit hatte die Hamas in Israel einen sehr viel besseren Ruf als die PLO. Heute haben sich die Dinge geändert. Ich fühle mich auch sehr an die Haltung der USA und einiger europäischer Staaten im ersten Golfkrieg erinnert, als sie Saddam Hussein unterstützten und den Iran für den Bösewicht hielten. Saddam Hussein wurde jedenfalls furchtbar unterschätzt.

Stürmer

Die letzten Diskussionsbeiträge haben unserer Debatte eine neue Dimension eröffnet. Solange selbst die Grundlagen der Brücke umstritten sind, wird es schwierig sein, darüber zu gehen. Beim Ost-West-Konflikt hat es sicher geholfen, daß der Kommunismus bereits ausgebrannt war und von seinen Anhängern nur noch als leere Hülle betrachtet wurde, während das ideologische Feuer auch im Westen ohnehin nur flackerte. Dabei hat geholfen, daß der Mythos auf beiden Seiten weitgehend vergessen war. Worauf es ankam, waren nur noch Erfolg oder Mißerfolg.

Ich würde jetzt gern überleiten zu einem ganz anderen Thema, das für die Entwicklung des Friedensprozesses in dieser Region außerordentlich wichtig ist, nämlich die Dimension der Wirtschaft. Leonard Hausman von Harvard wird uns seine Einfühlung in die komplexe Thematik geben, wie die Friedenspolitik und der Friedensprozeß auf die Gesellschaften einwirken und sie in vielfältiger Weise zusammenführen oder auch spalten. Das trifft nicht nur auf die israelische Gesellschaft zu, sondern auch auf andere Nationen in dieser Region und im weiteren Umfeld.

Hausman

Ich möchte über eine Allianz der Gemäßigten im Nahen Osten sprechen und wie die wirtschaftliche Entwicklung Mäßigung fördern kann.

Ich beginne mit zwei Anekdoten: Am 3. Juni 1992 war ich in Bahrain im Hause eines Freundes zum Abendessen eingeladen. Nach dem Essen saß ich zusammen mit einem Mitglied der königlichen

Familie und meinte, er als ein gemäßigter Bahraini habe mehr mit einem gemäßigten Israeli gemeinsam als mit den Radikalen seines eigenen Landes. Wenn ich heute abend wieder mit Herrn Al-Khalifa dinieren würde, wäre er wohl eher geneigt, mir zuzustimmen, als damals, obwohl er mir nicht direkt widersprochen hatte.

Als ich letzte Nacht mit dem Flugzeug von New York nach Tel Aviv flog, saß ich neben einem Geschäftsmann, dessen Firma von Israel nach Südostasien abwandert. Im Prinzip hatte ich mit ihm die gleiche Diskussion, nur daß ich in dem Falle versuchte, ihn für die Überlegung zu gewinnen, seine Fabrik in die palästinensischen Autonomiegebiete zu verlegen anstatt nach Südostasien. Ich möchte nicht mir selbst auf die Schulter klopfen, aber nach zehn oder zwölf Flugstunden war er geneigt, meinem Ratschlag zu folgen. Dann sagte er mit verschmitztem Lächeln: "Sie wissen natürlich, daß das nicht meinem politischen Standort entspricht." Er ist Amerikaner und hat 15 Jahre in Israel gelebt.

Wir Europäer und Nordamerikaner müssen zusammen mit den Verbündeten im Nahen Osten, die dazu bereit sind, mehr Mr. Al-Khalifas und Mr. Rosenbaums überzeugen und sie in einer Allianz zusammenführen, und zwar durch wirtschaftliche Entwicklung. Meine These ist, daß dies am besten durch die Förderung des Freihandels und durch wirtschaftliche Reformen innerhalb der Region zu erreichen ist.

Doch zunächst will ich die wirtschaftlichen Probleme ansprechen, die direkt mit dem arabisch-israelischen Friedensprozeß zu tun haben.

Eins davon ist das Wasser. Bei allem Respekt möchte ich dem widersprechen, was Ministerpräsident Peres gestern abend gesagt hat. In Harvard und am MIT haben wir einen Ansatz entwickelt, der das Wasserproblem im Nahen Osten löst, ohne daß dazu europäische, amerikanische oder sonst irgendwelche Hilfe nötig wäre. Es geht darum, Wasser wie eine Ware zu sehen, die einen Preis hat und die auf nationalen und internationalen Märkten gehandelt wird.

Wenn Wasser einen Preis hat und man damit handelt wie mit normalen Gütern, gewinnt man einen anderen Zugang zu dem Problem, als das bisher vor allem im Nahen Osten der Fall ist. Dann zeigt sich, daß der Streit um Wasser nicht darum geht, riesige Wassermengen in Dollar umzurechnen. Wenn Wasser in den Kategorien von Angebot und Nachfrage bewertet wird, ist dieses Problem durchaus handhabbar.

Ein weiterer Aspekt unserer Arbeiten in dieser Hinsicht besteht darin, den Menschen klarzumachen - und das ist bei dieser Frage in der Tat ein schwieriges Unterfangen;- , daß den Ländern mehr Wasser zur Verfügung stehen könnte, als sie benötigen, und zwar sowohl in ökonomischer wie in politischer Hinsicht. Das trifft auch für Länder zu, die meinen, ihre Wasservorräte seien knapp. Dazu gehört Israel genauso wie andere Länder im Nahen Osten.

Wie kann man in ökonomischer Hinsicht mehr Wasser haben, als man braucht, selbst wenn diese Ressource knapp ist? Die Antwort ist einfach. Wenn der Grenznutzen für einen Kubikmeter Wasser, wie das in einigen Gebieten Israels der Fall ist, den Verbrauchern nicht mehr als 20 Cents wert ist, und Sie können 40 Cents erzielen, wenn Sie es an die palästinensischen oder die jordanischen Nachbarn verkaufen, lohnt sich der Handel für beide Seiten. Auch in einem politischen Sinn kann man mehr Wasser haben, als man behalten möchte, wenn man Wasser für etwas eintauschen kann, das einem mehr wert ist.

Deshalb glauben wir nicht, daß das Wasserproblem mit Hilfe von großen Subventionen zu lösen ist. Worauf es ankommt, ist, Wasser einen Preis zu geben, damit es marktmäßig gehandelt werden kann, und außerdem eine entsprechende Infrastruktur für Wasser auszubauen. Das heißt nicht, Kanäle zu bauen oder Projekte zu entwerfen, die sich gut anhören und auf Zusammenarbeit setzen, sondern es geht darum, daß der Kubikmeter Wasser in dem betreffenden Projekt mehr bringt, als er kostet. Vieles, was im Nahen Osten mit Wasserprojekten zu tun hat, seien es Entsalzungsanlagen in Kuwait oder anderswo, ist unwirtschaftlich. Europäer und Nordamerikaner sollten ihr Geld nicht in unwirtschaftliche Infrastrukturmaßnahmen investieren, weder im Nahen Osten noch in ihren eigenen Ländern.

Auch zum Flüchtlingsproblem können Ökonomen einiges beitragen. Auf eine mögliche Lösung ist hier bereits verwiesen worden, so daß wir darum nicht allzu besorgt sein müssen. 85 Prozent der palästinensischen Flüchtlinge wohnen in den Autonomiegebieten und in Jordanien. Die politischen Gremien der palästinensischen Autonomiegebiete stimmen darin überein, daß von diesen Flüchtlingen in den nächsten zehn Jahren nur eine bestimmte Anzahl nach Israel zurückkehren sollte. Wenn die Wirtschaft in Palästina und in Jordanien gut läuft, wobei für die jordanische sicher mehr getan werden muß als für die palästinensische, können große Zahlen von Flüchtlingen aufgenommen werden. Das

gilt insbesondere für die Flüchtlinge im Libanon, deren Lebensbedingungen äußerst hart sind, härter als etwa in Syrien.

Ein dritter Bereich, zu dem Ökonomen einen Beitrag leisten können, ist Jerusalem, übrigens nicht nur Ökonomen. Für Wirtschaftsfachleute stellen sich in bezug auf Jerusalem zwei Hauptziele. Das eine bezieht sich auf die Bevölkerungsbalance. Das ist in keiner anderen Stadt ein politisches Ziel, weder in Peking noch in Paris, Berlin, Washington oder Rio de Janeiro. Nur in Jerusalem müssen Politiker die ethnische und die religiöse Ausgewogenheit bei allen politischen Erwägungen bedenken. Beiden Seiten, sowohl den Israelis als auch den Palästinensern, ist es darum zu tun, auf Dauer ein Bevölkerungsgleichgewicht in Jerusalem zu erhalten, von welchem Niveau man dabei auch immer ausgehen mag. Hinzu kommt der Schutz der religiösen Interessen. Wenn es irgendwann eine palästinensische und eine israelische Regierung nebeneinander in Jerusalem geben sollte - vermutlich wird der endgültige Status beide umfassen;- , müssen sie ihre Politik aufeinander abstimmen und koordinieren. In wirtschaftspolitischer Hinsicht kann es keine zwei unterschiedlichen Steuersysteme in der Stadt geben; die Verkehrspolitik muß koordiniert werden und so weiter.

Was die Europäer und wir Amerikaner tun können - statt unwirtschaftliche Wasserprojekte zu finanzieren;- , ist, den amtlichen Planungsprozeß in Jerusalem zu unterstützen, wobei das Bevölkerungsgleichgewicht eines der wichtigsten politischen Ziele ist. Amerikaner wie Europäer sind bisher völlig phantasielos gewesen, die verschiedenen Probleme in Jerusalem administrativ anzugehen, wobei es weniger darum geht, sich Gedanken über den endgültigen Status der Stadt zwischen den politischen Parteien beider Seiten zu machen.

Ich komme nun zu dem Punkt, der mich besonders interessiert: Was in der Wirtschaft heute überall in der Welt wirklich zählt, sind freier Handel und interne Wirtschaftsreformen. Beides erfordert viel Tatkraft. Ich will nicht verkennen, daß eben dieser Aspekt in Jordanien wichtig ist, wo sich Wirtschaftsreformen und freier Handel sehr schwer tun. Interessengruppen kontrollieren dort die Wirtschaft und behindern sie, so daß die Wirtschaft nicht vorankommt. Das gleiche gilt im übrigen für die gesamte Region, und es würde auch für viele Golfstaaten zutreffen, wenn es dort kein Öl gäbe. Nur in Dubai wäre es möglicherweise anders.

Wir müssen darüber nachdenken, wie wir Wachstum und damit Mäßigung, Beziehungsgefüge, wechselseitige Abhängigkeiten und Kontakte fördern können. Jeder von uns weiß, wie wir uns in den vergangenen 15 Jahren durch die bestehenden Kontakte verändert haben. Das gilt ganz generell. Und der beste Weg dafür ist, den freien Handel mehr und mehr auszubauen.

Was den Handel angeht: Israelis, Jordanier und Palästinenser haben da einen gewissen Anfang gemacht, aber mehr auch nicht. Die drei bilateralen Abkommen zwischen Israel und der PLO, unterzeichnet in Paris im April 1994, zwischen Israel und Jordanien und zwischen Jordanien und der PLO, sind alle ein guter Beginn gewesen, mehr nicht. Sie sollten so bald wie möglich durch ein trilatares Abkommen ergänzt werden. Die bilateralen Abkommen stellen eher ein Hindernis für den Handel dar. Die Jordanier sind von dem Freihandelsabkommen, das Israel und Palästinenser erzielt haben, ausgeschlossen. Das wirkt sich für alle drei Parteien nachteilig aus. Deshalb sollten unverzüglich Verhandlungen über ein dreiseitiges Abkommen beginnen. In dieser Richtung sind bisher wenig Bemühungen unternommen worden. Auch hier haben Europäer und Nordamerikaner den Zug verpaßt. Dahin hätten wir die Parteien schon seit geraumer Zeit drängen sollen. Die Kosten für ein solches Vorhaben sind weitaus geringer als die für irgendein närrisches Infrastruktur-Projekt.

Bei dem ersten Abkommen läßt sich die Umsetzung recht gut an, und das ist ein sehr wichtiger Punkt, dem wir große Aufmerksamkeit schenken sollten. Dabei spielt Sicherheit eine wichtige Rolle. Wie können wir der israelischen Bevölkerung Sicherheit gewährleisten und zugleich den Handel am besten fördern? Wie können wir es vermeiden, daß sich Interessengruppen querlegen, indem sie Produktqualität und Sicherheit als Vorwand für Protektionismus benutzen? Ein israelisch-jordanisch-palästinensisches Abkommen sollte dann möglichst schnell durch ein Abkommen abgelöst werden, das Ägypten, den Libanon und Syrien einschließt.

Das größte wirtschaftliche Problem im Nahen Osten stellt nicht die palästinensische Ökonomie dar, das sich relativ leicht in wenigen Jahren durch freien Handel lösen läßt. Dafür sind keine großen Wirtschaftsreformen nötig; denn Palästina wird nicht wie die westeuropäischen oder anderen Länder durch Regulierung behindert werden. Das große Problem in der Region ist Ägypten, und auch hier haben Europa und Nordamerika es versäumt, Wirtschaftsreformen in Gang zu setzen und freien Handel zwischen Ägypten und seinen Nachbarn zu fördern; zumindest haben wir nicht genug dafür getan.

Wir werden auch der Golfregion Aufmerksamkeit schenken müssen, die bei diesem Friedensprozeß nicht außer acht gelassen werden darf. Es wird nicht leicht sein, die großen Staats- und Familienunternehmen dort abzulösen. Aber auch in der Region brauchen wir Wettbewerb, auch sie benötigt Kapital, und Kapital bekommt man nicht nur durch den Verkauf von Erdöl, sondern indem man auf die Kapitalmärkte geht. Die saudische Petrochemie wird dazu übergehen müssen, Aktien auf dem freien Markt zu verkaufen. Wirtschaftsreformen dieser Art müssen wir nicht nur in Saudi-Arabien fördern, sondern auch in den Vereinigten Arabischen Emiraten und in jedem anderen Land der Golfregion. Auch hier werden Handel und Reformen das Wachstum fördern.

Über Hilfsprogramme freuen sich Regierungsvertreter, die sie vergeben und bekommen, aber sie fördern nicht das Wirtschaftswachstum. Die Europäer sollten auf solche Hilfeersuchen nicht reagieren, und im Nahen Osten sollte man dies nicht fordern. Die jordanische Wirtschaft bietet in dieser Hinsicht ein besonders negatives Beispiel. Sie hat sich so an Unterstützung von außen gewöhnt, daß sie dadurch ebenso sehr wie durch interne Interessen behindert wird. Noch einmal: Man sollte weder Hilfe geben noch annehmen. Hilfe dient allenfalls dazu, politische Probleme anzugehen. Für ein paar Jahre mag sie der palästinensischen Regierung dienen, spezifische politische Probleme in den Griff zu bekommen.

Die Deutschen leisten hier einen Beitrag, von dem die Amerikaner und die übrige Welt etwas lernen können. Wenn ich es richtig sehe, will die deutsche Regierung ihre bilaterale Unterstützung für Länder im Nahen Osten in multilaterale Hilfe ändern. Entsprechend sollten die Amerikaner ihre Hilfsleistungen ausrichten und nur noch regionale Projekte finanzieren. Worum geht es den Amerikanern und den Europäern im Nahen Osten und in Jerusalem? Unser Hauptinteresse ist Frieden in der Region. Wenn es keinen Frieden und keine wirtschaftliche Entwicklung gibt, wandern die Menschen nach Nordamerika und Europa aus und säen dort Gewalt. Und dieses unser Interesse kann durch Regionalisierung gefördert werden.

Um es ganz unumwunden zu sagen: Wir sollten an Ägypten und Israel keine finanziellen Hüfen mehrgeben. In einigen Jahren sollten wir auch die Zahlungen an Palästina und Jordanien einstellen. Multilaterale Hilfe, die die Regionalisierung und den Frieden fördert und wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht, ja, aber an Bedingungen geknüpft. Wenn Jordanien Hilfe wünscht, sollte es ein trilaterales Abkommen mit Israel und Palästina schließen, nicht erst in 15 oder in 35 Jahren, sondern jetzt.

Ich sehe drei Dinge, die wir tun sollten. Erstens die Förderung von Handelsabkommen. Je umfassender um so besser; der Anfang kann mit einem israelisch-jordanisch-palästinensischen Abkommen gemacht werden.

Zweitens: Europäer und Amerikaner sollten in einem ersten Schritt ihre Hilfsleistungen stoppen, um dann in einem zweiten Schritt ihre eigenen Märkte zu öffnen. Ich weiß, daß die Europäer das nicht gerne hören. Aber die Franzosen, die Deutschen und andere müssen ihre Märkte für Produkte des Nahen Ostens öffnen, für die der Palästinenser, der Jordanier oder wer immer es ist. Auf diese Weise kann man zum Frieden beitragen, aber nicht durch die Finanzierung unsinniger Bewässerungsprojekte, die nur sehr begrenzten Gewinn abwerfen. Öffnen Sie Ihre Märkte. Lassen Sie die Wirtschaften im Nahen Osten wachsen und auf eigenen Füßen stehen. Ich bin nicht an einem europäischen 12-Milliarden-Dollar-Hilfsprogramm für den Nahen Osten interessiert, sondern an freien Märkten.

Drittens: Wenn wir Hilfe gewähren, dann ganz gezielt, selektiv, verbunden mit technischer Expertise, um Handel und Wirtschaftsreformen zu unterstützen, damit sie sich selbst entwickeln können.

Wenn mich jemand fragen würde, welcher Wirtschaft ich die besseren Zukunftschancen gäbe, der palästinensischen oder der jordanischen, würde ich sagen, der palästinensischen, die bereits heute ein höheres Pro-Kopf-Einkommen als die jordanische hat. Der Vorteil der Palästinenser ist, daß sie schon ein Handelsabkommen mit Israel unterzeichnet haben und nicht durch Vorschriften und Interessengruppen belastet sind. Jordanien betreibt keine sehr gute Wirtschaftspolitik. Die Wirtschaft ist stark reguliert und wird von mächtigen Interessengruppen kontrolliert. Ich erwähne dies im Hinblick auf eine jordanisch-palästinensische Konföderation, die ich für falsch halte, sowohl für die Palästinenser als auch für die Jordanier, insbesondere aber für die Israelis. Warum sollten sich die Palästinenser mit einer viel schwächeren Wirtschaft verbinden? Im Falle einer wirtschaftlichen Ehe mit Jordanien hätten sie auch die Regulierungslast der jordanischen Wirtschaft mitzutragen.

Mein Eindruck ist, daß Jordanien vom politischen Standpunkt aus ein Interesse an der Selbständigkeit Palästinas haben muß; denn andernfalls würde Jordanien ein Teil Palästinas werden, was erhebliche Probleme mit der jordanischen Bevölkerung mit sich bringen würde. Auch die Palästinenser würden Probleme bekommen und möglicherweise ihre palästinensische Identität verlieren. Die Palästinenser

befinden sich auf dem Weg zur Unabhängigkeit und sind dabei schon ein ganzes Stück vorangekommen. Warum sollten sie dies aufgeben? Es mag im Augenblick für den israelischen Premierminister nützlich sein, von der Bildung einer jordanisch-palästinensischen Konföderation zu sprechen. Auf diese Weise umgeht er die Frage nach einem palästinensischen Staat. Aber in letzter Konsequenz kann ein israelischer Politiker eine solche Konföderation nicht wollen, vor allem nicht, wenn er den Frieden anstrebt.

Ich würde also den Palästinensern dringend abraten, sich mit Jordanien zu verbünden, bevor die Jordanier nicht beginnen, ihre Märkte für den Handel zu öffnen und eine grundlegende Wirtschaftsreform durchzuführen. Ich würde den Palästinensern sagen: Wenden Sie sich nicht nach Osten!

Stürmer

Das war eine höchst erfrischende Darstellung des amerikanischen Pragmatismus aus Harvard. Ich hoffe, Dan Propper wird diese Herausforderung annehmen und uns erklären, wie sich die akademische Sicht der Dinge in die Praxis des Geschäftsmannes übertragen läßt. Dan Propper ist Präsident des Unternehmerverbandes und Vorsitzender des Verbandes der israelischen Wirtschaftsorganisationen. Er ist außerdem Chef der Firma OSEM, die viele gute Dinge in die Welt schickt. Aber dies ist nicht der richtige Moment für Werbung, sondern für die wirtschaftlichen Aspekte des Friedens.

Propper

Ich stimme mit Herrn Hausmans Schlußfolgerungen überein, daß finanzielle Hilfe nicht notwendig, vielmehr sogar schädlich ist, und es auf die Märkte ankommt. Ich möchte mich dem Thema aber von einem anderen Blickwinkel nähern.

In einem Punkt bin ich anderer Meinung, und zwar in der Jerusalem-Frage, weil es sich dabei zwar um ein sehr komplexes Thema, aber bestimmt nicht um ein ökonomisches Problem handelt. Hierbei geht es um emotionale, historische, religiöse Ursachen und um eine nationale Problematik. Aber ein ökonomisches Element vermag ich nicht zu sehen vielleicht als eine letzte Nuance, wenn all die anderen Probleme gelöst sind.

Der Frieden in dieser Region kann nur erreicht und aufrechterhalten werden durch Handel und Gewerbe. Damit meine ich freies Unternehmertum, freien Handel, Leute, die arbeiten und davon profitieren. Dies mag wie seine sehr schlichte Erkenntnis klingen, aber manchmal sehen die Menschen nicht, daß gerade das wirklich Frieden bringen kann. Was mich insbesondere in dieser Region zu dieser Sicht veranlaßt, sind die riesigen Unterschiede im Lebensstandard und beim Einkommen: Wo unseren Nachbarn ungefähr 1000 Dollar pro Kopf und Jahr zur Verfügung stehen, haben wir 16.000 Dollar. Dies ist eine sehr ungesunde Kluft, die wir schließen müssen, um Frieden zu bekommen.

Ich möchte hier nicht darauf eingehen, wer aus der Armut Vorteile zieht, wem leere Mägen nutzen, was hungrige Menschen zerstören oder zufriedene Menschen leisten können. Deshalb sollten die Geschäftsleute dieser Region und die Menschen, die hier arbeiten, sich nicht nur ihrem eigenen Tätigkeitsbereich und dem Wohlergehen ihrer eigenen Geschäfte zuwenden, sondern auch auf eine Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards, insbesondere der Benachteiligten, achten.

Das Hauptproblem ist das der Beschäftigung, vor allem in den palästinensischen Gebieten, aber auch in unseren Nachbarländern Jordanien und Ägypten. Ich will jetzt nicht über Syrien reden. Das ist der nächsten Stufe vorbehalten.

Ich meine, die erste Aufgabe ist die Senkung der Arbeitslosenquote und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Hier kommen unser technologisches Know-how und ein Überfluß an menschlicher Arbeitskraft zusammen, was nach einer Lösung verlangt, die in einer Art Joint-venture bestehen könnte. Die Israelis sollten dabei nicht alleine auf palästinensischem oder jordanischem Territorium tätig werden, sondern die Vorgehensweise sollte von Geschäftsleuten beider Seiten kontrolliert werden, besser noch, von palästinensischen oder jordanischen. Am besten wäre es, Unternehmer dabei zu haben, die sich auf den angestrebten Märkten auskennen, in der Regel also Europäer sind, auch wenn das keine Bedingung ist.

Auf einer ersten Stufe würde diese Lösung bedeuten, daß einige Fabriken von Israel in palästinensisches Territorium und nach Jordanien verlegt werden. Der Prozeß hat bereits begonnen, wenn auch nicht in palästinensisches Gebiet, so doch nach Jordanien und Ägypten. Wenn einmal Stabilität und Sicherheit erreicht sind, werden israelische Geschäftsleute auch damit beginnen,

sinnvolle Joint-ventures in den palästinensischen Gebieten zu initiieren. Auf diese Weise könnte man die besten Ressourcen beider Seiten in unmittelbarer Nähe unserer Wohnorte nutzen. Dieser Prozeß wird sich allmählich entwickeln und mit wachsender Stabilität und Sicherheit immer schneller vorangehen.

Umfragen unter Geschäftsleuten und Unternehmern in Israel, die wir vor zwei Wochen unter den Mitgliedern unserer Vereinigung durchgeführt haben, zeigten durchweg positive Antworten. So wünscht man sich Informationen über Industrieparks in der Region und genauso an der Grenze zum Gaza-Streifen. Diese Reaktion ist insofern ein gutes Zeichen, als diese Leute nicht von staatlichen Stellen oder Institutionen befragt wurden, die Geld zu verteilen haben, sondern von Leuten, die lediglich herausfinden wollen, ob sie bereit sind, ihr Know-how und die verfügbaren Mittel in der Region einzusetzen. Mittlerweile gibt es einige interessante Projekte, die jetzt in Industrieparks an der Grenze zu Gaza und in einigen Orten auf der Westbank begonnen haben. Wenn sich die Sicherheitslage bessert, wird das auch in den Autonomiegebieten geschehen.

Wenn das Problem der Schaffung von Arbeitsplätzen gelöst ist, sollte auf der nächsten Stufe in jene Gebiete Technologie fließen, deren Eigenschaft es ja ist, sich ständig weiter zu entwickeln, und die ganz wesentlich dazu beitragen könnte, den Lebensstandard bei unseren Nachbarn anzuheben.

Wir sollten darüber hinaus nicht viel Reden halten, sondern es anpacken. Die zweite Stufe kann schneller kommen, als wir denken, vielleicht schon nach ein oder zwei Jahren. Aus Gesprächen mit Kollegen weiß ich, daß einige von ihnen die Adressen von Palästinensern haben, mit denen sie in ihren eigenen Unternehmen in Israel gearbeitet haben und die bereits das nötige Wissen und die Fertigkeiten haben, um diese Technologien anzuwenden.

Was fehlt, um dieses Konzept zu realisieren? Worauf es vordringlich ankommt, sind die Märkte für die herzustellenden Produkte; denn der israelische Markt ist sehr klein. Die Märkte um uns herum werden sich natürlich mit dem Anstieg des Lebensstandards und den verfügbaren Mitteln ausweiten; aber das wird ein langsamer Prozeß sein. Für Baumaterialien oder Nahrungsmittel wird dies gewiß schneller gehen, doch bei technologischen Produkten wird dieser Prozeß langsamer ablaufen, und hier setze ich für unsere Joint-ventures auf den europäischen Markt.

Israel hat ein Freihandelsabkommen mit Europa, nicht gerade eines der besten, auch wenn es im letzten Dezember verbessert worden ist. Mit den Palästinensern, den Ägyptern und den Jordanern sollten bald Abkommen getroffen werden, die kumulativ angelegt sind, damit Waren aus Joint-ventures zwischen Israel und Ägypten, Israel und Jordanien und Israel und Palästina ebenso behandelt werden wie Waren aus einem einzigen Ursprungsland und als solche zollfrei in die EU eingeführt werden können.

Ich weiß, daß all dies schwierig ist. Erstens ist Europa eine protektionistische Gemeinschaft, vor allem, wenn es darum geht, die eigene Industrie zu schützen. Zweitens werden die Entscheidungen in der Europäischen Union bekanntlich sehr bürokratisch getroffen, und jedes Land muß zustimmen, bevor sich überhaupt etwas um einen Millimeter nach vorn bewegt. Drittens weckt die hohe Bevölkerungszahl in Ägypten Befürchtungen in Europa. Über 60 Millionen Menschen können eine Menge Produkte herstellen. Das ist den Europäern gar nicht recht.

Ich muß gestehen, daß ich durch ein Gespräch mit Leon Brittan vor zwei Wochen entmutigt wurde, weiter für diese Angelegenheit der Herkunftskumulation zu kämpfen, aber ich gebe nicht auf. Das Thema ist noch nicht ausgestanden. Wir alle müssen einig sein und klarmachen, daß wir kein Geld und keine Hilfe wollen. Helfen kann allein der Markt, der dafür sorgen kann, daß die Menschen zusammenarbeiten. Wenn wir durch den Markt eine israelisch-palästinensische, israelisch-jordanische und israelisch-ägyptische Zusammenarbeit bei der Produktion von Gütern erreichen, die sich auf dem europäischen Markt verkaufen lassen, dann ist das ein wichtigerer Beitrag als jeder Dollar oder jede Mark, die in diese Region fließen.

Ich werde demnächst zusammen mit dem Vorsitzenden des ägyptischen Industrieverbandes nach Brüssel reisen und dort mit den Kommissaren über diese Idee reden. Ich hoffe, das wird uns weiterbringen; denn ohne die Unterstützung von seiten Europas werden wir kaum Erfolg haben. Deshalb ist dies die wichtigste Forderung, die ich hier aussprechen kann. Wenn wir das erreichen, wird es ein wesentlicher Beitrag zur Festigung des Friedens im Nahen Osten sein.

Stürmer

Immer wenn die Rede auf die Wirtschaft kommt, ändert sich interessanterweise die Tonlage. Ähnliche Erfahrungen haben wir ja schon zu Zeiten des kalten Krieges gemacht, wenn die Thematik von Politik

und Strategie zu den wirtschaftlichen Interessen wechselte. Ich meine, das sollten wir positiv bewerten.

Ich weiß, daß noch eine Reihe von Fragen bestehen, die sich eher auf die Politik und die Gesellschaft beziehen. Aber, um Walther Rathenau zu zitieren: "Die Wirtschaft ist das Schicksal." Rathenau, ein sehr patriotischer deutscher Jude, war Chef der AEG und zwei Jahre lang Außenminister der Weimarer Republik, bis er ermordet wurde. "Die Wirtschaft ist das Schicksal", gilt das auch in dieser Zeit und an diesem Ort?

Vardi

Herrn Hausman verdanke ich zumindest eine neue geographische Erkenntnis: Bisher dachte ich immer, Harvard läge in Boston, und muß jetzt feststellen, daß es in Wirklichkeit in Chicago liegt.

Ich möchte zwei Kommentare anfügen. Ich meine, Herr Hausman tut sowohl den Palästinensern als auch den Jordanern unrecht, weil er den Zeitfaktor nicht berücksichtigt. Die europäischen Märkte haben Israel einen großen Gefallen damit getan, daß sie uns gegen unseren Willen in den Wettbewerb gedrängt haben. Das war eine neue Situation für uns und zunächst sehr schmerzhaft, aber sie trug zur Gesundung unserer Industrie bei, die jetzt viel besser dasteht als vor zehn Jahren. Allerdings ist die Textilindustrie vollkommen verschwunden, die für die neuen Einwanderer als Einstieg in die industrielle Arbeit sehr wichtig war.

Reformen und Anpassungen sind eben nicht umsonst zu haben, und die Wirtschaft ist nur begrenzt belastbar. Anpassungsprozesse dürfen immer nur eine bestimmte Anzahl von Menschen pro Jahr treffen. Ich war 30-, 40-, 50mal in Jordanien. Sicher, man kann Jordanien den israelischen Markt öffnen, aber sie haben nicht viel, was sie uns verkaufen könnten. Was sie haben, sind Baumaterialien, Naturstein für die Bauindustrie und einige landwirtschaftliche Produkte; das ist schon alles. Deshalb brauchen sie Zeit, um ihre Wirtschaft anzupassen.

Über dieses Thema streite ich mich immer wieder mit Dan Propper. Ich meine, die Jordanier fordern zu Recht eine Anpassungszeit, ohne daß ich jetzt sagen könnte, wie lang dieser Zeitraum sein sollte: vielleicht 13 Jahre oder 8 oder 17 Jahre. Man kann einem Land keinen so gewaltigen Wandel zumuten, ohne die Lebensgrundlagen für die Bevölkerung zu zerstören. Das gleiche gilt auch für die Palästinenser.

Als anerkannter Wissenschaftler eines so maßgebenden Instituts sollte Herr Hausman berücksichtigen, daß solche Empfehlungen das Schicksal ganzer Nationen beeinflussen können. Deshalb sollte man damit etwas vorsichtiger sein.

Ich stimme Ihnen durchaus zu, wenn Sie sagen, daß finanzielle Hilfe ihre Unzulänglichkeiten hat. Alles im Leben hat Vorzüge und Nachteile. Ich widerspreche auch nicht, daß an allen möglichen Stellen eine Menge Geld ausgegeben wird. Dazu könnte ich Ihnen viele Geschichten erzählen, von denen einige sogar sehr komisch sind. Aber der Zeitfaktor ist äußerst wichtig. Wir Israelis haben um eine Übergangszeit im Hinblick auf den europäischen Markt gebeten, und das war richtig so und hat, wie ich meine, zu einem sehr positiven Resultat geführt. Wir haben jetzt eine viel gesündere Industrie. Die exportorientierten Industriezweige mußten sich selbst erneuern und von Jahr zu Jahr ihre Leistungen verbessern, während jene Branchen, die besonders geschützt waren, jetzt vom Untergang bedroht sind. Sie haben eine solche Kluft zwischen den Weltmarktpreisen und ihren eigenen, protektionistischen Preisen entstehen lassen, daß sie nicht mehr überlebensfähig sind. Die israelische Düngerindustrie bietet dafür ein gutes Beispiel. Der exportierende Bereich der Industrie blühte auf, während der durch Protektionismus geschützte Bereich abgestorben ist und die Betriebe jetzt geschlossen werden müssen.

Nun zum gemeinsamen Markt im Nahen Osten. Das gesamte Bruttosozialprodukt der Region beträgt circa 140 Milliarden Dollar und entspricht damit etwa dem von Philadelphia und Baltimore zusammen; sehr viel mehr ist es nicht. Das kann man natürlich nicht mit dem gemeinsamen Europäischen Markt oder dem gemeinsamen Markt der NAFTA vergleichen, und ich weiß nicht, ob ein solcher gemeinsamer Markt genügend Möglichkeiten bieten könnte.

Mein letzter Kommentar bezieht sich auf einen Problembereich, dem allein man eine ganze Konferenz widmen sollte und zu dem ich gerne die Meinung unseres Gastes aus der Türkei hören würde. Es geht um die Wasserfrage. Die Idee, Wasser als ein frei handelbares Gut zu betrachten, ist natürlich attraktiv. Wie wird sich das aber praktisch auswirken? Wollen Sie den Landwirten verbieten, weiter Wasser zu nutzen? Sagen Sie ihnen, sie sollen aufhören zu arbeiten und arbeitslos werden? Oder sollen sie nach Jordanien gehen und ihre Tomaten dort ziehen statt in Israel?

Ich bin auch dafür, den Preis für Wasser auf ein vernünftiges Niveau zu bringen, aber ich bin nicht der Meinung, daß die Grenzkosten bei 20 Cents liegen; denn Sie wissen genauso gut wie ich, daß man die Verbesserung der Wasserversorgung langfristig und nicht kurzfristig rechnen muß. Und langfristig dürfte der Grenzkostensatz für Wasser bei einem Dollar, vielleicht bei 70 oder 80 Cents liegen, aber bestimmt nicht bei 20 Cents. Dabei sind selbst 20 Cents für die Jordanier, deren Bruttosozialprodukt ein Fünfzehntel des israelischen beträgt, wie 3 Dollar für uns, was die Belastung der Wirtschaft angeht. Dennoch wird Wasser in unserer Region nicht nur als Handelsware gesehen, sondern auch als Garant für Arbeitsplätze, besonders in der Landwirtschaft.

Hier kommen wir in den Bereich der nationalen Sicherheit. Ich kann Ihnen von einem sehr attraktiven Modell - ähnlich dem harvardschen Wassermodell - berichten, mit dem wir im Nahen Osten Abermilliarden von Dollar sparen könnten. Im Grunde sind wir dumm, das nicht zu tun. Das Modell stammt von einem Mann, der vor 2000 Jahren in dieser Stadt lebte. Sein Vorschlag war: Wenn wir unsere Schwerter zu Pflugscharen machen, könnten wir unsere gesamten Verteidigungsausgaben einsparen. Das wäre viel besser, als Streitkräfte für jedes Land zu halten. Als Alternative dazu könnte man sich vorstellen, daß Ägypten, Israel, Jordanien, Syrien, die Palästinenser und der Irak eine gemeinsame Armee haben, die ihre Dienste allen Beteiligten gegen Geld zur Verfügung stellt. Das wäre eine optimale Lösung. Ein ähnliches Modell wäre auch für Sie in Amerika denkbar: Warum benutzen Sie Arbeitskräfte, die 2000 Dollar im Monat kosten, wenn Sie Mexikaner für sehr viel weniger Geld bekommen könnten und damit Arbeitsplätze in Mexiko schaffen würden?

Das Wasserkonzept könnte solche Komponenten berücksichtigen. Wasser als frei handelbares Gut anzunehmen, ist völlig unrealistisch. In der Wasserpolitik und bei den Wasserpreisen muß in der Tat noch eine Menge getan werden, um die vielen Regulation zu beseitigen. Aber reden Sie nicht gegen Entwicklungshilfe für unsere Nachbarn, und befürworten Sie nicht ein rein wirtschaftliches Wassermodell, ohne dabei Übergangszeiten einzurechnen, in denen die von Ihnen geforderten Anpassungen stattfinden können.

Bar-On

Mein kurzer Einwand richtet sich an Harvard und nicht an Chicago. Einen Aspekt bei der Unterstützung wirtschaftlicher Entwicklung sollten wir nicht vergessen, nämlich die Ausbildung. Ich denke, vor allem die wissenschaftliche und technologische Ausbildung ist teilweise von erheblicher Bedeutung. Natürlich wirft das die Frage auf, wo Menschen, die eine Ausbildung erfahren haben, dann Beschäftigung finden können. Das sollte uns aber nicht davon abhalten, der Ausbildungsfrage große Bedeutung zuzumessen.

Hirschfeld

Ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen, daß Stabilität und Frieden auf vier Säulen ruhen: auf politischer, sicherheitspolitischer, wirtschaftlicher und sozialer Stabilität. Wenn wir also über finanzielle Hilfe oder über Wirtschaftsfragen sprechen, müssen wir diese in einem weiteren Zusammenhang sehen.

Wirtschaftsentwicklung und -hilfe sind sowohl unter kurzfristigen als auch unter langfristigen Aspekten zu betrachten. Kurzfristig geht es um ganz wesentliche Ziele: vor allem darum, Katastrophen zu verhindern. Bei einer Arbeitslosenquote von 50 bis 60 Prozent, besonders in der Altersgruppe zwischen 15 und 35 Jahren, wird es Terrororganisationen ein leichtes sein, Leute zu finden, die für 50 Dollar eine Bombe legen oder ähnliche Taten vollbringen. Auf diese Weise entsteht eine regelrechte Infrastruktur des Terrors. Deshalb kommt es bei der kurzfristigen wirtschaftlichen Entwicklung darauf an, die ökonomischen Bedürfnisse zu befriedigen. Dafür gibt es durchaus Möglichkeiten, auch wenn es nicht einfach ist.

Dazu gehört auch die Schaffung von Institutionen und Kooperationen. Beides ist vor allem für die Palästinenser wichtig; dient aber auch der Region im weiteren Sinne. Auf palästinensischer Seite ist dies seit dem 1. Juli 1994 absolut notwendig, und dem trägt institutionell die palästinensische Selbstverwaltung Rechnung, die trotz aller Unzulänglichkeiten höchst eindrucksvoll arbeitet. Dabei waren die Palästinenser auf eine erhebliche Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft angewiesen, die sie auch bekommen haben. Es ist völliger Unsinn zu sagen, die internationale Hilfe sei überflüssig; eine solche Feststellung ist einfach realitätsfremd.

Für die notwendige Unterstützung bei der Bildung von Kooperationen gebe ich ein kleines Beispiel. Wenn die deutsche Regierung anbietet, 140 Millionen D-Mark für regionale Projekte zwischen Israelis, Palästinensern, Jordaniern und Ägyptern zur Verfügung zu stellen, gibt sie damit einen bedeutsamen Anstoß für eine Zusammenarbeit der vier wichtigsten Akteure in der Region. Dies zu leugnen und statt

dessen zu behaupten, es sei wichtiger, den freien Handel zu fördern, kann ich so nicht akzeptieren, ohne daß ich den Handel für unwichtig halte. Wenn zum Beispiel die EU wegen der Kumulationsgesetze eine Zusammenarbeit zwischen Israelis und Palästinensern oder Israelis und Jordanern nicht erlaubt, halte ich das für falsch.

Institutionelle Wirtschaftshilfe muß dem Aufbau von Institutionen dienen, also von palästinensischen Regierungs- und Verwaltungsinstitutionen. Ich halte es auch für wichtig, daß Wirtschaftshilfe für nichtstaatliche Institutionen gegeben wird; dies kann über örtliche Verwaltungen und andere Institutionen geschehen, wie das bereits vielfach der Fall ist. Das gleiche gilt für den Aufbau von bilateraler oder multilateraler Zusammenarbeit. Wenn die deutsche Regierung die 140 Millionen D-Mark nicht für israelisch-palästinensische Gemeinschaftsprojekte, sondern ausschließlich für palästinensische Aktivitäten bestimmte, würde dies die Zusammenarbeit wieder unterbinden.

Wir sollten uns darüber im klaren sein, daß die Gewährung von Unterstützung und wirtschaftlicher Hilfe ein wirksames politisches Instrument ist, um die Zusammenarbeit zwischen den wichtigsten politischen Kräften in unserer Region zu fördern. Für die nähere Zukunft wäre dies von großer Bedeutung. Es würde unserem Dialog eine solide Basis geben und unterstreichen, daß wir viele gemeinsame Interessen haben und tatsächlich in einem Boot sitzen; daß dies kein Nullsummenspiel ist, sondern ein Projekt mit hohen Gewinnchancen, bei dem wir gemeinsam mehr erreichen können als jeder für sich. In dieser Hinsicht wurde bereits einiges unternommen, und das sollte weiter verfolgt werden.

Was die langfristigen Perspektiven angeht, sehe ich vor allem zwei Ziele, um die wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen. Erstens muß, wie Herr Propper deutlich gemacht hat, das Gefälle zwischen uns und den Palästinensern sowie der übrigen Region verringert werden. Ich finde es sehr bedrohlich, wenn europäische Berechnungen für die Entwicklung der Region bis zum Jahr 2010 davon ausgehen, daß das israelische Sozialprodukt sich verdoppeln wird und die sieben Millionen Israelis insgesamt das gleiche Einkommen haben werden wie die 147 Millionen Araber in der Region, wenn nicht massive Hilfe von außen erfolgt. Wir hätten dann ein Einkommensverhältnis von eins zu zwanzig oder mehr, was katastrophal wäre und erhebliche Gefahren mit sich brächte.

Sowohl wir Israelis als auch die Araber in der Region werden aus diesem Grund für Reformen und Maßnahmen offen sein und sind dafür auf Hilfe von außen angewiesen. Die arabische Welt steht zweifellos vor großen Strukturveränderungen, die unter anderem eine Abkehr von der staatlichen Interventionspolitik, vom Protektionismus und von der Subventionierung vieler Wirtschaftsbereiche beinhalten muß. Wenn sich diese Länder dann mit der Weltbank und dem IWF an einen Tisch setzen und zu solchen Maßnahmen ermutigt sehen werden, sollten die Hilfen für den Strukturwandel nicht fehlen. In Institutionen wie dem IWF muß sich ein Bewußtsein dafür entwickeln, nicht nur die wirtschaftlichen Aspekte zu berücksichtigen, sondern auch die Notwendigkeit eines Strukturwandels. Außerdem muß man sich über die sozialen und gesellschaftspolitischen Schwierigkeiten im klaren sein, in die Ägypten, Jordanien und die Palästinenser dadurch gedrängt werden. Für diesen Prozeß muß ihnen eine Art Sicherheitsnetz zur Verfügung gestellt werden.

Wirtschaftliche Entwicklung hat noch ein anderes Ziel. Wenn wir in der Region einen gewissen Grad an gegenseitiger Abhängigkeit entwickeln wollen, muß dem eine intensive gemeinsame Planung vorangehen. So sehr ich Herrn Vardi zustimme, müssen wir uns auch darüber klarwerden, wie es um Straßen, Infrastruktur, Flugplätze und Fabriken und so weiter steht. Unsere Region ist so klein, daß wir uns über solche Dinge einigen müssen, und dafür wären Wirtschafts- und Planungshilfen von größter Bedeutung. Wenn wir diese Ziele im Auge behalten, ist es vielleicht eines Tages möglich, sie in effektive politische Maßnahmen umzusetzen.

Stürmer

Können Sie kurz die Bedeutung von Kumulation erklären?

Hirschfeld

Es gibt für den europäischen Markt eine Reihe komplizierter Gesetze, die bestimmten Ursprungsländern besondere Bedingungen einräumen. Wenn wir in die EU exportieren, zahlen wir dafür keinen Zoll. Das gleiche gilt für die Palästinenser, jedenfalls zur Zeit.

Wenn aber ein Produkt zu 50 Prozent palästinensischen und zu 50 Prozent israelischen Ursprungs ist, dann müssen wir Zoll; darauf zahlen. Kumulation bedeutet, daß die Gesetze, die den Ursprung eines Produkts regeln, flexibler werden und die Palästinenser und wir für unsere Zusammenarbeit nicht bestraft werden.

Shoval

Bei dem Thema dieser Konferenz stellt sich die Frage, ob Israel ein Nahost- oder ein Mittelmeerland ist oder beides. Meine persönliche Ansicht ist, daß Israel zwar Versöhnung mit seinen arabischen Nachbarländern will, aber nicht notwendigerweise Integration, was einen erheblichen Unterschied ausmacht.

Was Europa und die übrige Welt betrifft, so wird eine Likud-Regierung wahrscheinlich zukunftsgerichteter arbeiten als die gegenwärtige Regierung, weil wir der freien Marktwirtschaft sehr viel stärker verpflichtet sind. Wir propagieren eine Reduzierung der Rolle des Staates in der Wirtschaft und eine stärkere Privatisierung, auch wenn wir selbst dabei nicht sehr erfolgreich waren, als wir an der Regierungsverantwortung waren. Aber wir haben aus dieser Erfahrung gelernt. Wir nähern uns dem 21. Jahrhundert, und ich glaube, daß das die politische Linie ist, die wir jetzt verfolgen und umsetzen sollten.

Ohne auf die Frage einzugehen, ob es einen "neuen" Nahen Osten gibt oder nicht, woran ich im übrigen große Zweifel hege, muß jedoch deutlich gemacht werden, daß unsere wichtigsten Partner im wirtschaftlichen wie im technologischen und kulturellen Bereich Amerika, Europa, der Ferne Osten und natürlich die jüdische Diaspora bleiben und wohl kaum unsere Nachbarn hier sein werden. Ich will auch betonen, daß eine Likud-Regierung eine aktivere Rolle der Europäer begrüßen würde, auch wenn die U SA der wichtigste Pol unserer internationalen Beziehungen bleiben werden. Das hat viele Gründe, von denen ich nur die Sicherheit, die Wirtschaft und die jüdische Bevölkerung dort nennen will. Im 21. Jahrhundert wird in Amerika die zahlenmäßig zweitgrößte Gruppe von Juden auf der Welt leben, heute ist sie noch die größte Gruppe, aber in einigen Jahren wird Israel diesen Rang einnehmen.

Das heißt, unsere wichtigsten Partner, und das nicht nur im wirtschaftlichen Bereich, werden weiterhin der Westen und der Ferne Osten sein. Mit Westen meine ich sowohl Amerika als auch Europa. Das bedeutet nicht, daß die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn unwichtig wären, im Gegenteil. Dazu will ich nur anmerken, daß wir Israelis einen Fehler machen, wenn wir unsere Wirtschaftsmacht oder unsere wirtschaftliche Hegemonie im Nahen Osten zu sehr betonen. Das ist psychologisch und politisch falsch. Unsere Geschäftsleute sollten nicht überall verkünden: "Wir haben das Know-how, und ihr seid die Arbeitskräfte." Solch eine Einstellung ist nicht sehr hilfreich, wenn man freundliche, enge Beziehungen zwischen Völkern aufbauen will, schon gar nicht im Nahen Osten.

Abgesehen davon, daß die bilateralen oder auch die multilateralen Handelsbeziehungen im Nahen Osten kaum sehr bedeutend sein werden, ist auch der Handel zwischen den arabischen Ländern selbst nicht sehr umfangreich, ebensowenig wie arabische Investitionen im Nahen Osten. Denn die Araber investieren leider einen Großteil der Gelder im Ausland und nicht in den arabischen Ländern. Obwohl dies ein wichtiger Punkt ist, muß dabei das sehr geringe Sozialprodukt der meisten arabischen Länder im Vergleich zu dem ständig wachsenden israelischen Sozialprodukt in Rechnung gestellt werden. Es gibt ein Feld, in dem wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht nur wichtig, sondern unbedingt notwendig ist, und das ist die Infrastruktur. Das gilt für die Bereiche Energie, Kommunikation und Tourismus, aber insbesondere für Wasser.

Beim Wasser geht es nicht nur um die Bewirtschaftung der vorhandenen Wasservorräte. Israel bezieht etwa 25 bis 30 Prozent seines Wassers aus den Bergen Samarias und weitere 30 Prozent von den Golanhöhen. Die gegenseitige Abhängigkeit ist hier natürlich sehr stark; Gaza zum Beispiel hätte ohne Israels Hilfe überhaupt kein Wasser. Es geht aber nicht nur darum, die bestehenden Vorräte zu erhalten, sondern vor allem darum, neue Wasserressourcen zu erschließen, etwa durch Entsalzung und andere technische Verfahren. Solch ein Vorhaben kann aber nur in Zusammenarbeit zwischen Israel, Jordanien, Syrien, den Palästinensern und vielleicht noch anderen Ländern gelingen. Ich glaube nämlich nicht, daß der Nahe Osten auf Dauer von Wasserimporten aus der Türkei abhängig sein will. Wir müssen unsere eigenen Wasservorräte weiterentwickeln, und das geht nur in enger Zusammenarbeit.

Wir hoffen alle, daß Immanuel Kant recht hatte; aber wir wissen aus Erfahrung, auch bei engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Völkern gibt es keine absolute Sicherheit, daß nicht trotzdem ein Krieg ausbricht. Wirtschaftliche Interessen haben oft Kriege verhindert, aber genauso oft haben sie auch Kriege ausgelöst. Selbst wenn wir in unseren Wirtschaftsbeziehungen sehr erfolgreich sind und die Menschen miteinander reden und gute Beziehungen haben, können wir in diesem Teil der Welt nie ganz sicher sein, daß nicht andere, neue Gründe für Instabilität in der Region entstehen.

Der Nahe Osten wird noch auf lange Zeit eine sehr instabile Region bleiben. Die Gründe für Fundamentalismus oder extremen Nationalismus sind übrigens nicht nur im wirtschaftlichen Bereich zu suchen, sondern auch im sozialen und im ideologischen, und Fundamentalismus muß nicht nur schiitisch, sondern kann auch sunnitisch sein. Europa und die übrige Welt sollten alle diese Dinge berücksichtigen. Wenn Sie sich hier engagieren wollen, und das sollten Sie, müssen Sie die gegenwärtige Situation im Nahen Osten realistisch einschätzen.

Hadi

Zu Ihrer Frage, ob Israel ein Land des Nahen Ostens oder ein Mittelmeerland sei, und zu Ihrem Wunsch, Ihre engen Verbindungen mit und die Unterstützung durch den Westen, vor allem die USA und Europa, aufrechtzuerhalten: Können Sie sich für Israel tatsächlich eine Zukunft im Nahen Osten ohne ernsthafte und umfassende Partnerschaft mit den arabischen Nachbarländern vorstellen? Nehmen Sie nur an, daß es in Washington einen Regierungswechsel gibt und die neue Administration Israel nicht mehr in dem Maße unterstützt, wie es bisher der Fall ist: Glauben Sie, daß Israel ohne enge Zusammenarbeit und umfassende Partnerschaft in der Region überleben könnte.

Seefin

Wie sehen wir in Ägypten die Rolle Europas und der europäischen Länder im Nahen Osten? Wir waren das erste Land, das den Friedensprozeß begonnen hat, und wir haben die Hauptlast dessen getragen, was hier vorhin als der "kalte Friede" bezeichnet wurde. Allen Widerständen zum Trotz stand unsere Regierung voll hinter dem Friedensprozeß und hat dadurch einen umfassenden und haltbaren Frieden erreicht. Ich denke, wir haben ein recht erfolgreiches Modell entwickelt, wie der Friede mit Israel aussehen könnte.

Während der neunziger Jahre hat sich Ägypten in zentralen Bereichen gewandelt. Die Wirtschaftsfragen waren dabei natürlich maßgebend, und ich stimme Herrn Hirschfeld zu, daß wirtschaftliche Stabilität für den Frieden in der Region enorm wichtig ist. Da Ägypten eines der bevölkerungsreichsten und wichtigsten Länder in der Region ist, kommt seiner wirtschaftlichen Stabilität besondere Bedeutung zu.

Ägyptens Wirtschaftsreform wurde in den neunziger Jahren begonnen. In der ersten Phase, die vor allem auf die Förderung der Nachfrage gerichtet war, wurden sehr erfolgreiche steuerliche und finanzpolitische Reformen durchgeführt. In der zweiten Phase unseres Strukturanpassungsprogramms kamen eine Reihe wichtiger Aspekte hinzu, und wir sind auf einige Probleme gestoßen, die hier auch schon von anderen Teilnehmern hervorgehoben wurden, nämlich Dinge wie den institutionellen Rahmen, die staatliche Bürokratie, das Fehlen von Kapitalmärkten und so weiter. Diese Faktoren haben uns letztlich daran gehindert, die zweite Phase in der vorgesehenen Zeit voll umzusetzen.

Trotzdem hat es die Regierung geschafft, ein wirksames Privatisierungsprogramm einzuleiten und das Unternehmensrecht zu ändern. Wir erwarten, daß im Laufe dieses und des nächsten Jahres mehr als 50 Prozent der Staatsbetriebe privatisiert werden. Dieser Schritt war erforderlich, um das Management in den Staatsbetrieben zu verbessern, eine bessere Verteilung der Ressourcen zu erreichen und die Produktivität zu erhöhen.

Eines der wichtigsten Ergebnisse dieses Prozesses war jedoch, daß uns die enorme Bedeutung eines Kapitalmarktes deutlich geworden ist, den es bis dahin bei uns nicht gab. Inzwischen ist die Situation auf dem Kapitalmarkt in Ägypten sehr zufriedenstellend. Wir haben eine große Anzahl von Aktiengesellschaften, und der Markt entwickelt sich gut.

Ich möchte aber betonen, daß der Umwandlungsprozeß von einer Planwirtschaft zur Kapitalwirtschaft und einem freien Markt viel länger dauert, als wir erwartet hatten. Wenn ein Land wie Ägypten sich voll dem Außenhandel öffnet, durchläuft es eine Periode tiefgreifender Veränderungen im Hinblick auf die Ressourcenverteilung, und viele seiner Industrien sind nicht mehr wettbewerbsfähig. Im privaten Sektor ist die Situation anders, weil Firmen hier eher nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten gegründet wurden und nicht nach politischen, wie es bei vielen Staatsbetrieben der Fall war. Wir glauben jedoch, daß unser Beitritt zum GATT-Abkommen ein wichtiger Schritt in Richtung einer Öffnung unserer Wirtschaft ist.

Zur Zeit sind Ägyptens dringendste Probleme mit den sozialen Auswirkungen der Wirtschaftsreform und der Beschäftigungspolitik verbunden. Die einzige Lösung, die ich mir hier vorstellen kann, wäre, ausländische Investitionen oder Joint-ventures für unser Land zu gewinnen, um dadurch Arbeitsplätze zu schaffen. Dies führt uns wieder zum Problem der Märkte zurück. Ich persönlich glaube indes nicht, daß die Lösung in einem gemeinsamen Markt des Nahen Ostens zu finden ist, weil dieser Markt für

die hier produzierten Güter nicht aufnahmefähig genug wäre. Unser Ziel müssen deshalb die Märkte außerhalb der Region sein.

Ich kann nicht sagen, ob wir eher den Weg der Regionalisierung oder der Globalisierung mit entsprechenden multilateralen Abkommen beschreiten sollten. Wir wissen aus Erfahrung, daß Blockbildung den Handel nicht gerade gefördert hat, sondern eher ein Hindernis war, weil sie weder Beistand auf den großen Märkten außerhalb unserer Region noch Vorteile innerhalb unseres Gebietes bot. Der Binnenhandel wird uns also nicht sehr viel weiterbringen. Das geht nur durch Außenhandel. Regionalisierung wird uns beim Eintritt in globale Märkte nicht viel helfen können, es sei denn, wir nutzen die möglichen Wettbewerbsvorteile der Region, nämlich das Know-how, die Ressourcen und die geringen Arbeitskosten. Ich weiß nicht, ob Europa uns bei der Schaffung eines solchen Wirtschaftsblocks durch Abkommen unterstützen wird, die uns die europäischen Märkte öffnen und der Region eine Chance zur Entwicklung geben würden.

Ein anderer Aspekt, der uns Sorgen macht, sind die Ungleichheiten innerhalb der Region. Die Pro-Kopf-Einkommen variieren erheblich, der Stand der technologischen Entwicklung ist sehr unterschiedlich, und natürlich haben wir höchst unterschiedliche demokratische Systeme. Deshalb bin ich nicht sicher, ob Regionalisierung eine geeignete Lösung für dieses Gebiet ist.

Die Partnerschaft der Mittelmeeranrainer ist ein weiterer Punkt, den wir ansprechen müssen. Zunächst erschien uns diese Initiative sehr attraktiv, weil sie der Region eine Übergangsfrist bot, während der sie sich in viele Richtungen entwickeln konnte. Tatsächlich bietet das ganze Programm jedoch keine strategische Vision für die Entwicklung des Mittelmeerraumes. Sieht es zum Beispiel ein vertikales Modell vor mit Wechselbeziehungen zwischen Europa und den anderen Ländern, oder tendiert es in Richtung auf eine horizontale Zusammenarbeit mit Leistungsausgleich zwischen den Partnern? Welches Modell wird schließlich umgesetzt werden? Ihr Beitrag zu diesen Fragen ist für uns sehr wichtig, denn wenn wir ein Modell erarbeiten können, das Technologieanpassungen und ausländische Direktinvestitionen begünstigt, wäre dies der beste Weg, die Entwicklung in Ägypten und in der ganzen Region zu fördern und den Frieden zu sichern.

Was den Außenhandel und das GATT-Abkommen angeht, eine Bemerkung zum Thema Terrorismus. Das GATT-Abkommen enthält Klauseln in bezug auf Menschenrechte und Umweltschutz. Das bedeutet, der Handel kann dazu dienen, in dieser Hinsicht gewisse Kontrollen einzuführen. Dies sollten wir nutzen, um unsere gesellschaftliche Verantwortung für Menschenrechte und Umweltschutz deutlich zu machen. Terrorismus verdirbt unsere Gesellschaft weit mehr als viele andere Dinge, und die Verantwortung, wie wir damit umgehen, liegt nicht nur bei einzelnen Ländern, sondern in hohem Maße auch in den Händen der internationalen Gemeinschaft. Hier könnte sich die Europäische Union eindeutiger engagieren, statt dieses Problem den einzelnen Ländern zu überlassen.

Heiberg

Während ich Leonard Hausmans interessantem und provokantem Vortrag zuhörte, fühlte ich mich an ein französisches Bauernsprichwort erinnert, welchen Typ Frau man sich zum Heiraten aussuchen sollte. Es lautet etwa so: Wenn eine Frau schön ist, ist sie wahrscheinlich nicht treu; wenn sie häßlich ist, wird sie zweifellos sehr treu sein. Mein Problem mit dem Vortrag war, daß ich einen leichten Realitätsverlust feststellen mußte. In der Theorie ist das ja sehr schön, aber mit der Wirklichkeit hat das wenig zu tun.

Wie hier bereits gesagt wurde, kann man die langfristigen Probleme erst angehen, wenn die kurzfristigen gelöst sind. Die kurzfristigen Probleme sind jedoch in dieser Region und besonders in Palästina sehr dringend, und zwar besonders die wirtschaftlichen Probleme. Denn es hätte zweifellos gravierende politische Konsequenzen, wenn die Wirtschaft noch stärker in die Krise geriete.

Ich möchte Ihnen einen Eindruck vermitteln, wie ernst die Probleme sind. Wir sind hier nicht im ärmsten Teil der Welt, und niemand würde behaupten, daß Palästina zu den am wenigsten entwickelten Ländern gehört. In Norwegen wie in Deutschland und Frankreich macht man sich jetzt große Sorgen um unser Wohlfahrtssystem und unsere Fähigkeit, dies weiter zu finanzieren. Zur Zeit unterstützt ein Arbeitnehmer drei andere, die nicht vollbeschäftigt sind. Was aber geschieht, wenn dieses Verhältnis wegen der Altersstruktur der Bevölkerung von eins zu drei auf eins zu vier steigt? Wir sind besorgt, unser Sozialsystem nicht aufrechterhalten zu können, weil wir nicht in der Lage sind, es zu finanzieren. Das verursacht uns große Probleme.

In Jerusalem jedoch finanziert ein Vollbeschäftigter fünf andere Menschen, die entweder zu jung, zu alt, krank oder teilzeitbeschäftigt sind oder noch studieren. Im Westjordanland stellt sich das Verhältnis vor der Abriegelung auf eins zu sieben, in Gaza auf eins zu dreißig. Ein Mensch aus Gaza,

der einen vollen Arbeitsplatz hat, unterstützt dreißig andere, die zu jung, zu alt, zu krank oder nur teilzeitbeschäftigt sind. Diese Relationen lassen die Herausforderungen ahnen, denen sich die Wirtschaft in Gaza gegenüber sieht.

Es gibt viele Gründe, warum die Situation so katastrophal ist. Ein Grund ist natürlich, daß Frauen nicht Teil des Arbeitsmarktes sind, weil sie nicht außerhalb des Hauses arbeiten. Ein anderer ist, daß 50 Prozent der Bevölkerung 15 Jahre oder jünger sind und 25 Prozent sogar jünger als 6 Jahre. Das hat einen enormen Einfluß auf die Relation von Produzenten und Konsumenten.

Ein anderes Strukturproblem in Gaza sind die im Vergleich zu Israel sehr niedrigen Löhne. Aber diese Löhne sind noch immer dreimal so hoch wie in Jordanien und etwa zehnmals so hoch wie entsprechende Durchschnittslöhne in Ägypten. Obwohl also die Gaza-Löhne im Vergleich zu Israel sehr niedrig sind, sind die Palästinenser in Gaza im regionalen Vergleich hochbezahlt und damit wegen ihres Lohnniveaus nicht wettbewerbsfähig. Das ist ein gewaltiges Problem; denn um der Wirtschaft in Gaza auf die Beine zu helfen, muß man Güter finden, die kostengünstig und konkurrenzfähig produziert werden können und nicht in Jordanien oder Ägypten noch billiger herzustellen sind.

Was den High-Tech-Bereich angeht, haben die Palästinenser in Israel einen Nachbarn, der auf diesem Gebiet einen Riesenvorsprung hat. Nun kann man nicht erwarten, daß Israel profitable High-Tech-Industrien aufgibt und sie nach Gaza oder in die Industrieparks verlagert, um dort Arbeitskräfte aus Gaza einzustellen. Die Palästinenser sagen immer gerne, daß sie zumindest von der Ausbildung her einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den anderen Völkern im Nahen Osten haben. Das mag sogar zutreffen, aber die Statistiken zeigen, daß die Palästinenser, die gegenwärtig in Palästina leben, etwa das gleiche Bildungsniveau haben wie die Menschen im Irak, im Libanon oder in Jordanien. Zum Teil spiegelt das einen "Brain-Drain" wider: Viele hochqualifizierte Palästinenser haben ihre Heimat verlassen und sind bisher nicht zurückgekehrt. In Gaza leben zur Zeit etwa 850.000 Menschen, und die Bevölkerungsentwicklung wird diese Zahl zum Ende des Jahrtausends auf über eine Million ansteigen lassen. Um den aktuellen Bedarf an Arbeitsplätzen zu decken, müßte man Tausende neuer Jobs schaffen, und es ist schwer vorstellbar, wie dies mittelfristig geschehen könnte.

Der Wohlstand in Gaza ist jedoch aus verschiedenen Gründen höher, als die Produktivität es erwarten ließe: Erstens infolge von Transferzahlungen der Palästinenser, die in den Golfstaaten gearbeitet haben, zweitens durch die Abhängigkeit vom israelischen Arbeitsmarkt, wo viele Palästinenser Beschäftigung finden, und drittens durch internationale Hilfe. Es wird geschätzt, daß das Niveau des Wohlfahrtsstaates, den die Palästinenser sich in den Bereichen Erziehung, Gesundheit und soziale Errungenschaften gegenwärtig leisten, einer Wirtschaft mit einem Pro-Kopf-Einkommen von etwa 3000 Dollar im Jahr und einem effektiven Steuereinzugssystem entspricht. Tatsächlich aber haben Gaza und das Westjordanland ein Pro-Kopf-Einkommen von etwa 1000 bis 1700 Dollar im Jahr und ein Steuersystem, das gerade erst aufgebaut wird.

Diese Kluft bedeutet Abhängigkeit von internationaler Hilfe oder aber den teilweisen Kollaps des öffentlichen Sektors in Palästina, was beides keine sehr ermutigenden Zukunftsperspektiven sind. Die dritte Option besteht in einem Wirtschaftswachstum, das durch Handel vorangetrieben wird. Ich bin davon überzeugt, daß alles getan werden muß, um den Handel zu fördern. Aber zunächst muß man Dinge finden, mit denen man handeln kann, und es ist im Moment nicht ersichtlich, was dies für Güter sein sollten, die Arbeitsplätze in dem erforderlichen Umfang schaffen können. Deshalb komme ich leider zu der Schlußfolgerung, daß es zumindest mittelfristig keinen Ersatz für die palästinensischen Arbeitsplätze in Israel gibt, trotz der Sicherheitsprobleme, die das mit sich bringt.

Wir haben über die notwendige Öffnung der Märkte für Produkte geredet, aber eine der wichtigsten kurzfristigen Maßnahmen sollte eine Öffnung der Märkte für palästinensische Arbeitskräfte sein - also nicht nur für Güter, sondern auch für Menschen. Wenn man sich ansieht, wie viele Arbeitsplätze für Palästinenser allein in den Golfstaaten verlorengegangen sind, kann man sich nur schwer vorstellen, wie diese vor Ort ersetzt werden können, in der kurzen Zeit, die uns noch bleibt, um den Friedensprozeß wirkungsvoll zu unterstützen.

Çetin

Ich möchte mich zu Problemen der Wirtschaft und des Wassers äußern, die hier bereits angesprochen wurden.

Ich stimme voll zu, daß ohne eine gewisse Entwicklung kein stabiler Friede in der Region erreicht werden kann. Dies gilt gleichermaßen für die Demokratie, wie sich in vielen Ländern gezeigt hat. Wahre Demokratie setzt ein Minimum an wirtschaftlicher und sozialer Infrastruktur voraus. Der Nahe

Osten hat trotz seiner vielen Naturschätze ein Pro-kopf-Einkommen von etwa 1000 Dollar im Jahr, was, verglichen mit den europäischen Ländern, sehr wenig ist. Dieses Einkommen ist noch dazu sehr ungleich verteilt: Die Unterschiede zwischen den Reichen und den Armen in dieser Region sind besonders kraß.

Man sollte auch nicht vergessen, daß es in der Region nicht nur Konflikte zwischen Israel und den Palästinensern oder zwischen Israel und der arabischen Welt gibt. Andere Konflikte betreffen Rivalitäten zwischen Dynastien, Grenzstreitigkeiten, Auseinandersetzungen zwischen arabischen Ländern um die Vorherrschaft in der Region, Streit um knappe oder ungleich verteilte Ressourcen sowie ethnische, ideologische und religiöse Spannungen. Wir sollten nicht vergessen, daß alle diese Konflikte ungelöst sind.

Der Nahe Osten sieht sich ernststen sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen gegenüber. Länder mit stagnierender wirtschaftlicher Entwicklung verzeichnen trotzdem ein starkes Bevölkerungswachstum. In einigen Fällen haben radikale religiöse Bewegungen und extremistische Gruppen Ventile für die Unzufriedenheit mit dem Status quo geschaffen. Diese Ventile sind besonders attraktiv für Menschen, die am meisten unter den wirtschaftlichen und sozialen Problemen der Region zu leiden haben. Solange der Frieden nicht durch wirtschaftliche Entwicklung und verstärkten Handel gestützt wird, geht der Radikalismus nicht zurück, und Terroristen werden ihn weiter als Vorwand benutzen. Deshalb müssen die Menschen in dieser Region, und ganz besonders die Palästinenser, sich voll und ganz hinter den Friedensprozeß stellen, aber sie müssen auch so schnell wie möglich die Ergebnisse des Friedens zu sehen bekommen.

Ich stimme voll zu, daß wir die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Staaten der Region fördern sollten, damit die destruktiven Tendenzen der letzten Jahrzehnte ins Positive verkehrt werden können, und ich bin auch der Meinung, daß Hilfe von außen allein nicht genügt. Projekte sollten sorgfältig ausgewählt werden, so daß sie der ganzen Region zugute kommen und nicht nur einem einzelnen Land oder einer Gruppe von Ländern. Wir sollten sehr bald beginnen, über eine Freihandelszone zu sprechen. Natürlich ist das Gebiet sehr klein, aber wir müssen uns bewußt sein, daß freier Handel der einzige Weg ist, um eine gesunde Wirtschaft zu etablieren.

Die Türkei kann hier als Beispiel dienen. Wir haben jahrelang versucht, unsere Wirtschaft zu kontrollieren. Als wir anfangen, eine Zollunion und freien Handel zu entwickeln, wurde die Befürchtung in der Türkei laut, daß unsere Industrie oder die Zahlungsbilanz zusammenbrechen würden. Das ist jedoch nicht geschehen. Wir haben Wirtschaftswachstum, unsere Zahlungsbilanz läßt sich sehen, und trotz hoher Inflation steigen unsere Exporte. Auch unsere Importe wachsen, und wir haben in der Türkei keine Probleme mit der Zahlungsbilanz oder den Wechselkursen.

Einige Bemerkungen zur türkischen Position in der Wasserfrage. Zunächst möchte ich betonen, daß die türkischen Wasservorräte nicht Teil des Friedensprozesses im Nahen Osten sind und darin auch in keiner Weise einbezogen werden sollten. Zweitens müssen unsere Nachbarn, Syrien und der Irak, erkennen, daß Wasser bei uns, verglichen mit anderen Teilen der Welt, ein knapper Rohstoff ist, mit dem wir wirtschaftlich umgehen müssen. Wir haben seit den achtziger Jahren versucht, eine regionale Zusammenarbeit in der Wasserfrage voranzubringen. Unser Vorschlag war, als ganze Region zusammenzuarbeiten, um zunächst die Wasservorkommen der drei Länder in unserer unmittelbaren Umgebung zu untersuchen. Dabei sollten auch internationale Experten einbezogen werden. Es müßte die Qualität der betreffenden Böden untersucht werden; denn einige Böden sollten gar nicht bewässert werden, eben weil das Wasser knapp ist. Alle diese Faktoren müssen sorgfältig analysiert werden, bevor wir über die Verteilung des Wassers entscheiden.

Ein dritter Faktor kommt hinzu, insbesondere im Verhältnis zu unseren beiden Nachbarländern. Wir haben eine gemeinsame Kultur und eine gemeinsame Geschichte, und unsere gegenwärtigen Beziehungen sind gut. Sie müssen jedoch erkennen, daß Wasser nicht mit Terrorismus verbunden werden darf. Zur Zeit versucht insbesondere Syrien, indirekt den Terrorismus als Druckmittel in der Wasserfrage einzusetzen, und das kann die Türkei in keiner Weise akzeptieren. Solange unsere Nachbarländer sich nicht vom Terrorismus lossagen und ihn weiterhin unterstützen, werden wir die Wasserfrage mit ihnen nicht diskutieren.

Weiterhin müssen wir sicherstellen, daß unsere Nachbarn die Wasserproblematik nicht internationalisieren. Mit Syrien haben wir da keine Probleme. Wir haben zum Beispiel drei Staudämme am Euphrat gebaut und regulieren Wasser für Syrien. Der Euphrat trägt auf seinem Weg nach Syrien jährlich 31,5 Milliarden Kubikmeter Wasser durch die Türkei. Davon erhält Syrien die Hälfte. Ein Abkommen, das wir 1987 mit den Syrern geschlossen haben, garantiert ihnen, daß sie im Sommer sogar im Schnitt 500 Kubikmeter pro Sekunde bekommen. Vor dem Bau des Dammes waren es gerade mal 150 bis 170 Kubikmeter pro Sekunde. Damit gibt es gegenwärtig keine Probleme. Deshalb

sollten sie die Wasserfrage auch nicht in den Friedensprozeß einbeziehen oder die Arabische Liga beziehungsweise die arabischen Länder als Gruppe in dieser Frage gegen die Türkei mobilisieren. Das hilft uns allen nicht weiter und löst auch nicht die Wasserprobleme.

Wir möchten unseren Nachbarn Syrien und Irak, mit denen uns eine gemeinsame Geschichte verbindet, nicht schaden oder ihre Gefühle verletzen. Wir glauben fest daran, daß wir das Wasser wirtschaftlich nutzen und zu einer für alle Seiten befriedigenden Lösung kommen können, wenn wir in den Fragen der Wasservorräte, des Bodens und anderer wichtiger Themen zusammenarbeiten.

Herr Hausman erwähnte gesprächsweise, daß man Wasser auch durch Pipelines in die Region bringen könnte. Das wäre jedoch sehr, sehr teuer. Vor 5 oder 10 Jahren wurde dazu eine Studie durchgeführt, die von Kosten in Höhe von 20 Milliarden Dollar für zwei Pipelines ausging. Die eine sollte aus der Türkei nach Syrien rühren, von dort weiter in den Irak und zu den Städten der Golfstaaten und etwa 12 Milliarden Dollar kosten. Die andere sollte nach Syrien und Jordanien rühren und 8 Milliarden Dollar kosten. Wer wäre bereit, 20 Milliarden Dollar für Wasserpipelines zu investieren? Ich sehe darin keinen wirtschaftlichen Sinn; aber wenn jemand in diesem Bereich investieren will, sind wir gern bereit, ihn mit Wasser zu versorgen.

Vardi

Ich halte es für wichtig zu verstehen, daß der Friedensprozeß zwar der sichtbarste Ausdruck für die Veränderungen in dieser Region ist, der Umgestaltungsprozeß aber viel weitreichender und komplizierter ist. Was gegenwärtig im Nahen Osten passiert, könnte man als die dritte große Transformation im 20. Jahrhundert bezeichnen. Die erste ereignete sich nach dem Ersten Weltkrieg, die zweite nach dem Zweiten Weltkrieg. Die dritte geschieht jetzt nach dem Ende des "Dritten Weltkrieges", der nur deshalb nicht stattgefunden hat, weil die Sowjetunion zerfallen ist.

Herr Avineri hat vor einigen Wochen in einer der führenden israelischen Zeitungen einen Artikel veröffentlicht, in dem er die ganze Situation analysiert und zu dem Schluß kommt, daß die Länder in der Region die ihnen von den Supermächten überlassene Macht entweder verloren haben oder nicht mehr brauchen. Wir haben es mit einer Gruppe unabhängiger Staaten zu tun, die nach einer neuen Identität suchen und ihre Rolle in der Welt neu definieren müssen. Diese Kräfte beeinflussen nicht nur den Friedensprozeß. Die Frage ist, ob im Ergebnis ein loses Nebeneinander einzelner Länder entsteht oder ob sich eine Rahmenstruktur herausbildet, die zwischen den Ländern bestimmte Verbindungen schafft, wie eng oder locker diese auch immer sein mögen.

Frau Krämer hat vorhin in Frage gestellt, daß es einen Primat der Wirtschaftspolitik gibt. Die Wirtschaft hat zwar keinen Primat, aber ihr kommt doch eine enorme Bedeutung zu. Es war sicher kein Zufall, daß die Europäische Union aus einer Gemeinschaft für Kohle und Stahl entstanden ist oder daß die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten sich aus einem eigentlich lächerlichen Streit um die Teesteuer entwickelt hat. Die wirtschaftlichen Aspekte sind die trivialsten und gleichzeitig diejenigen, die der Normalbürger in ihren Auswirkungen als erstes wahrnimmt.

Wirtschaftliche Faktoren spielen eine große Rolle beim Abbau von Spannungen, wie die EU in jüngster Zeit gezeigt hat. Sie sind auch einer der wichtigsten Aspekte auf der Agenda im Nahen Osten. Dafür ein kleines Beispiel: Als Shimon Peres die Casablanca-Konferenz vorbereitete, beauftragte er eine kleine Gruppe damit, für die Zusammenarbeit im Nahen Osten eine Vision zu entwickeln. Dabei sollte es nicht primär um den politischen Bereich gehen, sondern vor allem um Fragen der Infrastruktur. Wenn man den Nahen Osten als Einheit sieht, zeigt sich bei näherem Hinsehen, wie zersplittert die Infrastruktur ist. Wir haben also versucht, ein entsprechendes Bild zu entwerfen, und es mit Plänen, Illustrationen, Landkarten und Diagrammen konkretisiert, um deutlich zu machen, wie der Nahe Osten aussehen könnte, nicht als wirtschaftliche Einheit, sondern als eine Gruppe von Ländern, die enge Beziehungen zueinander unterhalten.

Der erste Entwurf wurde in Casablanca vorgestellt; inzwischen gibt es eine zweite Version, die in Amman präsentiert worden ist. In Casablanca stießen wir damit auf zwei unterschiedliche Reaktionen: Die eine war, daß sich die Israelis darüber amüsierten und meine guten Freunde ihre Witze darüber rissen. Man sprach davon als "Vom Winde verweht, Band 2". Auf der anderen Seite reagierten einige arabische Länder wütend darauf, weil sie unsere Beweggründe für das gedankliche Experiment mißverstanden.

Um so mehr waren wir überrascht und erfreut, daß auf der Konferenz von Amman von palästinensischer Seite vier eindrucksvolle Papiere zu verschiedenen Projekten vorgelegt wurden, die sie fördern wollten. Jordanien brachte 27 Projektentwürfe ein, auch Ägypten war mit einem bemerkenswerten Papier vertreten. Desgleichen hatten einige der Golfstaaten und Marokko ähnliche

Pläne mitgebracht. Dies zeigt, daß sich die Agenda im Nahen Osten geändert hat. Zwar sind damit nicht alle Spannungen verschwunden, aber es ist ein neues, positives Element hinzugekommen, das um so positiver zu bewerten ist, als es auch die Unterstützung der Vereinigten Staaten und der EU findet, wobei Herr Jesse, der hier noch referieren wird, eine der treibenden Kräfte war.

Wir haben jetzt begonnen, regionale Projekte und Planungen zu entwickeln und einen regionalen Dialog über Wirtschaftsfragen zu führen. Es gibt eine Arbeitsgruppe, die sich damit beschäftigt, das Gebiet zwischen El-Arish und Ashdad bewohnbar zu machen. Andere Arbeitsgruppen entwickeln Pläne für den Golf von Akaba und das Jordantal. Dabei versuchen wir, politische Fragen soweit wie möglich auszuklammern, obwohl das nicht einfach ist. Ein weiteres Anliegen ist der Erhalt von Naturparadiesen wie dem Golf und der Küstenregion des Roten Meeres. Die EU und die USA spielen bei einigen Projekten eine wichtige Rolle.

Sie sehen also, daß wirtschaftliche Vorhaben beispielhafte Veränderungen bewirken können. Auch das, was wir heute um diesen Tisch herum diskutieren, ist Ausdruck eines Paradigmenwechsels. Das Ganze braucht jedoch viel Zeit und fordert ein starkes Engagement und harte Arbeit mit sehr langen Reifungsprozessen. Die Wirtschaft ist für einen Paradigmenwechsel jedenfalls von großer Bedeutung, und da können die EU und die USA eine führende Rolle spielen, was auch bereits der Fall ist.

Europa kommt für unsere Region eine besondere Position zu. Es ist dem Nahen Osten geographisch sehr nahe. Zum einen als Energieabnehmer, zum anderen als wichtigster Handelspartner für sämtliche Länder hier. Außerdem nutzt es in erheblichem Maße direkt oder indirekt - die Arbeitskraft der Region. Beide Seiten sind also an einer Zusammenarbeit stark interessiert.

Europa kann die Wirtschaft in dieser Region auf verschiedene Weise beleben, indem es etwa in einigen neugeschaffenen regionalen Institutionen mitarbeitet, wie dies bereits der Fall ist, etwa bei der Errichtung einer Regionalbank. Auch die Palästinenser werden von Europa direkt unterstützt bei einer Reihe von regionalen Entwicklungsvorhaben und mit Hilfe eines Großteils von Direktinvestitionen im privaten Sektor. Hinzu kommt, daß Europa unser größter Markt für landwirtschaftliche Produkte, für Energie und für arbeitsintensive Güter ist. Auf diese Weise schafft es direkt oder indirekt Arbeitsplätze in der Region.

Ein weiterer Aspekt betrifft die Tatsache, daß der Nahe Osten direkt an der Schifffahrtsroute zwischen Europa und Ostasien liegt, die immer stärker befahren wird. Noch vor fünf Jahren hätte das niemand vorhersagen können. Der Nahe Osten könnte damit seine historische Rolle als wichtiger logistischer Faktor für Europa und die Länder in Fernost zurückgewinnen - eine Rolle, die die Region bis zum Anfang dieses Jahrhunderts gespielt hat, bevor sie in den Ruf politischer Instabilität geriet.

Wenn Sie sich die Handelsrouten ansehen, stellen Sie fest, welche enormen Mengen an Frachtgütern, Containern, Gebrauchsgütern, Lebensmitteln, Energie und Rohstoffen aus Afrika, aus den Ländern des Fernen Ostens und aus den Golfstaaten durch unsere Region transportiert werden. Was wir davon abbekommen, sind zur Zeit noch vor allem die Verunreinigungen durch die Schiffe und die Abgase der Flugzeuge. Aber hier liegen für die Zukunft erhebliche Entwicklungschancen für die ganze Region.

Denken Sie etwa an die Ölraffinerien, ein Bereich, in dem Europa heute etwa durch die Umweltgesetzgebung erhebliche Beschränkungen erfährt. Raffinerien brauchen viel Platz, besonders an der Küste, aber Grund und Boden ist in Europa ebenso teuer wie Arbeitskraft. Allein sechs Prozent der transportierten Ölmenge werden als Energie für den Raffinerungsprozeß benötigt. Wäre es nicht viel vernünftiger, das Öl in der Ursprungsregion zu raffinieren und nur die Endprodukte durch das Mittelmeer zu transportieren? Der Rotterdamer Hafen ist ein gutes Beispiel für das, was hier vor Ort entwickelt werden könnte. Von den 340 Millionen Tonnen Fracht, die in Rotterdam umgeschlagen werden, sind 80 Prozent nicht für die Niederlande bestimmt. Das gleiche gilt für Singapur. Wir könnten also als logistisches Zentrum für Europa fungieren. Europa engagiert sich darüber hinaus in der Region materiell und finanziell beim Ausbau der Infrastruktur. Alle diese wirtschaftlichen Vorhaben können die Stabilität der Region stärken und den Friedensprozeß positiv beeinflussen. Das kommt nicht nur Israel, sondern auch dem Libanon, der Türkei, Jordanien und so weiter zugute.

Europa hat also eine wichtige Aufgabe in der Region, die es bereits sehr konstruktiv wahrnimmt. Es sollte sein Engagement verstärken, sowohl horizontal wie vertikal - im Interesse aller Menschen, die in dieser Region leben.

Rovan

Herr Vardi hat eben vorgeschlagen, die Raffinerien von Europa in diese Region zu verlagern. Im Raum von Marseille sind gerade vier- bis fünftausend Menschen arbeitslos geworden, weil dort die

Raffinerien geschlossen werden. Die werden bei der nächsten Wahl mehr oder weniger alle Le Pen wählen.

Kobler

Wir sprechen hier über Visionen und Realitäten des Friedensprozesses. Während Herr Bar-On eine Vision dargelegt hat, möchte ich mehr zu den Realitäten kommen. Dabei geht es mir um regionale wirtschaftliche Fortschritte in den israelisch-palästinensischen Beziehungen und um die besondere Situation, die durch die Abriegelung der palästinensischen Territorien entsteht.

Es ist leicht gesagt, daß die Europäer mit den Palästinensern zusammenarbeiten und sie finanziell unterstützen sollten, was ja bereits mit an die 600 Millionen D-Mark jährlich geschieht. Das ist alles gut und schön. Aber welche wirtschaftlichen Folgen die Abriegelung hat, können Sie feststellen, wenn Sie sich ansehen, wie sich durch den Importstopp und die Verknappung von lebenswichtigen Gütern etwa die Preise für Benzin und Zement in der nächsten Woche in Gaza entwickeln werden, oder wenn Sie an die Einkommensverluste von etwa 60.000 Menschen denken, die in Israel arbeiten wollen und die dies jetzt nicht mehr können. Das heißt, sie verlieren die 25 bis 30 Dollar Einnahmen pro Tag und können entsprechend darauf keine Steuern zahlen.

Mit anderen Worten: Die finanzielle Hilfe der Europäer für den wirtschaftlichen Aufbau der Region wird durch die über die palästinensischen Gebiete verhängten Sicherheitsmaßnahmen teilweise konterkariert. Schätzungen sprechen von etwa sechs Millionen U S-Dollar pro Tag, die der palästinensischen Selbstverwaltung auf diese Weise an Steuern und Einnahmen verlorengehen. Herr Al-Qaq hat auf diese Problematik ja bereits hingewiesen.

Angesichts der drängenden Probleme müssen wir sehr schnell handeln; denn wirtschaftlicher Aufschwung wird nicht über Nacht kommen, und wir müssen der palästinensischen Bevölkerung das Gefühl geben, daß es sich lohnt, den begonnenen Friedensprozeß fortzuführen. Ich sehe die gegenwärtige Situation mit großer Sorge; denn so wie die Dinge jetzt laufen, könnte dies dazu führen, daß der wirtschaftliche Fortschritt, von dem hier die Rede war, wieder zunichte gemacht wird.

Rovan

Der Beitrag von Herrn Hausman wirkt auf mich wie aus einer Welt kommend, die mit der, in der ich lebe, nichts zu tun hat. Die Vorstellung, die europäischen Märkte sollten sich generell den Produkten aus Nordafrika, dem Nahen Osten und anderen Weltregionen öffnen, scheint mir für ein Land wie Frankreich, in dem es bereits offiziell 13 Prozent Arbeitslose gibt, und in manchen Gegenden 50 Prozent der Jugendlichen ohne Arbeit sind, völlig weltfremd. Die Verhältnisse bei uns sind zwar mit denen von Gaza noch nicht vergleichbar, aber in vielen Fällen muß eine Erwerbsperson fünf oder sechs andere mit durchbringen.

Es mag möglich sein, daß die Europäer speziell etwas für die Palästinenser tun, aber daß wir unsere Märkte für Ägypten oder für Algerien, die uns ja sehr nahestehen, generell öffnen könnten, ist absolut Sphärenmusik. Damit würden wir in unserem Land eine politische Lage schaffen, die durchaus der von Deutschland Anfang der dreißiger Jahre entspricht. Dabei hat die Arbeitslosigkeit ja auch in Deutschland heute bereits zwei Drittel der Höchstzahl des Jahres 1932 erreicht.

Wir sollten hiervon europäischer Seite keine falschen Hoffnungen wecken. In Frankreich wählen heute schon zwischen 15 und 20 Prozent rechtsradikale Parteien, und zwar häufig in Gegenden, die früher einmal kommunistisch gewählt haben. Von daher sehe ich die Freihandelsideologie von Herrn Hausman als äußerst fragwürdig an - wobei die Vereinigten Staaten von Amerika selbst ja auch nicht auf allen Gebieten ein Prototyp der freien Marktwirtschaft sind. Das Stichwort Protektionismus ist in der amerikanischen Wirtschaft jedenfalls nicht unbekannt.

Um es noch einmal ganz deutlich zu sagen: Die Vorstellung, die Europäer würden sich wirtschaftlich massiv im Nahen Osten engagieren, erscheint mir völlig abwegig. Die Europäer haben ja auch in anderen Teilen der Welt außen- und sicherheitspolitische Verpflichtungen. Wir können beispielsweise nicht so tun, als wäre Schwarzafrika ohne Bedeutung für uns. In fünf oder sechs überseeischen Departements leben immerhin circa zwei Millionen Menschen von finanziellen Zuschüssen aus Frankreich. Diese Bevölkerungsgruppe hat letztlich den Ausschlag gegeben, daß Maastricht in Frankreich bei der Volksabstimmung durchgekommen ist.

Ich warne also vor übertriebenen Erwartungen. Europa wird weithin von Krisen geschüttelt, die sich in den nächsten Jahren zweifellos verschärfen werden. Wenn 40 Prozent einer Bevölkerung über 60 Jahre alt sind, dann bleibt gar nichts anderes übrig, als die Renten zu senken. Und nicht nur dort werden wir die Ausgaben reduzieren müssen; denn wir haben generell über unsere heutigen

Verhältnisse gelebt. Damit nehmen aber die Gefahren des Rechts- und Linksradikalismus zu - wobei wir in Frankreich froh wären, wenn es bei uns eine PDS anstelle von Le Pen gäbe. Jedenfalls sind von diesem krisengeschüttelten Europa kaum irgendwelche Generositäten zu erwarten.

Ich habe kürzlich dem französischen Premierminister vorgeschlagen, in Frankreich einen dreijährigen Zwangsarbeitsdienst für alle jungen Menschen - männlich wie weiblich - einzuführen, weil anders die Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahrzehnten nicht zu beseitigen ist. Seine lapidare Antwort war: Gehen Sie da nicht ein wenig zu weit?

Dies mag Ihnen zeigen, wie die Lage in Europa tatsächlich aussieht. Bis zu einem gewissen Grade sind wir dabei, uns zu Entwicklungsländern zurückzuentwickeln. Dies sollten auch unsere israelischen und palästinensischen Freunde wissen. Wie sehr würde ich es befürworten, wenn aus Algerien ein Land entstünde, in dem man so leben kann wie gestern und auch noch heute in Frankreich. Dies ist jedoch unmöglich, weil wir damit unsere Demokratie aufs äußerste gefährden würden. Wie denn überhaupt die Demokratie in Europa keineswegs mehr so gesichert ist, wie wir das lange Zeit annehmen konnten. Das sollten auch unsere amerikanischen Freunde bedenken.

Bar-On

Herr Rovon hat die Schwierigkeiten erwähnt, denen sich die Europäer heute gegenübersehen und die sie dazu verleiten könnten, sich in eine Art "Festung Europa" zurückzuziehen. Ähnliche Töne vernehmen wir mitunter aus den Vereinigten Staaten, insbesondere in den derzeitigen Vorwahlkämpfen. So sehr ich die Argumentation nachvollziehen kann, warne ich doch davor. Denn jede Abschottung schränkt den freien Handel ein, den Europa bei jeder Gelegenheit anpreist.

Wenn ich an die steigende Arbeitslosigkeit denke, verstehe ich die kritische Einstellung gegen die globalen wirtschaftlichen Entwicklungen, die auch eine große politische Verantwortung erfordern. Vielleicht klingt hier aber auch ein Echo aus den 20-er/30-er Jahren an. Wir sollten nicht vergessen, wohin diese Haltung gerührt hat.

Schmidt

Ich habe vor kurzem in Marokko eine Tomatenkonservenfabrik besichtigt, die mit Entwicklungsgeldern der Europäischen Union finanziert worden war, aber nach kurzer Zeit wieder geschlossen werden mußte, weil Tomatenkonserven aus Marokko keinen Zugang zum europäischen Markt erhalten haben. Derartige Projekte sind zweifellos kontraproduktiv. Ob dies auch für sämtliche Bewässerungsprojekte im Nahen Osten gilt, will ich jetzt nicht näher untersuchen. Aber unsere Verantwortung für den Nahen Osten kann nicht nur im Lichte unserer eigenen Probleme gesehen werden, Herr Rovon. Das ist nicht zuletzt in Barcelona bei der Mittelmeerkonferenz deutlich geworden. Und die Forderung nach einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wird sich auch daran messen lassen müssen, daß die Europäer im Nahen Osten nicht nur als Zahlmeister des Entwicklungsprozesses, sondern auch politisch gestaltend auftreten.

Herr Hirschfeld hat von den vier Säulen der Stabilität gesprochen. Damit wird deutlich, daß die These von Herrn Hausman, man müsse den Dingen nur ihren marktwirtschaftlichen Lauf lassen, um die Probleme zu bewältigen, nicht zu halten ist. Das gilt etwa für den Ausbildungsbereich oder für Infrastrukturprojekte, wo wir durchaus sinnvoll etwas tun können. Auch wenn wir in Europa schwierige Zeiten haben, werden wir nicht darum herum kommen, den Prozeß im Nahen Osten finanziell und politisch zu unterstützen.

Hadi

Es geht bei den Wirtschaftsreformen nicht um Schwarz oder Weiß, Hilfe oder keine Hilfe, regionale wirtschaftliche Kooperation oder nicht. Für uns zeichnet sich die Übergangsphase eher durch Grautöne aus. Wir müssen uns alle Optionen offenhalten; denn wir brauchen Hilfe von außen ebenso dringend wie regionale Zusammenarbeit.

Wie Herr Peres zu sagen pflegt: Regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit ist die Voraussetzung für regionale Sicherheitsvereinbarungen. Gegenwärtig spricht jeder nur über das Dreieck zwischen Jordanien, Palästina und Israel. Wir vergessen dabei, Syrien in die Übergangsphase mit einzubeziehen. Denn ohne Syrien sind wir in der Sicherheitsproblematik wieder da, wo wir angefangen haben. Das gleiche gilt für die Türkei und den Iran. Der Friedensprozeß im neuen Nahen Osten muß die Zusammenarbeit aller betroffenen Parteien einbeziehen.

Wir Palästinenser haben den Jordaniern gesagt, daß sie während der Übergangsphase keine direkten Beziehungen zu den Israelis unterhalten können, die über unsere Köpfe hinweggehen. Auch sie

brauchen uns. Alle Versuche in den vergangenen dreißig, vierzig Jahren, die jordanisch-israelischen Beziehungen ohne die Palästinenser zu verwirklichen, sind fehlgeschlagen. Das wird wiederum der Fall sein. Man kann keine bilateralen Wirtschaftsbeziehungen entwickeln, ohne den Markt der gesamten Region in die Überlegungen mit einzubeziehen. Wenn also die Europäer über regionale Kooperation, über Pläne und Projekte nachdenken, sollten sie alle Länder in der Region berücksichtigen, einschließlich Syrien und den Irak heute und die Türkei und den Iran morgen.

Propper

Ich stimme Herrn Abdul Hadi zu. Die Hauptpartner, mit denen wir es zu tun haben, sind die Palästinenser. Die geographische Nähe, die gemeinsamen Gebiete und die gemeinsame künftige Grenze, das alles müssen wir berücksichtigen. Aber zu diesem Zeitpunkt möchte ich eines betonen: Zunächst einmal muß das Sicherheitsproblem gelöst werden. Erst wenn das erreicht ist, werden die Palästinenser ein sehr viel wichtigerer Wirtschaftspartner sein als alle anderen Nachbarn in der Region. Ich sehe für die Zukunft sehr gute wirtschaftliche Kooperationsmöglichkeiten zwischen Israel und den Palästinensern, wenn die Sicherheitsprobleme gelöst sind, was hoffentlich bald der Fall sein wird.

Was Syrien angeht, glaube ich nicht, daß sein wirtschaftlicher Beitrag sehr groß ist. Ich kann mir jedenfalls nicht vorstellen, daß es den Syrern um die nachhaltige Entwicklung von Handel und Tourismus geht; denn Syrien ist eine geschlossene Gesellschaft. Die Jordanier sind für die Israelis und für die Palästinenser das Tor zum Osten, zu den Märkten im Iran, in Pakistan und im Irak. Dort liegt die Zukunft des jordanischen Handels.

Frau Heiberg möchte ich sagen: Meiner Meinung nach sollte man zur Zeit keine High-Tech-Industrien auf palästinensischem Gebiet oder in unseren Nachbarländern errichten. Das wird eines Tages kommen, aber es braucht Zeit, sicherlich noch eine Generation, bis die entsprechenden High-Tech-Leute ausgebildet sind, die die modernen Technologien anwenden können.

Zum jetzigen Zeitpunkt müssen wir möglichst viele Arbeitsplätze scharfen, und zwar in den herkömmlichen Industrien, die in Israel unter einem Mangel an Arbeitskräften leiden. Hier könnte eine sinnvolle Ergänzung zu unseren Nachbargebieten stattfinden, die über einen Überhang an Arbeitskräften verfügen. Wir können natürlich auch die gut 50.000 Gastarbeiter aus anderen Ländern, die bei uns gegenwärtig beschäftigt sind, durch Palästinenser ersetzen, doch das würde auf dieser Ebene wieder die Sicherheitsfrage berühren.

Wenn wir die Sicherheitsproblematik gelöst haben, sehe ich überhaupt keinen Grund, warum wir diese Beschäftigungsmöglichkeiten nicht auf palästinensischem Gebiet oder an der Grenze ansiedeln sollten. Die Textilindustrie, die Lederindustrie, die mit der Landwirtschaft sowie mit der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte verbundenen Industrien sollten auf palästinensischem Gebiet angesiedelt werden. In Zukunft wird es zwar eine politische, sollte es jedoch keine wirtschaftliche Grenze geben. Normale Verhältnisse vorausgesetzt, sollten die Menschen in dem Land Beschäftigung finden, in dem sie leben. Das wäre die beste Lösung, und es gibt keinen Grund, daß wir nicht genausogut auch Palästinenser bei uns beschäftigen.

Noch ein Wort zur Türkei und zur Wasserfrage. Es liegt auch im Interesse der Türkei, daß hier in der Region stabile Verhältnisse herrschen. Und Stabilität ist alles, was wir der Türkei zur Zeit bieten können. Was das, umgerechnet in Kubikmetern Wasser, wert ist, werden wir sehen. Aber wir bieten stabile Verhältnisse und wollen dafür Wasser kaufen.

Das gleiche gilt für Europa. Ich glaube nicht, daß sich Europa, wie Herr Rovon meint, auf seine eigenen Probleme zurückziehen kann und nicht nach draußen sieht. Die Europäer sind eine sehr starke Gemeinschaft, die ihre Waren im Nahen Osten verkaufen wollen. Ich habe Peugeots und andere europäische Autos in allen Ländern des Nahen Ostens gesehen, und wenn der Lebensstandard der Bevölkerung steigt, können mehr Autos verkauft werden, was sicher im Interesse der Europäer liegt. Unabhängig davon könnten wir zumindest teilweise unser Handelsdefizit mit Europa abbauen, das sich für Israel auf sieben Milliarden Dollar pro Jahr beläuft.

Nicht zuletzt denke ich, braucht auch Europa stabile Verhältnisse in seinem Umfeld. Das ist die Ware, die ich der türkischen Regierung zu verkaufen versuche. Europa könnte davon ebenfalls profitieren.

Vardi

Was für ein Verkaufsgenie! Herr Propper versucht, den Europäern unser Defizit zu verkaufen. Ich wußte gar nicht, daß man Defizite verkaufen kann!

Schäfer

Ich meine, wenn es darum geht, zukünftige Märkte zu finden, sollte man im Nahen Osten nicht ausschließlich auf Europa blicken. Auch wir Europäer müssen uns ja intensiv um neue Märkte bemühen, um in Asien der japanischen, amerikanischen oder koreanischen Konkurrenz begegnen zu können. Das heißt, wir können nicht nur auf die traditionellen Absatzmärkte setzen.

Im Nahen Osten wären Sie sicher schlecht beraten, wenn Sie vor allem die Europäische Union für Ihre Agrarprodukte öffnen wollten. Hier sollte man sich nach Überwindung der politischen Gegensätze mehr um neue regionale Absatzmärkte bemühen; denn nicht alle Gebiete dieser Region sind in gleicher Weise fruchtbar wie dieser Küstenbereich. Ich denke etwa an die Golfregion oder auch an verschiedene afrikanische Staaten, die sich bereits wirtschaftlich ein wenig entwickelt haben.

Auf der anderen Seite darf sich Europa aber auch nicht völlig abschotten, nur weil es mit seinen eigenen Problemen nicht fertig wird. Würden wir das versuchen, könnten sich auch die anderen veranlaßt sehen, sich gegen die Europäische Union abzuschirmen. Und wir sind nun einmal - besonders die Deutschen - weitgehend exportabhängig. Das heißt im übrigen nicht, daß die Europäer die Probleme im Nahen Osten im Alleingang lösen können. Dazu bedarf es der Unterstützung durch andere, nicht zuletzt in finanzieller Hinsicht.

Was die politische Mitwirkung der Europäer angeht, hat uns etwas verdrossen, daß die israelische Regierung bisher immer unterstellt hat, die Europäer würden die Dinge eher erschweren; das Politische sollten sie lieber den Amerikanern überlassen, die ja zugegebenermaßen auch Wesentliches in dieser Region erreicht haben. Das kommt aber auch der Neigung der Amerikaner zu einer bestimmten Aufgabenteilung entgegen: Während sie sich diplomatisch engagieren, überlassen sie die finanziellen und ökonomischen Probleme, die aus den politischen Vereinbarungen folgen, gerne den Europäern. Angeblich sei der Kongreß nicht bereit, dafür Gelder zu bewilligen - mit Ausnahme von zwei Staaten, denen die ganze Unterstützung zuteil wird: Israel und Ägypten. Das geht so weit - wie die Republikaner jetzt im Wahlkampf noch schärfer herausstellen;- , daß man am liebsten aus den Vereinten Nationen ganz ausscheren würde. Eine solche Perspektive können wir natürlich überhaupt nicht befürworten.

Von deutscher Seite wird eine Hilfe für die ganze Region und nicht für einzelne Länder befürwortet. Wir halten es für unsinnig, einem Land wie Israel Entwicklungshilfe zu geben, das nach internationalen Maßstäben längst zu den am meisten entwickelten Ländern zählt. Statt dessen sollten wir die Mittel in die regionale Entwicklung hineinstecken, was, wie Herr Hausman zu Recht betont, den Zwang zur Kooperation bei der gemeinsamen Erschließung der Ressourcen verstärken würde, die nicht nur für Israel, sondern auch für die Palästinenser, Jordanier und andere von entscheidender Bedeutung sind - Wasser zum Beispiel. Hierauf sollten wir uns in Zukunft mehr konzentrieren.

Natürlich müssen wir Europäer auch bereit sein, unsere Märkte, so gut es eben geht, zu öffnen, wobei ich den Agrarbereich weitgehend ausschließe; da können wir die Importe sicher nicht noch steigern. Aber sonst kann durchaus einiges geschehen, auf dem Bildungs- und Wirtschaftssektor zum Beispiel.

Jedenfalls kann es auf die Dauer nicht unsere Zielsetzung sein, bilaterale Unterstützung zu gewähren, wenn die politischen Gegensätze zwischen den Ländern der Region bestehen bleiben. Vielmehr sollten wir durch regionale Maßnahmen daraufhinwirken, daß die Gegensätze verringert werden. Insofern hoffen wir stark darauf, daß der eingeleitete Friedensprozeß im Nahen Osten irreversibel ist und die bestehenden Konflikte allmählich aufgelöst werden können, statt sie ad infinitum fortzusetzen. Letzteres würde unsere Bereitschaft, finanzielle und ökonomische Hilfe zu gewähren, sicher erheblich einschränken.

Um es auf eine einfache Formel zu bringen: Wer den Friedensprozeß gewaltsam boykottiert, kann nicht mehr auf unsere Unterstützung rechnen. Darüber sollten sich alle Beteiligten im klaren sein.

Wenn jedoch der Friedensprozeß konsequent weitergeführt wird, sehe ich zweifellos die Verpflichtung Europas, seinen Beitrag zur Entwicklung dieser Region zu leisten, und zwar in unserem ureigenen Interesse. Das sollten wir auch unseren Bevölkerungen immer wieder klarmachen. Der Friede im Nahen Osten ist für die Stabilität Europas von fundamentaler Bedeutung. Wir müssen erkennen, daß es hier Zusammenhänge gibt, die wir nicht ignorieren dürfen.

Hausman

Was kann Europa und was der Nahe Osten tun? Was mich vielleicht am meisten irritiert hat, war der letzte Beitrag von unserem französischen Kollegen. Offenkundig wollen Sie angesichts der wirtschaftlichen Lage in Ihrem Land am liebsten gar nichts tun. Dan Propper hat auf eine etwas

sanftere Art als ich daraufgedrängt, daß die Europäische Union ihre Märkte öffnet. Es ist äußerst betrüblich, daß sich Europa wirtschaftlich so schwer tut, und zwar nicht nur vorübergehend. Die Volkswirtschaften stagnieren. Im privaten Sektor werden seit ungefähr 20 Jahren keine neuen Arbeitsplätze mehr geschaffen. Und so, wie die Europäer ihre Wirtschaft handhaben, wird sich daran auch nichts ändern. Das ist keine gute Feststellung, wenn es um die Frage geht, welchen Beitrag Europa zum Nahostfriedensprozeß leisten kann. Die Europäer stehen hier jedoch vor einigen schwierigen Entscheidungen; denn Migranten aus dem Nahen Osten und aus Nordafrika wollen sie ja auch nicht aufnehmen. Das ist keine Kritik, sondern nur eine Feststellung.

Gleichwohl werden Sie herausfinden müssen, wie es um Ihr Interesse an einem Frieden im Nahen Osten steht. Nur zu sagen, daß man seine Märkte nicht öffnen werde, weil das letzte Vierteljahrhundert eine schwere Zeit für Sie war und daß dies in den nächsten 25 Jahren wohl so weitergehen werde, könnte für die Europäer äußerst schwerwiegende Folgen haben, ganz zu schweigen vom Nahen Osten. Dies wäre ein sehr irritierendes Ergebnis dieser Konferenz, und ich kann nur hoffen, daß ich unrecht habe.

Ich will jetzt auf die sehr wichtige Frage von Frau Heiberg eingehen, um deutlich zu machen, was ich meine. Was können die Palästinenser tun? Diese Frage dürfte besonders im Hinblick auf die Ereignisse der letzten zwei Tage relevant sein. Wenn ich Arafat wäre und mir heute nachmittag überlegen müßte, was ich für die palästinensische Wirtschaft und die Schaffung eines palästinensischen Staates tun könnte, würde ich sagen: Das Wichtigste ist, zur Sicherheit Israels beizutragen; das sollte seine erste Priorität sein.

Dem, was Dan Propper gesagt hat, kann ich uneingeschränkt beipflichten: Viele Israelis begreifen endlich, obwohl es lange gedauert hat, daß sie mit den Palästinensern Handel treiben und dafür sorgen müssen, daß die palästinensische Wirtschaft wächst. Doch statt dessen blicken viele immer noch über Palästina hinweg nach Jordanien und Ägypten, weil sie um ihre Sicherheit besorgt sind. Arafat muß sicherstellen, daß keine Bombe nach draußen transportiert wird. Das liegt in seinem ureigensten Interesse und nicht nur im Interesse Israels. Er muß sicherstellen, daß niemand, der aus Hebron oder Kalkilia oder sonstwo nach Israel kommt, eine Bombe bei sich trägt. Das heißt, er muß dafür sorgen, daß Palästinenser in Israel arbeiten können. Deshalb sollte Arafat auch nicht auf einen Telefonanruf von Shimon Peres oder auf irgendwelche Ermahnungen seitens Präsident Clinton oder wessen immer warten. Er muß zur Sicherheit Israels beitragen; denn dies ist sein vorrangiges Interesse, wenn er will, daß seine Ökonomie in Gang kommt. Ich meine, die Palästinenser können sehr viel tun.

Es gibt viele Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den Israelis. Jeden Tag wandern palästinensische Diamantenfabriken von Israel nach Indien ab. Ich habe mich mit dem Problem beschäftigt. Es gibt keinen Grund, warum diese Fabriken nicht in die Autonomiegebiete verlegt werden könnten. Es ist nur eine Frage der Sicherheit. Die Israelis könnten palästinensische Partner finden, um Textilfabriken zu errichten. Es gibt keinen Grund, warum es nur den Jordaniern gelingen sollte, eine Fabrik für Unterwäsche in Jordanien aufzubauen. Sie könnte auch in Palästina stehen. Doch immer wieder scheitert so etwas an der mangelnden Sicherheit. Zweifellos spielen auch noch andere Faktoren eine Rolle, aber der Hauptpunkt ist die Sicherheitsfrage. Die Palästinenser können in dieser Hinsicht viel zur Sicherheit Israels beitragen, und dann wird einiges in Bewegung kommen.

Ich meinte nicht, daß es gar keine Hilfe geben sollte. Übrigens sollten wir es den Europäern nicht durchgehen lassen, ihre Märkte zu schließen und gleichzeitig stolz darauf zu sein, daß sie den Palästinensern oder Jordaniern oder wem immer ein paar Goldstücke zukommen lassen. Aber derartige Zahlungen sollten vorübergehender Natur sein und ein politisches Signal setzen, wenn es etwa darum geht, den Palästinensern bei der Einsetzung einer Regierung zu helfen oder König Hussein dafür zu belohnen, daß er sich mutig zeigt. Wirtschaftliche Entwicklung hingegen beginnt mit offenen Märkten und freiem Handel. Zum Glück gibt es nicht nur Europa, sondern auch Asien und Nordamerika. Hilfe ist wichtig, aber nicht entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung.

Meroz

Ich habe 25 Jahre meines Berufslebens in Europa verbracht und mich mit Europa beschäftigt, vor allem mit Frankreich und Deutschland. Wir sprechen hier über Europa als Ganzes, beziehen uns aber auch auf einzelne Mitgliedsstaaten der Union. In all diesen Jahren war ich oft Partner, häufiger noch Empfänger oder Vermittler von Beschwerden und Beschuldigungen in beiden Richtungen, was ganz normal ist.

Was mich immer noch erstaunt, ist, daß in dieser Zeit eine neue, unbekannte Großmacht entstanden ist, die sich aber offensichtlich nicht als solche versteht. Sie hat wohl die Attribute einer Großmacht,

nämlich wirtschaftliche Stärke und Gewicht, aber statt den damit verbundenen Verpflichtungen nachzukommen, zog sie es in der Praxis allzuoft vor, eine Rolle auf einem Gebiet zu spielen, wo das Etikett Großmacht weniger gerechtfertigt erscheint, ich meine in der Politik.

Hier bin ich nun völlig anderer Ansicht als Herr Rovon und teilweise auch als Minister Schäfer. Ich meine, man kann erwarten, daß das europäische Gewicht, die wirtschaftliche Stärke Europas voll zum Einsatz kommt, um den Frieden im Nahen Osten voranzubringen. Europa ist durchaus in der Lage, hier seinen Beitrag zu leisten, sei es durch wirtschaftliche Zusammenarbeit, Öffnung der Märkte oder finanzielle Hilfen.

Ich stimme im Prinzip mit dem überein, was Herr Hausman sagte, meine aber, daß eine genauere Analyse ergeben würde, daß all diese Elemente voneinander abhängen beziehungsweise miteinander verbunden sind. Wenn man aber davon ausgeht, daß die Europäer nicht in der Lage sind, ihr wirtschaftliches Gewicht in die Waagschale zu werfen, dann kommt man zu dem Ergebnis, das einzige Gebiet, auf dem sie einen Beitrag leisten können, sei die Politik. Herr Schäfer hat uns nun daran erinnert, daß Israel seinerzeit nicht eben sehr glücklich über die Vorstellung war, Europa könne an dem damals sich entwickelnden Friedensprozeß beteiligt sein.

Zur Zeit der Annäherung zwischen Ägypten und Israel, dieses ersten wirklich revolutionären Schrittes für die Entwicklung des Nahen Ostens und seiner Bevölkerungen, war ich Botschafter in Bonn. Lassen Sie mich ganz offen sagen - und ich spreche hier nicht nur für Israel, sondern auch für viele andere Regierungsvertreter im Nahen Osten: Dieser erste Schritt wurde in erster Linie durch den guten Willen der betroffenen Länder und zweitens durch die tatkräftige und uneigennützig Unterstützung der Vereinigten Staaten erreicht. Dagegen wurde dieses Abkommen trotz seiner historischen Bedeutung für den Nahen Osten von den Europäern nicht mit großem Enthusiasmus aufgenommen. Ganz im Gegenteil - wir wurden sogar dafür kritisiert. Wie oft wurde mir vorgehalten, daß wir lediglich ein "Teilabkommen" erreicht hätten (als ob dieser Begriff anstößig ist) und daß es deshalb nichts wert sei. Meine Antwort darauf war immer wieder, daß ein Teilabkommen schon ein enormer Fortschritt sei, verglichen mit dem Zustand davor, wo wir gar nichts hatten, wo über Jahrzehnte hinweg ein Vakuum bestand. Ähnliche Kommentare hörten meine Kollegen auch in anderen europäischen Ländern, und sie wurden ebenso gegenüber ägyptischen Diplomaten vorgebracht.

Der Wunsch der Europäischen Gemeinschaft, eine aktivere politische Rolle zu spielen, schien mir zumindest teilweise durch die verständlichen, aber nicht immer sehr klugen persönlichen Ambitionen einiger führender internationaler Persönlichkeiten begründet zu sein, teilweise aber auch durch ein Gefühl des Neides oder der Eifersucht gegenüber dem wirklich eindrucksvollen Beitrag der Vereinigten Staaten in diesem Bereich. Viele Menschen in Israel und anderswo bedauern das sehr, denn dieser wichtige Bereich, in dem Europa ein Zeichen hätte setzen sollen und können, ist kläglich vernachlässigt worden.

Ich hoffe, ich beleidige hier niemanden, wenn ich feststelle, daß überall, wo in den letzten Jahren ein gemeinsames, solidarisches Auftreten der EG/EU, ein gemeinsamer Nenner gesucht wurde - also im Falle des Golfkrieges, in Ex-Jugoslawien und anderen Krisengebieten;- die Europäische Gemeinschaft sich nicht gerade mit Ruhm bekleckert hat. Diese Mißerfolge sind den Menschen in dieser Region nicht verborgen geblieben.

Nach meiner Überzeugung gibt es viele Möglichkeiten und eine dringende Notwendigkeit für einen europäischen Beitrag zum Friedensprozeß im Nahen Osten, besonders im arabisch-palästinensisch-israelischen Kontext. Davon bin ich schon seit vielen Jahren fest überzeugt. Dieser Beitrag muß jedoch in Bereichen geleistet werden, wo er tatsächlich Wirkung zeigen kann, und er sollte nicht durch den Wunsch nach Befriedigung persönlicher Ambitionen motiviert sein.

Krämer

Das Thema unserer Tagung heißt "Europa und die Zukunft des Nahen Ostens - Frieden als Aufgabe". Aus guten Gründen haben wir uns im wesentlichen auf einen Teil dieser Aufgabe konzentriert, die arabisch-israelischen beziehungsweise die palästinensisch-israelischen Beziehungen. Ich möchte einige Bemerkungen machen, die darüber hinausgehen. Dabei haben sich hier Meinungsverschiedenheiten gezeigt, was das Ausmaß, die Reichweite und das Ergebnis der Veränderungen angeht, deren Zeuge wir im Nahen Osten sind.

In der Diskussion ist deutlich geworden, wie tief die Gegensätze - um es vorsichtig auszudrücken - zwischen den Hauptakteuren in der Region noch immer sind, wie tief das Mißtrauen zwischen Arabern und Israelis sitzt. Das gilt ebenso für andere Beteiligte. Dennoch hat es trotz dieser Empfindungen, trotz des Hasses, des Mißtrauens, der Gegensätze die enormen Veränderungen in den

zwischenstaatlichen Beziehungen gegeben: Sie spiegeln einen Pragmatismus, einen Realismus wider, der nicht aus Liebe oder einer neuen Sicht der Welt entstanden ist, sondern aus Erschöpfung und der Erkenntnis, daß es keine Alternative gibt. Die große Herausforderung besteht darin, diesen Pragmatismus und Realismus auszuweiten, und zwar nicht nur auf die innerarabischen, die arabisch-iranischen, die arabisch-türkischen Beziehungen und die israelisch-iranischen Beziehungen, sondern ihn auch auf andere Gebiete und Herausforderungen in der gesamten Region zu übertragen.

Ich möchte auf einige islamistische Bewegungen hinweisen, die in verschiedenen Nahoststaaten ebenfalls eine ganz pragmatische und realistische Politik betreiben. Mir scheint, daß die Bewegung hin zu Pragmatismus und Realismus in bestimmten Bereichen wie Vertrauensbildung, Rüstungskontrolle, Zusammenarbeit auf strategischem Gebiet möglich ist. Und in diesen Bereichen könnten auch die Europäer ihre Erfahrungen einbringen und einen Beitrag zum Friedensprozeß im Nahen Osten leisten. Schließlich ist Europa eine Region, in der es in den letzten Jahrhunderten besonders viele blutige Konflikte gegeben hat.

Wir haben viel über den Iran gesprochen. Pragmatismus und Realismus müssen auch für den Iran gelten. Das bedeutet nicht, ein geschöntes Bild von den iranischen Absichten und Interessen zu zeichnen, aber wir sollten Irans Potential und seine Fähigkeiten mit der gleichen Nüchternheit und Objektivität betrachten, wie wir das mit dem Irak, Israel, Syrien oder jedem anderen Land in der Region tun. Ich bin beunruhigt über die Dämonisierung des Iran. Das gleiche gilt für den Fundamentalismus oder den Islamismus. Das soll wiederum nicht bedeuten, daß der innere Frieden oder das Leben der Menschen in Ägypten, Tunesien oder Israel nicht bedroht sind. Doch die Dämonisierung des Fundamentalismus als einer weltweiten Macht, die von Marokko bis nach Afghanistan reicht und jeden einbezieht, der gläubiger Muslim ist, macht keinen Sinn. Es dient gewiß nicht dem besseren Verständnis der Situation in den verschiedenen Ländern und hilft auch nicht bei der Analyse, wie sich dies auf die arabisch-israelischen Beziehungen auswirkt.

Liel

Geben Sie uns dafür eine andere Erklärung. Wer sind Ihrer Meinung nach die Drahtzieher? Geben Sie uns einen Beweis für das, was Sie sagen.

Krämer

Verzeihen Sie, aber das ist nicht fair. Sie haben auch Ihre Meinung kundgetan. Ich muß das nicht beweisen. Sie haben auch keine Beweise geliefert.

Ich sage ja, daß ich nicht versuchen möchte, die iranischen Aktivitäten in einem besseren Licht erscheinen zu lassen. Doch sie müssen im Zusammenhang betrachtet werden. Natürlich könnte ich Ihnen einen langen Vortrag darüber halten, wie es in Ägypten oder in Jordanien aussieht und welche Rolle der Islamismus dort spielt. Das erwarten Sie gewiß nicht von mir. Ich denke nur, diese Art von Realismus und nüchterner Einschätzung muß für den Iran sowie für den Islamismus oder Fundamentalismus ebenso gelten wie für jedes andere Thema. Das könnte vielleicht ein Ergebnis dieses Treffens sein, das Europäer und Amerikaner beisteuern können.

Ich möchte etwas hinzufügen, was für Sie sicher ebenfalls anstößig klingen wird. Wenn wir die Zukunft des Nahen Ostens betrachten, ist die Verbesserung und eventuelle Lösung des arabisch-israelischen Konflikts natürlich absolut grundlegend. Niemand würde das leugnen. Doch Israel ist nicht der Mittelpunkt des Nahen Ostens. Wenn wir Frieden im Nahen Osten schaffen wollen und die wirtschaftliche Entwicklung fördern sowie die sozialen Bedingungen verbessern oder zur politischen Verständigung einen Beitrag leisten wollen, können wir Europäer die Dinge nicht immer nur aus der Perspektive Israels sehen.

Ich denke zum Beispiel an wirtschaftliche Zusammenarbeit. Herr Hausman plädierte dafür, Entwicklungshilfe nur zu leisten, wenn dies die trilaterale Zusammenarbeit zwischen Jordanien, den Palästinensern und Israel fördert. Doch wenn Sie sich die jordanische Wirtschaft anschauen, ist das dann wirklich ein guter Rat für Jordanien? Ist die jordanische Wirtschaft tatsächlich vornehmlich auf Israel ausgerichtet? Hat es nicht sehr wichtige Handelsbeziehungen zur arabischen Welt - darunter zum Irak, was natürlich große Probleme aufwirft, sowie zu den Ländern am Persischen Golf? Man ist leicht versucht, die regionalen Beziehungen zu sehr aus israelischem Blickwinkel zu betrachten. Das ist auch berechtigt, wenn es um den arabisch-israelischen Konflikt geht. Es ist jedoch nicht unbedingt angemessen, wenn es darum geht, Frieden und Zusammenarbeit in der Großregion zu fördern.

Eine dritte Bemerkung mag ebenfalls nicht sehr konstruktiv klingen. Wenn wir uns anschauen, welche Auswirkungen die Lösung des arabisch-israelischen Konflikts auf die Region und auf die Aussicht für

Frieden haben, so müssen wir uns wohl eingestehen, daß der Nutzen daraus begrenzt ist. Mit anderen Worten: Die Verbesserung der arabisch-israelischen Beziehungen bedeutet nicht, daß dadurch die wichtigsten Herausforderungen, denen sich die arabischen Länder oder die Länder des Nahen Ostens gegenübersehen, überwunden wären. Die wirtschaftlichen Probleme Ägyptens beispielsweise sind durch den Friedensschluß nicht gelöst worden. Der Einfluß des Militärs und der Sicherheitsdienste hat sich nicht entscheidend verringert. Das gleiche würde sicherlich für Syrien oder den Irak gelten. Die Proteste gegen die Verhältnisse in Ägypten oder in anderen Ländern des Nahen Ostens sind durch den Frieden nicht abgeflaut. Die politischen Systeme haben sich durch den Frieden nicht geändert und auch die Machtverhältnisse nicht. In dieser Hinsicht war der Wandel kaum spürbar. Auch das wäre eine Herausforderung zunächst und vor allem für örtliche Akteure und in begrenztem Maße für die Europäer, sich um einen gewissen Wertewandel in diesen Bereichen zu bemühen.

Das Problem ist, daß bei diesen großen Herausforderungen Akteure von außen kaum eine wesentliche Rolle spielen können. Wie sollen die Europäer und die Amerikaner die Probleme des politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Systems Ägyptens lösen?

Zusammenfassend möchte ich sagen, daß der Wandel infolge der Beendigung der militärischen Konfrontation zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn von ungeheurer Bedeutung ist. Das heißt indes nicht, daß damit auch die Sicherheit und Stabilität erreicht worden wären.

Stürmer

Es ist der Zweck eines solchen Treffens, Menschen zusammenzubringen, die unterschiedlicher Auffassung sind. Solange sie ihre unterschiedlichen Meinungen gegenseitig respektieren, sind diese Unterschiede erwünscht. Es gibt kein Patentrezept für die Welt und erst recht nicht für diesen Teil der Welt. Wir alle müssen mit unseren Widersprüchen leben. Die Frage ist, wie können wir uns aufeinander zubewegen. Ich meine damit keinen gemeinsamen Ansatz - das wäre zu viel verlangt;- , aber ein verträgliches Herangehen.

Liel

Nur eine kurze Bemerkung zum Thema Wirtschaft und Israels Stellung im Nahen Osten. Ich sagte bereits, daß in Israel die Tendenz besteht, die arabischen Staaten wirtschaftlich außer acht zu lassen und zu argumentieren: "Laßt uns den Friedensvertrag unterzeichnen, die Kriegsgefahr damit bannen und die Wirtschaften und Gesellschaften um uns herum vergessen." Das ist die normale israelische Einstellung - insbesondere nach Terroranschlägen;- , und ich meine, weder die Palästinenser noch die Europäer sollten dies noch verstärken. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in Israel beträgt über 16.000 Dollar im Jahr und wird 1996 vermutlich bei 17.000 oder 18.000 Dollar liegen. In Ägypten dagegen liegt das jährliche Pro-Kopf-Einkommen bei 650 Dollar und in der übrigen Region bei etwa 1000 Dollar. Warum sollte Israel also die wirtschaftliche Zusammenarbeit fördern?

Die Sicht in weiten Kreisen der Öffentlichkeit und unter den Ökonomen ist: Wir können wirtschaftlich auch ohne die Nachbarländer sehr gut auskommen. Diejenigen, die für wirtschaftliche Zusammenarbeit eintreten, tun das aus politischen Gründen. Sie sehen das Elend um uns herum und sagen: Wir müssen in der Region Verantwortung übernehmen. Wir haben einen europäischen Lebensstandard erreicht, unser Durchschnittseinkommen übersteigt bereits das Einkommen in einigen europäischen Ländern. Deshalb haben wir eine Aufgabe in der Region zu erfüllen. Sie sind des weiteren der Ansicht, daß ökonomischer Erfolg in unseren Nachbarländern dabei helfen wird, den Frieden zu bewahren.

Sie sagen, Frau Krämer, Israel sei nicht der Mittelpunkt des Nahen Ostens. Wir wollen keineswegs Mittelpunkt sein. In Casablanca bezichtigte man uns des wirtschaftlichen Imperialismus. Warum sollen wir uns das gefallen lassen? Es geht uns wirtschaftlich sehr gut ohne die Region. Und jene, die der Meinung sind, daß wir helfen und uns integrieren und nicht nur mit der arabischen Welt Geschäfte machen sollten, befinden sich absolut in einer Minderheit; und nehmen mit jedem Terroranschlag weiter ab.

Deshalb sagte ich zu Mandi Abdul Hadi, er solle nicht die Botschaft verbreiten, daß die Palästinenser wirtschaftlich und sozial von Israel getrennt leben wollen; denn diese Botschaft kommt in Israel nur zu gut an. Wenn man das ins andere Extrem treibt und sich dazu entschließt, eine Trennung auf lange Sicht anzustreben, wie das bald der Fall sein könnte, dann wird man überall auf der Welt sagen, Israel habe jene Aspekte des Friedens akzeptiert, die für das Land in eigenem Interesse liegen, aber es leiste keinen Beitrag für die Zukunft der Region. Drängen Sie uns deshalb nicht in diese Ecke.

Hadi

Sie sagen, Herr Liel, Israel gehe es auch ohne die anderen Länder der Region wirtschaftlich gut. Nach meinem Verständnis des neuen Nahen Ostens und seines neuen Denkens sollte Israel jedoch Teil der Region werden und sich nicht weiterhin isolieren. Es geht nicht um die Wirtschaft, sondern darum, ob Israel bereit ist, mit den anderen Staaten der Region zusammenzuarbeiten. Das schließt alle Länder ein, auch den Iran.

Vor einigen Jahren war ich Mitglied einer internationalen Gruppe, die die Wahlen in Pakistan beobachten sollte. Die erste Frage, die uns die Pakistani stellten, lautete: "Was macht ein Palästinenser in einer internationalen Delegation? Erzählen Sie uns lieber etwas über Jerusalem." Und bei anderer Gelegenheit fragten die Iraner sofort: "Was geschieht mit Jerusalem?" Wenn man über den Islam und den Fundamentalismus sprechen will, ist das erste, was wir von Anhängern des islamischen Glaubens zu hören bekommen, die Frage nach Jerusalem. Es hängt also alles miteinander zusammen: Sicherheit, Wirtschaft, Politik, Nationalismus, Glaube, Religion, Fundamentalismus, wie immer Sie es nennen wollen.

Die entscheidende Frage für unser neues Denken in der kommenden Ära ist: Treten wir in das 21. Jahrhundert mit der Mentalität der 60-er Jahre ein oder mit meiner Tonlage der 30-er oder 80-er Jahre, wie es hier hieß? Lassen Sie uns zusammenarbeiten, um ein neues harmonisches Miteinander zu schaffen, wo die Israelis mit den Syrern in Washington zusammensitzen, während sich gleichzeitig eine iranische Delegation in Damaskus aufhält. Man darf niemanden isolieren, man darf auch keine Staaten der Region ausschließen. Jeder hat etwas zu Fragen der Religion, des Nationalismus, zur Palästina-Frage beizutragen. Ob es mir gefällt oder nicht, die Palästina-Frage ist der Kern des gesamten Nahostkonflikts im Sinne von Land, Volk, Menschenrechten, politischer Führung oder was immer.

Während der iranischen Revolution war das erste, was wir erlebten, daß die israelische Botschaft in Teheran durch die Botschaft der PLO ersetzt wurde. Wir sind im Iran präsent. Arafat selbst hat seinerzeit die Mullahs unterstützt. Sie können mir deshalb jetzt nicht erzählen, daß Israel wirtschaftlich sehr gut ohne die Region auskommt und auch wir Palästinenser mit der Trennung leben könnten. Vielleicht liege ich falsch mit meiner Vorstellung von einer völligen Trennung. Aber ich habe 27 Jahre lang in einem besetzten Land gelebt und möchte mich endlich frei fühlen von der Präsenz der Israelis. Das hat Wunden geschlagen, die erst einmal verheilen müssen.

Ich bitte Sie leidenschaftlich um Verständnis für meine Haltung. Soll ich mich dafür entschuldigen, daß ich meine Studenten über unsere Geschichte unterrichten möchte? Schauen Sie sich das PASSIA-Tagebuch an, es ist die erste akademische Publikation der Palästinenser, die alle Daten über Israel enthält: die Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel, alle jüdischen Feiertage, die Ermordung Rabins, die Rolle all jener Palästinenser, die ihr Leben für die palästinensische Sache gegeben haben, um das zu erreichen, was wir jetzt erreicht haben. Des Weiteren sind darin alle Dokumente zum Friedensprozeß abgedruckt, auch das jordanisch-israelische Friedensabkommen.

Die Frage, die sich uns allen stellt, ob wir nun Palästinenser, Israelis oder Europäer sind, lautet: Wie stellen wir uns den neuen Nahen Osten vor, und in welchem Kontext möchten wir ihn sehen? Wenn wir als Ausgangspunkt die Prämisse nehmen, daß wir alle gleich sind und als Gleiche behandelt werden und jeder die Bücher des anderen und seine Pläne kennen sollte, dann wäre das doch ein Anfang.

Bildung, wie Herr Elon gesagt hat, ist ein wesentliches Element, und sie ist dringend erforderlich, um der jungen Generation beizubringen, nicht nur daran zu denken, was in dieser oder jener Straße geschah, und Rachegefühle zu hegen, sondern um ihnen die Geschichte der Völker, ihre Kultur und ihren Glauben nahezubringen. Der Islam ist im Nahen Osten tief verwurzelt, man kann ihn leicht mobilisieren und politisieren. Auf dem Höhepunkt des Ramadan sind 400.000 palästinensische Moslems nach Jerusalem gekommen, um dort zu beten, trotz der politischen und militärischen Belagerung Jerusalems durch die Israelis. Keiner konnte sie aufhalten, nach Jerusalem zu kommen.

Es geht also um die Frage: Welchen Nahen Osten wollen wir haben? Als Israeli können Sie nicht zu mir sagen: Trennung? Gut, die können Sie haben. Wir können wirtschaftlich gut mit Europa kooperieren, und der Iran wird der Sündenbock sein. Die Iraner sind die neuen Feinde. Keiner sollte andere mehr als Feinde betrachten. Wir sollten uns vielmehr als Kollegen, Freunde und Nachbarn ansehen.

Liel

Und wie steht es dann mit den Iranern?

Hadi

Die Iraner haben die Palästinenser gebeten, mit ihnen zu sprechen, und die Israelis sitzen mit den Palästinensern und den Iranern in Europa an einem Tisch. Ich habe das bei mehreren Konferenzen in Italien im letzten Monat erlebt. Der Dialog ist ein wesentliches Mittel, um zusammenzukommen, um Verständnis füreinander zu wecken. Mag sein, daß es in verschiedenen Ländern unterschiedliche Denkschulen gibt, doch das grundlegende Bedürfnis ist es, die Ausbildung stärker in den Vordergrund zu stellen, auf den Dialog zu setzen, auf die Medien, auf Offenheit und Freimut.

Stürmer

Teil zwei unserer Agenda ist mit einer umfassenden Fragestellung umschrieben: Aufweiche Weise verändert der Friedensprozeß die Gesellschaften der beteiligten Länder oder, umgekehrt gefragt: Inwiefern macht die Angst vor Veränderungen den Friedensprozeß noch schwieriger, als er ohnehin schon ist? Ich denke, dies ist ein enorm wichtiges Thema: Was geschieht - oder was geschieht nicht - in der weiteren Region, aber natürlich auch in den Kernländern?

Nachdem wir die Wirtschaft mit der Sicherheitsfrage verknüpft haben, sollten wir nunmehr fragen, inwieweit der Friedensprozeß die innenpolitische Situation bei den meisten Mitspielern verändert. Das betrifft natürlich Israel und Palästina als Kernländer, aber auch die Staaten des ersten und zweiten Kreises. Die Stabilität des Friedens wurzelt in den umfassenden Sicherheitsfragen, wie wir bereits von den Wirtschaftsfachleuten und Industriellen gehört haben. Vertrauen und Sicherheit sind nicht nur das A, sondern auch das O des Lebens, ob es sich nun um innere oder äußere Sicherheit zwischen den Völkern handelt.

von Berg

Was ist zu tun, um die Sicherheit und den Friedensprozeß im Nahen Osten zu befördern, und was können die Europäer dazu beitragen? Über gewisse Erfahrungen in dieser Hinsicht verfügen wir in Europa, insbesondere durch die Entwicklung seit 1989. Denn der Prozeß, der bei uns stattgefunden hat, vollzog sich von einer Konfrontation zweier Machtblöcke hin zu beachtlichen Ansätzen kooperativer Sicherheit. Aus unserer Sicht sind Abrüstung und Rüstungskontrolle integrale Bestandteile jeder Sicherheitspolitik, was in gleicher Weise zweifellos auch für die Situation im Nahen Osten zutrifft.

Zur Rüstungskontrolle, weit gefaßt, gehört nicht zuletzt der gesamte Bereich vertrauensbildender Maßnahmen. Die Erfahrungen, die wir damit in Europa gemacht haben, zeigen nun, daß es bei der Vertrauensbildung nicht primär um die zwischenstaatlichen Beziehungen geht, sondern um das Vertrauen derjenigen, die für die Sicherheit ihres Landes in erster Linie verantwortlich sind, nämlich die Militärs.

Bei denen nun steht am Beginn ein gesundes Mißtrauen, das allmählich durch überprüfbare, transparente Schritte der Vertrauensbildung abgebaut werden kann. Dieser Einstieg, der der gegnerischen Seite zunächst alle möglichen Tricks und böse Absichten unterstellt, erleichtert es den Militärs, die sich damit in ihrer eigentlichen beruflichen Kompetenz angesprochen fühlen, positiv zu reagieren und sich auf das Gespräch mit der anderen Seite einzulassen.

Der Verifikationsprozeß, etwa beim Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa, wurde von den Amerikanern so scharf geführt, daß sich die Russen über die Amerikaner bei den Deutschen beschwerten, deren Verhandlungspraxis ihnen moderater erschien. Aber der harte Beginn verlor sich recht bald und machte einem geradezu kulturellen Austausch Platz mit Besichtigungen, persönlichen Begegnungen und so weiter.

Das Fazit also: Zur Vertrauensbildung keinen Vertrauensvorschuß leisten und erwarten, vielmehr vorsichtig aufbauen.

Was ließe sich von den europäischen Erfahrungen auf den Nahen Osten übertragen, und welchen Beitrag könnte Europa dafür unterstützend leisten? Zum einen gibt es bilaterale Beiträge, wie sie verschiedene Länder leisten, beispielsweise Kanada, die Niederlande oder Deutschland. Als zweites nenne ich die OSZE, mit der wir bereits erste Erfahrungen in Kairo sammeln konnten. Das dritte schließlich wäre die Europäische Union, deren möglicher Beitrag zur Rüstungskontrolle im Nahen Osten im Dokument von Barcelona zum Ausdruck kommt.

Meine Frage in diesem Zusammenhang ist, inwieweit es hilfreich sein könnte, die Prozesse, die in dieser Region insbesondere Grenzprobleme angehen, multilateral zu gestalten, damit bilaterale Verhandlungen überhaupt erst ermöglicht werden. Denn zweifellos fällt es dem einen oder anderen

Land hier schwer, sich auf Abrüstungs- oder vertrauensbildende Maßnahmen einzulassen, die in die Tiefe des eigenen Territoriums hineinreichen. Vielleicht wäre dies multilateral eher möglich.

Stürmer

In diesem Zusammenhang sollten wir uns daran erinnern, daß bei der Überwindung des kalten Krieges die Rüstungskontrolle im weiteren Sinne eine wichtige, in der Tat notwendige, wenn auch sicher nicht hinreichende Bedingung war. Das fast völlige Fehlen dieser Bedingung im Nahen Osten beunruhigt gerade diejenigen unter uns, die gewohnt sind, in Kategorien und Begriffen von Sicherheit und Vertrauensbildung durch Rüstungskontrolle zu denken.

Damit möchte ich die Diskussion auf Europa und die Rolle der europäischen Länder und der Europäischen Union im allgemeinen am Aufbau des "Neuen Nahen Ostens" lenken. Wir hören zunächst zwei Referate; das erste hält Staatsminister Schäfer vom Auswärtigen Amt in Bonn, und anschließend folgt Botschafter Jesse, der die Europäische Union vertritt.

Schäfer

Wie steht es um die Rolle Europas in dieser Region? Ich erwähnte zu Beginn unseres Gesprächs, daß die Europäer auf der Madrider Konferenz offensichtlich übergangen wurden. Die Amerikaner hatten die Regie übernommen, eine Entscheidung, die geholfen haben mag, den Friedensprozeß voranzubringen. Auf der anderen Seite sollten wir jedoch sehen, daß es auf dem Gebiet der Außen- und Verteidigungspolitik In bezug auf den Nahen Osten in Europa keine Differenzen gibt.

Ich habe vor ungefähr eineinhalb Jahren die EU-Troika in dieses Land und nach Gaza und zu dem ersten Treffen mit Arafat geleitet. Danach ging es weiter in den Libanon und nach Syrien. Ich kann Ihnen sagen, daß wir mit Griechen und auch Franzosen damals in dieser Delegation völlig übereinstimmten. Seitdem hat sich an unserer Einstellung nichts geändert. Wir haben zum Ausdruck gebracht, daß wir nach den mutigen Schritten, die Israel und die Palästinenser in Richtung auf Frieden und Stabilität gemacht haben, nun beginnen können, diesen Prozeß sehr viel mehr als zuvor zu unterstützen.

Wenn es um Zahlen geht, müssen wir uns nicht verstecken, schon gar nicht hinter den Vereinigten Staaten. Nehmen wir zum Beispiel den Betrag, den die Europäische Gemeinschaft an die Palästinenser zahlt. Das mag noch nicht genug sein, wie Ministerpräsident Peres vor zwei Tagen sagte, aber es waren in den letzten Jahren immerhin 240 Millionen Dollar, und es wird in den nächsten Jahren noch viel mehr werden. Danach folgen Saudi-Arabien mit 98 Millionen, die Vereinigten Staaten mit 83 Millionen und schließlich Japan mit 39 Millionen Dollar. Die Zahlen zeigen: Die Europäische Union gibt fast dreimal so viel wie die Vereinigten Staaten für die Entwicklung der Region, für Stabilität und sozialen Fortschritt und damit natürlich für den Frieden; denn nur der soziale Fortschritt wird über den Frieden in dieser Region entscheiden.

Wir müssen auf diesem Gebiet noch Fortschritte machen, denn es gibt hier bürokratische Probleme, wie Sie wissen, und mitunter auch Probleme mit den palästinensischen Behörden. Doch das ist besser geworden, wie uns Herr Kobler sicher sagen kann.

Zweifellos hat Israel bisher wirtschaftlich von diesem Prozeß am meisten profitiert. Das sollte auch allen israelischen Parteien bewußt sein und nicht im jetzigen Wahlkampf untergehen. Natürlich weiß ich, daß Wahlen die Dinge schwierig machen und man nicht alles auf die Goldwaage legen sollte. Aber Herr Bremer hat zu Recht daraufhingewiesen, daß es gefährlich werden könnte, wenn man die Wahlkampfrhetorik zu weit treibt. Es könnte dann schwer fallen, dies später wieder zurückzunehmen.

Was hat sich in Israel wirtschaftlich und politisch getan? Man braucht sich nur anzusehen, wer an Rabins Beerdigung teilgenommen hat. Darunter waren eine Menge Trauergäste aus arabischen Staaten, die nie zuvor in Israel gewesen sind, auch die Palästinenser waren dabei. Nahezu die ganze Welt kam hierher. Seit Beginn des Friedensprozesses sind die diplomatischen Beziehungen Israels zur arabischen Welt erheblich ausgeweitet worden. Wenn wir auf die wirtschaftlichen Investitionen sehen, so hat es allein im Jahre 1995 mehr als eine Milliarde Dollar an ausländischen Investitionen in Israel gegeben. Dies ist dem Friedensprozeß zu verdanken, mit dem zugleich das Gefühl von Sicherheit zurückkehrt.

Was während der letzten drei oder vier Tage geschah, ist wirklich grauenvoll und wird von uns allen einhellig verurteilt. Und doch sollten wir darüber nicht vergessen, daß vor einigen Wochen die palästinensische Bevölkerung ihre demokratische Reife durch die Abhaltung von Wahlen unter Beweis gestellt hat. Wir sollten es nicht zulassen, daß einige Terroristen mit ihren Aktionen die große Leistung der Wahlen und die Schaffung einer Demokratie überschatten.

Israel, das immer darauf verwiesen hat, die einzige Demokratie in der Region zu sein, verliert damit seine Monopolstellung. Jetzt gibt es auch eine palästinensische und eine türkische Demokratie, und es entwickeln sich weitere Demokratien. Wir kämpfen für die Entwicklung von Demokratien. Mit der palästinensischen Demokratie entstehen Herausforderungen für die ganze arabische Welt. Die Europäische Union hat die Wahlen unterstützt, indem sie 300 Beobachter in das Land geschickt und eine Menge Geld investiert hat, damit die Wahlen stattfinden konnten.

Ich sehe einen Zusammenhang zwischen solchen Maßnahmen und den bilateralen Hilfen, die zum Beispiel mein Land sowohl an die Palästinenser als auch an Israel leistet. Zugleich begrüße ich die Idee eines Regionalismus, die hier erwähnt wurde, als ein neues Modell für Entwicklungshilfe, die nicht länger bilateral gegeben wird, sondern der ganzen Region zugute kommt, indem gemeinsame Projekte zur Wassergewinnung und -Verteilung initiiert und alle Arten von gemeinsamen Projekten gefördert werden. Wir befinden uns hier auf dem besten Wege.

Um zur Europäischen Union zurückzukommen: Politisch besteht kein Zweifel, daß wir eine Stärkung des Dialogs zwischen allen Regierungen erreichen wollen. Barcelona hat zumindest deutlich gemacht, daß die Gemeinschaft nicht nur bereit ist, Wirtschaftsverträge und dauerhafte Verpflichtungen einzugehen, um den sozialen und wirtschaftlichen Aufbau der Region und der angrenzenden Länder zu fördern, sondern wir haben auch klargemacht, daß wir uns einen intensiven Dialog zwischen den Regierungen wünschen. Das könnte sogar in Form jährlicher Konferenzen geschehen, wie es Vorjahren in Europa begonnen wurde, an denen sämtliche Länder teilnehmen. Nur Libyen war in Barcelona verständlicherweise nicht dabei, aber alle anderen Länder des Mittelmeerraumes waren eingeladen. Hier hat eine politische Entwicklung eingesetzt, die zu größerem gegenseitigen Verständnis, zu regelmäßigen Treffen und gemeinsamen Diskussionen über die Entwicklung der Region führen wird. Natürlich bedeutet Naher Osten nicht nur Israel und Palästina, sondern schließt Nordafrika, Ägypten und auch Syrien und den Libanon ein, wenn die syrisch-israelischen Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluß kommen.

Die Europäische Gemeinschaft ist auch in dieser Hinsicht sehr aktiv gewesen. So haben wir gegenüber Assad dafür plädiert, nicht mehr länger zu zögern, denn Zeit sei kostbar. Als Arafat im November letzten Jahres in Deutschland war, haben wir mit ihm darüber gesprochen, ebenso mit der PLO und Ägypten, was von palästinensischer und ägyptischer Seite getan werden könnte, um Assad zu veranlassen, sich schnell mit Israel zu einigen. Arafat sagte, er und Mubarak hätten an Assad geschrieben und ihn gebeten, keine Zeit zu verlieren. Die Europäische Gemeinschaft nimmt also aktiv Einfluß in dieser Region und ermutigt die führenden Akteure, die Dinge in Bewegung zu bringen. Mein letztes Gespräch mit Assad, das ungefähr zwei Stunden dauerte, endete damit, daß er sagte: "Es gibt keinen Zweifel, daß wir mit Israel Frieden schließen werden. Wir haben jedoch Zeit, weil wir keine oberflächliche Lösung wollen, die lauter Schlupflöcher hat wie das israelisch-palästinensische Abkommen." Wir haben darauf erwidert, wenn er Verhandlungen gutheiße und Schlupflöcher ablehne, dann müsse er die Wahlen in Israel und einen möglichen Wandel in der israelischen Politik bedenken. Er müsse auch die wachsende Ungeduld der Welt berücksichtigen, weil dieser Prozeß so langsam verläuft. Wir wiesen weiter daraufhin, daß er am Ende der Verlierer sein könnte, statt Syrien wieder in die internationale Gemeinschaft zurückzuführen und internationale Unterstützung und wirtschaftliche Hilfe zu erhalten, wenn er einlenke, sich mit Israel einige und an der regionalen Entwicklung teilnehme.

Die Europäische Union war anfänglich bei den direkten Verhandlungen nicht beteiligt. Sie ist jedoch von Beginn an bei den multinationalen Verhandlungen, die noch andauern, dabei gewesen. Die Europäische Union führt den Vorsitz bei der regionalen wirtschaftlichen Kooperation. Wir werden in Fragen der Abrüstung wie auch bei der Entwicklung aktiv mitreden. Sie sehen: Europa ist sehr am Friedensprozeß interessiert und fühlt sich auch mitverantwortlich für das, was hier vor sich geht.

Abschließend möchte ich noch einmal einige Punkte wiederholen: Wir sind uns darüber im klaren, daß der Mittelmeerraum, einschließlich dieser Region, von der europäischen Außenpolitik nicht ignoriert werden kann. Es ist eine der wichtigsten Regionen für unsere eigene Stabilität und für den Frieden in Europa. Denn eine positive soziale Entwicklung und politische Stabilität in dieser Region bedeutet natürlich auch weniger Migration und Auswanderung, die in den meisten europäischen Ländern zu Problemen geführt haben. Sie sollten also Europa nicht als einen unbedeutenden Akteur betrachten. Schauen Sie auf die Zahlen, sehen Sie sich die Entwicklungen in Europa an, und Sie werden einsehen, daß die Region langfristig von einer engen Zusammenarbeit nur profitieren kann. Vielleicht folgen Sie eines Tages dem Modell der Europäischen Union, indem Sie eine wirtschaftliche, strategische und regionale Gemeinschaft bilden, in der viele Probleme, die zur Zeit unlösbar scheinen, gelöst werden können. Dies ist ein langer Weg, aber Europa hat durch sein Beispiel gezeigt, daß es ein möglicher Weg ist. Dazu werden wir Ihnen jede nur denkbare Unterstützung geben.

Jesse

Ich bin Franzose, geboren in den 30-er Jahren. Ich war ein Kind des Krieges und des Hasses. Den Frieden meines Erwachsenenlebens genieße ich daher um so mehr. All meine Erfahrung sagt mir, wir müssen die Botschaft so laut wie möglich verbreiten, daß Friede in einer Atmosphäre der Zusammenarbeit und Entwicklung gedeiht. Solange Trennung herrscht, gibt es keinen Frieden. In Europa erfreuen wir uns des Friedens, weil wir zusammenstehen, das heißt, wir kooperieren, streiten, diskutieren, teilen die gleichen Visionen und versuchen, etwas zusammen aufzubauen.

Lassen Sie uns darüber nachdenken, wie man die europäische Friedenserfahrung zur Gestaltung der euro-mediterranen Region nutzen kann, zu der auch wir gehören. Kein Land kann einen fliegenden Teppich nehmen und sich selbst anderswohin versetzen; wir finden uns alle auf der gleichen Landkarte wieder. Man braucht nur einen Blick darauf zu werfen, um zu sehen, daß die Zukunft unserer Kinder - seien es Europäer, Araber oder Israelis - miteinander verknüpft ist. Lassen Sie uns über die Vergangenheit sprechen und uns der Herausforderung der Zukunft stellen, dann werden wir besser erkennen, wo wir stehen und was wir tun müssen.

Die Vergangenheit, über die ich sprechen werde, umfaßt ein halbes Jahrhundert Geschichte seit dem Zweiten Weltkrieg und seit von einigen Visionären der Grundstein für die Europäische Union mit Kohle und Stahl gelegt wurde. Selbst jene Visionäre hatten keine Vorstellung davon, daß die Europäische Union sich so entwickeln würde, wie sie es bis zum heutigen Tage getan hat. Es war ein langer, allmählicher Prozeß, der uns stufenweise von einer Zollunion über verschiedene Verträge bis nach Maastricht geführt hat und der uns noch weiterführen wird.

Was ist in diesem Zeitraum in der Beziehung zwischen Europa und dem Nahen Osten geschehen, den ich im weiten Sinne als ein Gebiet betrachte, das von Rabat bis Ankara reicht? Die Beziehungen zwischen Europa und dieser Region haben sich gewaltig verändert. In den 50er und 60er Jahren, ja bis in die 70er Jahre hinein waren die Europäer damit beschäftigt, ihren eigenen Raum zu entwickeln. Zu jener Zeit - ich denke dabei an Algerien - gab es noch europäische Kolonien, und die Sicht Europas auf die Region war geprägt von etwas, was ich als Dekolonisierung bezeichnen würde, allerdings noch mit all den klassischen kolonialen Einstellungen. Die aus den Kolonien stammenden Produkte wurden in die Metropolen exportiert, was zur Finanzierung der Infrastruktur in diesen Ländern beitrug. So gesehen sind Handel und Entwicklungshilfe Elemente aus der kolonialen Vergangenheit.

In den Römischen Verträgen haben wir einen Passus eingebaut (Teil IV), der besagt, daß die Kolonien, die unabhängig werden, die gleiche Vorzugsbehandlung erfahren, die sie in der Vergangenheit gehabt haben: Zugang zu den Märkten (Handel) und finanzielle Unterstützung (Entwicklungshilfe). Manche der Mitgliedsstaaten der EG waren sehr froh darüber, daß andere bereit waren, die Finanzierung der Entwicklungshilfe mitzutragen und ihre Märkte für die früheren Kolonien zu öffnen. Während dieser Periode behandelten wir den Nahen Osten - mit Ausnahme von Israel seit 1975 als eine Art dritte Welt, ähnlich wie die Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifikraumes.

Als sich Griechenland, Spanien und Portugal in den achtziger Jahren der Gemeinschaft anschlossen, änderte sich die Lage, und es gab Auseinandersetzungen beispielsweise mit Marokko über Zitrusfrüchte, mit Tunesien über Olivenöl und mit anderen Ländern, wie Israel, um Dinge. Die geographische Lage dieser Länder ließ Interessenkonflikte zwischen den Bauern Spaniens, Portugals, Marokkos, Tunesiens und Israels entstehen. Deshalb mußten wir unsere Beziehungen mit diesen Ländern neu definieren und ein Element einführen, das für uns in den 80-er Jahren sehr neu war, nämlich den Begriff der "Nachbarschaft". Das heißt, unsere politische Führung beziehungsweise unsere Vordenker begannen den Nahen Osten im Vergleich zur übrigen Welt jetzt anders zu sehen, weil er tatsächlich geographisch in unserer Nachbarschaft lag.

Diese Veränderung im Denken bereitete den Weg für das, was wir als neue Mittelmeerpolitik bezeichnen, die nichts anderes bedeutete als eine Politik der Nachbarschaft. Sie hat uns unseren Nachbarn näher gebracht. Wir haben das gleiche Interesse daran, für den Schutz des Mittelmeeres und der Umwelt, die wir teilen, und für eine gutfunktionierende gemeinsame Infrastruktur zu arbeiten. Das war gewissermaßen die zweite Stufe, in der der Nahe Osten von einem anonymen Teil der dritten Welt zu unserem Nachbarn wurde.

Dann ereigneten sich sehr schnell mehrere Dinge. Die Europäische Union wurde politisch bewußter und aktiver. Es begannen die Vorbereitungen zu Maastricht. Es entwickelte sich eine Diskussion über unsere gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Die Berliner Mauer fiel, und wir mußten darauf sehr rasch und energisch reagieren, um in Mittel- und Osteuropa etwas zu tun, wo sich ein neues politisches Umfeld herausbildete, das für unsere zukünftige Entwicklung und Sicherheit von großer

Bedeutung ist. Wir mußten also ein Gebiet unterstützen, das zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht viel Zeit verloren hatte. Dabei wurde uns bewußt, daß einem Engagement in Mitteleuropa eine eingehende Analyse unserer bisherigen und zukünftigen Nachbarschaftspolitik vorangehen mußte, die vor allem von zwei Aspekten bestimmt war: von der Demographie und der Wirtschaft.

Zuerst die Demographie: Betrachten wir das Europa, das sich bis zur ukrainischen Grenze erstreckt, so sehen wir einen Kontinent mit 400 Millionen alternden Menschen, die zunehmend um ihre Renten und soziale Sicherheit besorgt sind. Das sind die vorrangigen Probleme in einer reichen und überalterten Gesellschaft. Blickt man hingegen nach Süden, von Marokko bis zur Türkei, so leben dort gegenwärtig 200 Millionen Menschen, und in der nächsten Generation werden es 400 Millionen sein, also in etwa die gleiche Bevölkerungszahl wie im Norden, aber vornehmlich junge Menschen. In Algier beispielsweise, eine Stadt, die ursprünglich für 400.000 Menschen angelegt war, leben heute vier Millionen, von denen drei Millionen unter 27 Jahre und zwei Millionen unter 14 Jahre alt sind.

Damit sind natürlich auch unterschiedliche Lebensstile verbunden. Geht man durch die Straßen von Algier, ist man ständig umringt von Kindern, während man sich in Brüssel fragen muß, wo eigentlich die Kinder geblieben sind; denn auf der Straße sieht man sie normalerweise nicht, allenfalls wenn man sonntags bei schönem Wetter in die Parks geht. Während im Norden also Renten und soziale Sicherheit Zukunftsprobleme darstellen, ist es im Süden das extrem junge Durchschnittsalter der Bevölkerung, das Explosivität in die Städte bringt, ihre Verwaltung so schwierig und Regierungen so angreifbar macht.

Ich komme nun zur Wirtschaft. Wir haben einige Ökonomen von der Weltbank gebeten, uns zu sagen, wie sie die wirtschaftliche Zukunft für die Araber, für die Israelis und uns Europäer bis zum Jahr 2010 sehen. Sie meinten, eine grobe Vorhersage des Pro-Kopf-Einkommens der Bevölkerung sei möglich, wenn sie von den folgenden Annahmen ausgehen könnten.

Es muß Friede herrschen, damit der Druck, der von den Rüstungsetats ausgeht, geringer wird und mehr Mittel für die wirtschaftliche Entwicklung zur Verfügung stehen. Die Wirtschaft muß erfolgreiche strukturelle Modernisierungen vornehmen. Einige Länder haben diesen entbehrungsreichen Weg jetzt eingeschlagen: Marokko, Tunesien, Jordanien. Es bedarf jedoch umfassender Finanzhilfe für die Region, um die sozialen Konsequenzen der strukturellen Anpassungen auszugleichen. (Ich versuche mir gerade vorzustellen, wie hoch die Kosten der Privatisierung des staatlichen Sektors in Ägypten und seine möglichen sozialen Auswirkungen wären.) Aus dem Bankensektor und aus Transferzahlungen muß genügend Geld fließen, um die Privatwirtschaft zu finanzieren und Beschäftigung zu schaffen. Weiterhin müssen alle Länder des Nahen Ostens die wirtschaftliche Fragmentierung bekämpfen und dafür sorgen, daß Waren, Dienstleistungen und Kapital frei verfügbar werden können, damit ein Markt in einer Größenordnung entstehen kann, der Investoren und Unternehmen anzieht und Joint-ventures ermöglicht.

Wenn diese Kriterien erfüllt wären, würde sich das Bruttosozialprodukt insgesamt verdoppeln. Da sich jedoch gleichzeitig die Bevölkerung verdoppelt, wird die Erhöhung in den arabischen Ländern nur sehr gering ausfallen (in Ägypten etwa nur 100 US-Dollar mehr betragen), während sich, wie Herr Liel gesagt hat, das durchschnittliche Jahreseinkommen in Israel auf eine Größenordnung von 17.000 Dollar zubewegt. Wenn wir also alle Faktoren berücksichtigen, wird sich unter Annahme der günstigsten Voraussetzungen im Szenario der Weltbank das Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung im Nahen Osten von heute eins zu zehn auf eins zu zwanzig entwickeln. Mit anderen Worten: Wenn im Jahre 2010 sieben Millionen Israelis in etwa das gleiche Pro-Kopf-Einkommen wie heute haben werden, werden sie insgesamt über genauso viel Geld verfügen wie ihre 134 Millionen Nachbarn von den Ufern des Nil bis zu den Grenzen der Türkei und des Irak.

Aus diesem Grund haben wir den außerordentlich wichtigen neuen Ansatz von Barcelona entworfen, der ein erster Schritt zur Schaffung des Euro-Med-Raumes sein und Westeuropa, Mitteleuropa und die südlichen Nachbarn zusammenbringen wird. Israel kann sich dem ebensowenig entziehen wie die Europäer und die Araber. Wir brauchten diesen Schritt, um für die Herausforderungen der Zukunft gewappnet zu sein.

Das erste Ziel ist dabei die Entwicklung eines Sicherheitsdialogs: Wir werden einen politischen Dialog in Gang setzen, bei dem wir zusammen mit allen unseren Nachbarn an einem Runden Tisch Platz nehmen - wie wir es hier gerade tun;-; um Kriterien zur Konfliktvermeidung zu diskutieren beziehungsweise um Mittel und Wege zu finden, Konflikte zu lösen, wenn wir sie nicht verhindern können.

Das zweite Ziel ist, diesen Raum so zu organisieren, daß der freie Austausch von Waren, Dienstleistungen und Kapital möglich wird und gemeinsame Regeln für die Bewegungsfreiheit der

Menschen aufgestellt werden, was immer ein großes Problem ist. Um das zu erreichen, werden wir alle diese Länder in Freihandelsabkommen einbeziehen müssen. Dadurch werden aber die schwächeren Volkswirtschaften in eine sehr schwierige Lage geraten. Wenn man versuchen wollte, dies über Nacht zu erreichen, würde man ihre Ökonomien zugrunde richten. Das heißt, es muß langsam und schrittweise geschehen. Man muß ihnen dabei helfen, ihre Handelsbarrieren abzubauen, ihr Wirtschaftssystem zu reformieren und Spielregeln zu akzeptieren, die den unseren vergleichbar sind, um den freien Austausch für freie Unternehmer zu erleichtern; denn auf die kommt es ja an, wenn es darum geht, Wohlstand zu schaffen - nicht auf die Regierungen.

Das dritte Ziel besteht darin, die Beziehungen zwischen den Gesellschaften zu erleichtern. Man wird den Frieden nicht erreichen und bewahren können, wenn der politische Dialog und die Organisation des Wirtschaftsraumes nicht ergänzt werden durch die Erleichterung der zwischenmenschlichen Kontakte. Letztlich wird der Friede kommen, wenn Menschen miteinander sprechen. Wenn man die Zivilgesellschaften nicht zusammenbringt, die Akademiker, Geschäftsleute, Journalisten und die nichtstaatlichen Organisatoren, fehlt der Kitt für den Frieden; denn dieser menschliche Kitt ist das einzige, was wirklich hält.

Ich erinnere meine eigenen Erfahrungen, die ich als Kind im Kriege gemacht habe, und ich sehe meine Kinder, die sich heute in Berlin, London oder Madrid zu Hause fühlen. Sie sprechen mehrere europäische Sprachen und haben Freunde überall in Europa. Sie genießen die Früchte des Friedens und tragen jeden Tag ein bißchen dazu bei, daß er erhalten bleibt. Dazu gibt es für sie keine Alternative.

Stürmer

Vielen Dank an unsere beiden Referenten, Sie haben die europäische Dimension eindrucksvoll in unsere Diskussion eingebracht, mit dem Konzept der Euro-Med-Region und der wirtschaftlichen Grundlagen dieses allerwichtigsten und doch am schwersten zu fassenden Konzepts: des Friedens. Vielen Dank auch dafür, daß Sie die strategische Ebene deutlich gemacht und sich dabei nicht in Details verloren haben. "Kitt für den Frieden"! Das finde ich eine sehr hilfreiche Metapher für das, was wir hier fabrizieren wollen.

Kobler

Ich möchte den Ball zurückspielen, den Herr Minister Schäfer mir zugeworfen hat, und noch etwas zur Rolle Europas sagen. Ich spreche gewissermaßen als Vertreter der Europäer, die in der Region tätig sind. Ich habe den Eindruck, daß unsere Öffentlichkeitsarbeit hier nicht optimal ist. Wir haben von Premierminister Peres gestern gehört, daß die Europäer nicht genug tun, und einige Teilnehmer hier haben das ebenfalls so gesagt. Das macht uns besorgt. Deshalb will ich noch einige Fakten über die Arbeit der Europäer bei den Palästinensern anführen.

Herr Schäfer hat den Betrag von 240 Millionen US-Dollar für zwei Jahre erwähnt. Diese Zahl stimmt; wichtiger ist aber, sich die tatsächlich geleisteten Zahlungen anzusehen. Verpflichtungen und Hilfeversprechen sind politische Zahlen, die nur eine Seite zeigen. Daher muß man fragen, wieviel Geld in den Jahren 1994 und 1995 seit der Gründung der palästinensischen Autonomiebehörde in Gaza und im Westjordanland tatsächlich abgeflossen sind. Und da stehen wir Europäer, als Europäische Union und auch als bilaterale Geber, sehr gut da. Von diesen 240 Millionen Dollar, die allein die Europäische Union zugesagt hat, sind bereits 130 Millionen, also gut die Hälfte - nicht gerechnet die bilateralen Zahlungen - in die autonomen Gebiete geflossen. Vergleichen Sie das mit der Situation in traditionellen Entwicklungsländern wie Ägypten oder Indien, wo im ersten Jahr von solchen Zusagen gerade mal 8 Prozent ausgezahlt werden, während es in den palästinensischen Gebieten bereits mehr als 50 Prozent waren. Wir sprechen hier also über sehr viel Geld, über unsere Steuergelder, die in dieses Land geflossen sind, und das ist meiner Meinung nach beispiellos in der ganzen Welt. Die Schnelligkeit, mit der Projekte in den palästinensischen Gebieten umgesetzt werden, ist unübertroffen, wenn man das mit unseren Beziehungen zu traditionellen Entwicklungsländern vergleicht.

Die palästinensische Autonomiebehörde hat bei Null angefangen. Es gab zum Beispiel in keiner der großen palästinensischen Städte Kläranlagen oder eine zentrale Wasserversorgung. Es gab kein Schulsystem und keine funktionierende Gesundheitsversorgung. Die Schulen mußten am Anfang in drei Schichten Unterricht erteilen. All das mußte gleichzeitig angepackt werden, und es wurde nach 27 Jahren Besatzungszeit mit voller Kraft angepackt.

Ich meine, wir Europäer haben ein Problem mit unserer Öffentlichkeitsarbeit; wir können unsere geleistete Arbeit nicht richtig darstellen. Wir scheinen nicht in der Lage zu sein, der Öffentlichkeit

deutlich zu machen, in welchem Umfang wir hier tätig sind. Diese Kritik richte ich an uns selbst, nicht an die Palästinenser, die, wie ich meine, unsere Bemühungen sehr wohl zu schätzen wissen. Aber wir können dies anscheinend den Israelis und den anderen Geberländern gegenüber nicht gut "verkaufen", und das löst bei uns Europäern, die hier vor Ort arbeiten, ein gewisses Unbehagen aus.

Ein anderes Beispiel dafür sind die palästinensischen Wahlen vom 20. Januar dieses Jahres. Die Europäer haben 10 Millionen Ecu für die Wahlbeobachtung zur Verfügung gestellt. Die Langzeit-Wahlbeobachter kamen Monate vor den Wahlen ins Land, gefolgt von mittelfristigen Beobachtern und dann den Kurzzeit-Beobachtern. Die mittelfristigen Beobachter trugen Jacken der Europäischen Union und wurden von der EU finanziert. Sie waren diejenigen, die die harte Arbeit vor Ort geleistet haben, im Winter und bei Regen durch Schlamm und Dreck von Dorf zu Dorf fahren mußten, von einem Registrierungsbüro zum nächsten, von einem Wahlbüro zum nächsten. Die Bilder, die dann hinterher zu sehen waren, zeigten jedoch oft nur Amerikaner bei der Wahlbeobachtung. Das lag daran, daß der ehemalige Präsident Carter hier war und daß das "National Democracy Institute" sehr gut organisiert war. Sie brachten sogar ihre eigenen Pressemeldungen mit, und sie haben auch gute Arbeit geleistet, aber sie waren nur für kurze Zeit hier.

Im wirtschaftlichen Bereich haben die Europäer sehr hohe Hilfszahlungen geleistet, und zwar sowohl die EU als auch einzelne Länder. Ich bin davon überzeugt, daß der Zustrom von Geldern und die zur Umsetzung gereiften Projekte im letzten Jahr mit zur sozialen Stabilität gerade in Gaza beigetragen haben, wo die sozialen Probleme besonders bedrängend sind.

AI-Qaq

Ich möchte im Namen der Palästinenser unsere Dankbarkeit und Anerkennung für die Rolle Europas zum Ausdruck bringen. Die westeuropäischen Länder sind seit langem eine große Stütze. Sie haben während der letzten 27 Jahre unsere sozioökonomische Entwicklung gefördert und unser Volk und die Nicht-Regierungsorganisationen unterstützt, bis die palästinensische Selbstverwaltung eingerichtet wurde. Ihre Haltung zum Friedensprozeß und gegenüber den politischen Rechten der Palästinenser war immer eindeutig und wohlüberlegt. Herr Kobler hat zu Recht daraufhingewiesen, daß die Europäer die Hauptgeldgeber für die palästinensische Selbstverwaltung sind, wobei die Mittel sowohl von der EU als auch von einzelnen Ländern kommen.

Wir Palästinenser sehen daher unsere Zukunft mit Europa und Japan enger verbunden als mit anderen Ländern. Mit den niedrigen Arbeitskosten zum Beispiel in Jordanien und Ägypten können wir nicht konkurrieren. Europa hat sich als große Hilfe für die Palästinenser gezeigt, in moralischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht. Die Bereitschaft der Europäer, uns ihre Märkte zu öffnen und uns beim Ausbau unseres Hafens und unseres Flughafens zu helfen, nehmen wir sehr gerne an. Wir sehen dies als wichtige Unterstützung an in unserem Bemühen, uns wirtschaftlich von Israel freizumachen. Dieser Prozeß wird lange dauern, aber es handelt sich dabei um wichtige Infrastrukturmaßnahmen, die wir in den kommenden drei Jahren unbedingt umsetzen müssen.

Europa kann im Mittelmeerraum und im Nahen Osten eine bedeutende Rolle spielen. Die Nord-Süd-Beziehungen sind sehr wichtig. Die Konferenz von Barcelona wurde von uns Palästinensern positiv aufgenommen, weil wir dort politisch als Staat behandelt wurden. Wir haben den Eindruck, daß Europa unsere Region und ihre Kultur schon aufgrund der geographischen Nähe sehr genau kennt. Die Unterstützung der EU für viele der laufenden Projekte in den nächsten 15 Jahren interpretieren wir so, daß sie ein Interesse an Stabilität und Entwicklung im Süden hat. Das betrifft besonders die Bereiche Know-how und Technologien sowie die Stärkung der sozioökonomischen Strukturen, eine leistungsfähige Verwaltung und den Umweltschutz. Deshalb glauben wir, daß die Zukunft des palästinensischen Staates sehr stark von unseren Beziehungen zu Europa abhängt. Wir bewegen uns weg von den militärischen Konflikten der Vergangenheit hin zu Auseinandersetzungen über die gemeinsame Interessenbasis, wo jedes Land die politischen und wirtschaftlichen Interessen der anderen Länder erkennen muß.

Abschließend möchte ich betonen, daß wir den Friedensprozeß für unumkehrbar halten. Die Rolle Europas ist dabei wichtig, und die beiden Seiten sollten bei ihren Verhandlungen nicht alleingelassen werden, denn sie brauchen eine gewisse Unterstützung von den anderen Konferenzteilnehmern, von der internationalen Gemeinschaft und besonders von Europa. Es hat mich überrascht, daß der israelische Außenminister unmittelbar nach dem Attentat die Geberländer aufgefordert hat, die finanziellen Hilfen an die Palästinenser als Mittel zu benutzen, um die Sicherheitsmaßnahmen zu verstärken und die Palästinenser entsprechend unter Druck zu setzen. Wir lehnen so etwas ab. Finanzielle Hilfen sollten nicht benutzt werden, um uns zu erpressen. Das ist kein konstruktiver Weg. Ich meine, die Palästinenser sollten sich darum bemühen, die internationale Gemeinschaft und

besonders Europa in künftige Verhandlungen stärker einzubeziehen. Denn in einer Situation, in der ein Verhandlungspartner deutlich stärker ist als der andere, kann man die beiden Seiten nicht sich selbst überlassen.

Rovan

In meinen Augen sind Frankreich und Deutschland heute zweitrangige Mächte, die nur noch sehr eingeschränkt als unabhängig gelten können. Und auch die Tatbestände, über die wir hier reden, dürften in einigen Jahrzehnten wie Notizen aus der Provinz anmuten, weil uns dann ganz andere Probleme beschäftigen werden, die Rolle Chinas etwa oder die Entwicklung des politischen Islamismus. So wie wir den Deutschen und Franzosen immer wieder klarmachen müssen, daß entweder eine europäische Weltmacht entsteht oder alle beteiligten Völker und Staaten in Europa in die Zweitrangigkeit abrutschen, sollten auch die Menschen im Nahen Osten begreifen, daß sie ihre bisherigen Rollen immer weniger mit Erfolg werden spielen können, weil die weltgeschichtlichen Entwicklungen einfach über sie hinweggehen. Deshalb müssen sie sich zu neuen Gemeinsamkeiten bereit finden gegen gemeinsame Feinde.

Martiny

Die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Naumann-Stiftung, die als politische Stiftungen seit längerem in Israel tätig sind, haben jetzt Zweibüros eröffnet, die für die palästinensischen Gebiete zuständig sind. Ich meine, was wir hier tun, ist wichtig für die Begründung einer Zivilgesellschaft auf beiden Seiten, wie Herr Kobler gesagt hat. Alle politischen Stiftungen hier haben seinerzeit damit begonnen, Israel bei der Schaffung einer Zivilgesellschaft zu unterstützen, indem sie Pluralismus und demokratische Strukturen zu stärken versuchten. Vor einigen Jahren verlagerten sie dann ihren Schwerpunkt, zunächst, um die Kluft zwischen der Mehrheit und der Minderheit in Israel und dann die zwischen der israelischen und der palästinensischen Gesellschaft überbrücken zu helfen. Dieser Aspekt sollte nicht unterschätzt werden. Stiftungen sind keine Regierungsorganisationen, und viele Menschen bringen uns gerade deswegen mehr Vertrauen entgegen. Außerdem haben wir Geld und können vieles bewegen.

Ich komme nun zu Europa. Der erste Schritt zur europäischen Einigung war, wie Botschafter Jesse sagte, der Kohle-Stahl-Vertrag von 1952, ein sehr praktischer, nüchterner Vertrag, der keinerlei größere Vision enthielt. Wir haben danach sehr lange gebraucht, um das Stadium, in dem wir uns jetzt befinden, zu erreichen. Wir haben dabei die Erfahrung gemacht, daß die sozialen Fragen erst sehr spät behandelt wurden. Erst in den siebziger Jahren wurde klar, daß es ohne eine minimale Angleichung in sozialen Fragen nicht zu einer Europäischen Union kommen würde. Wir hatten damals so unterschiedliche soziale Bedingungen für die verschiedenen Altersgruppen, daß man witzelte, als junger Mensch mit Familie könne man besser in Frankreich leben, doch im Alter sollte man nach Deutschland ziehen, um dort seine Rente zu erhalten. Die sozialen Bedingungen mußten angeglichen, und es mußte eine gemeinsame Basis dafür gefunden werden, wenn die Einheit wirklich erreicht werden sollte.

Noch sehr viel später kam der kulturelle Aspekt in die Diskussion - erst durch die Kulturminister Jacques Lang, Melina Mercouri und Jörg Semprun. Daraus haben wir Europäer wenigstens ein bißchen gelernt.

Wenn man über Vereinigung oder irgendeine Art von Zusammenarbeit in einer Region spricht, wie das jetzt im Nahen Osten geschieht, müssen wir ebenfalls die Bedeutung der Kultur im Auge behalten. Als Israel 1948 gegründet wurde, hat man die arabische Kultur dort nachhaltig zerstört und ihre Existenz lange geleugnet. Seitdem ist der Zionismus die vorherrschende Kultur in Israel. Nur wenn man sich sehr alte Reiseführer von Palästina ansieht, bekommt man ein Bild von der Region und ihren Städten, wie sie vor 1948 ausgesehen haben. Den "Orient", wie er in der europäischen Vorstellung bestand, gab es dort nicht mehr. Selbst heute wird überall gelehrt, wie man das jüdische Pessachfest feiert, aber keiner erzählt einem etwas über arabische Feiertage wie etwa den Ramadan. Es gibt keine gemeinsame Grundlage, um kulturelle Brücken zu bauen. Dem müßte sofort und ernsthaft abgeholfen werden.

Ich möchte ein weiteres Beispiel zu diesem Thema anführen. Nach den letzten Parlamentswahlen in Israel bat mich die Erziehungsministerin in ihr Büro, weil sie ein umfassendes Bildungsprogramm für die arabische Minderheit in Israel über Demokratie beginnen wollte. Sie sagte etwas, das ich nicht vergessen habe: "Es ist notwendig, den Arabern ihre Würde zu geben." Ich denke, Kultur und Geschichte sind die wichtigsten Faktoren, um Menschen eine persönliche und eine nationale Würde zu verleihen.

Ich möchte nur kurz eine weitere Erfahrung ansprechen, die wir Europäer in unserer gemeinsamen Vergangenheit in den 60-er und 70-er Jahren gemacht haben: Sicherheit läßt sich nie erreichen, wenn sie auf einem Szenario "einer gegen den anderen" basiert. Man kann nur gemeinsame und gegenseitige Sicherheit haben. Wie man dies erreicht, ist natürlich ein Diskussionspunkt. Aber ich denke, die Menschen in dieser Region, insbesondere die Israelis, können von unseren europäischen Erfahrungen in dieser Hinsicht eine Menge lernen. Israel kann niemals Sicherheit gegen die umgebende arabische Welt erlangen, sondern nur mit den Arabern. Wir Europäer würden ihnen gern dabei helfen, diese Dimension besser zu verstehen. Ich habe jedoch häufig den Eindruck, daß uns niemand zuhören möchte.

Blomeyer-Bartenstein

Ich möchte unterstreichen, was Frau Martiny zur kulturellen Dimension gesagt hat: Der kulturelle Austausch ist für die Überwindung des gegenseitigen Mißtrauens von ganz wesentlicher Bedeutung. Dies ist ein Bereich, in dem wir Europäer aufgrund unserer eigenen Erfahrungen einen Beitrag leisten können. Das muß auch nicht notwendigerweise mit hohen Kosten verbunden sein. Ich denke etwa an Schulbuchkommissionen, Jugendaustauschprogramme, wie sie zwischen Deutschland und Polen existieren. Solche Projekte könnten auch in dieser Region helfen, sich gegenseitig besser zu verstehen, und dazu beitragen, daß die Menschen in Zukunft im Nahen Osten friedlich zusammenleben.

Neuwirth

Ich habe mich auch schon gefragt, was wir von unserer Seite im kulturellen Bereich hier tun können. Der Begriff "Fundamentalismus" ist so häufig und stets in einem beinahe dämonischen Kontext verwendet worden, daß ich den Eindruck habe, die These vom Zusammenprall der Kulturen war auch in unserer Diskussion immer präsent, auch wenn davon nicht ausdrücklich die Rede war. Ich meine, diesen besonderen Aspekt des Modernitätsdiskurses sollten wir nicht außer acht lassen. Denn Fundamentalismus, oder besser Islamismus, ist letztlich ein Diskurs über Modernität, der weitgehend auf einer Konzeption des Westens aufbaut. Warum versuchen wir also nicht, dieses Bild des Westens in den betreffenden Kreisen zu entmystifizieren? Warum diskutieren wir mit unseren islamischen Partnern nicht darüber, wie sich ihre eigene Identität um ihr spezielles Bild vom Westen geformt hat?

Im Orientinstitut in Beirut versuchen wir, dies jetzt zu tun. Im Libanon leben achtzehn verschiedene Bevölkerungsgruppen, die sich durch ihre religiöse oder ethnische Zugehörigkeit oder andere Kriterien voneinander unterscheiden. Wir wollen einen Workshop mit Vertretern all dieser Gruppen veranstalten, bei dem wir darüber sprechen werden, inwieweit ihr Bild des Westens ihre eigene Identität mitbestimmt hat. Warum sollte man Gruppen dämonisieren, mit denen man sich vorher gar nicht intensiv auseinandergesetzt hat? Warum sollte man sie nicht einladen, gemeinsam mit Partnern aus dem Westen über ihr Bild vom Westen nachzudenken? Ich halte es für enorm wichtig, im Westjordanland kulturelle Zentren einzurichten, in denen sich junge Menschen treffen können und wo Studenten der Sozialwissenschaften, der Orientalistik oder der orientalischen Literatur mit Intellektuellen aus der Region über Fragen ihrer Identität und die Rolle, die der Westen dabei gespielt hat, sprechen.

Rovan

Es ist klargeworden, daß europäische Hilfe wichtig ist; denn das palästinensische Gebiet ist klein, und wir können hier praktisch helfen. Viel schwieriger wird es, wenn wir größere Länder in größerem Umfang unterstützen müßten. Ich sagte bereits, daß Europa immer ärmer wird, und man von uns nicht allzuviel an Hilfe erwarten sollte, weil wir auch anderen wichtigen Verpflichtungen in Schwarzafrika, in Algerien und in weiteren Ländern nachkommen müssen. Dies gilt jedenfalls für Frankreich.

Wenn hier verschiedentlich gefordert wurde, was Europa alles tun sollte, dann möchte ich nur darauf hinweisen: Solange wir keine gemeinsame europäische Außenpolitik und keine europäische Bundesregierung haben, die in der Lage ist, eine entsprechende Politik umzusetzen, gibt es dieses Europa nicht. Wir haben dies in Jugoslawien gesehen, wo sich die Europäer schließlich darauf geeinigt haben, besser gar nichts zu tun, was ausgesprochen weise war. Denn sonst hätten Deutschland und Frankreich und weitere Länder jeder etwas anderes gemacht. Wenn wir im Nahen Osten effektiv helfen wollen, brauchen wir eine einheitliche "europäische Macht". Dann könnten wir zusammen mit den Amerikanern eine gemeinsame Sicherheitsgarantie für Israel und den palästinensischen Staat abgeben. Solange es diese "europäische Macht" aber nicht gibt, sind wir dazu nicht in der Lage, und selbst wenn wir Entsprechendes tun sollten, wäre unsere Garantieerklärung nicht glaubwürdig.

Ich habe verschiedentlich gehört, daß es bei einigen Gruppen in Israel eine heftige Opposition gegen die Idee eines palästinensischen Staates gibt. Während des Algerienkrieges war ich an den Gesprächen zwischen Algeriern und Franzosen beteiligt, bevor die offiziellen Verhandlungen begannen, und ich kann aus meiner Erfahrung nur sagen, daß es für alle Seiten das beste ist, sich so bald wie möglich mit dem Unvermeidbaren abzufinden. Wenn wir 1959 oder 1960 mit den Algeriern Frieden geschlossen hätten, wäre die Situation für die Algerier ebenso wie für die in Algerien lebenden Franzosen leichter gewesen als dann 1962.

Zum kulturellen Aspekt möchte ich nur sagen: Uns verbindet im Westen eine gemeinsame Überzeugung, die vor allem auf drei Werten beruht: Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Deshalb werden wir nie einen dauerhaften Frieden mit Ländern schließen können, die nicht an diese Grundwerte glauben. Wir können einen Waffenstillstand erreichen, aber keinen wirklichen Frieden.

Bar-On

Sie mögen den Eindruck gewonnen haben, daß wir Europa und den einzelnen europäischen Ländern kritisch gegenüberstehen. Aber die meisten Israelis sind dankbar für das, was Europa bisher für uns getan hat. Wie Herr Rovon eben sagte, stößt man auf der diplomatischen und politischen Ebene dann aber auf das Problem, daß es keinen europäischen Außenminister gibt. Man hat es nur mit den einzelnen Ländern zu tun, und dadurch wird natürlich die Beteiligung am Verhandlungsprozeß sehr schwierig. Ich bin aber überzeugt, daß wir alle sehr dankbar sind für die Wirtschaftshilfe, die natürlich indirekt auch politische Hilfe ist. Dafür und für die politische Unterstützung des Friedensprozesses als solchen schulden wir gerade Deutschland großen Dank.

Noch ein Wort zur Frage der Kultur. In Europa ging es ja nicht nur um die Kohle-und-Stahl-Gemeinschaft. Wenn ich etwa an die deutsch-französischen oder die deutsch-polnischen Beziehungen denke, dann läuft da vieles auf der bilateralen Schiene - bei den Schulbuchgesprächen und beim Jugendaustausch zum Beispiel. Diese Dinge könnten tatsächlich Vorbildfunktion für uns haben.

Stürmer

Nur 36 Stunden bevor der Gesprächskreis beginnen sollte mit einem Willkommen-Abendessen in Mishkenot Sha'ananim, Premierminister Shimon Peres als Ehrengast, kam die Nachricht, daß in den Morgenstunden des Sonntags - in Israel ein Arbeitstag Selbstmordattentäter einen Anschlag auf zwei öffentliche Busse verübt hatten, der eine in der Mitte von Jerusalem, der andere in Ashqelon. Viele Menschen verloren ihr Leben, andere wurden schrecklich verstümmelt, Familien wurden zerrissen. Innerhalb von Minuten war Israel ein anderes Land in einem anderen Nahen Osten.

Für einige sah der Friedensprozeß aus wie eine Karikatur, eine tödliche Falle, der Weg in Selbsttäuschung und Zerstörung; für andere forderte er eine doppelte Anstrengung, eine kühne Vision von Sicherheit durch wechselseitige Abhängigkeit, ein uneingelöstes Versprechen. Die Szene für den 106. Bergedorfer Gesprächskreis hätte nicht schwieriger, schmerzhafter und zerrissener sein können. Aber, so stellt sich die Frage, würde es überhaupt ein Gespräch geben?

Unter außerordentlichen Sicherheitsvorkehrungen kam Premierminister Peres an: Bleich, ruhig, gesammelt, ein Politiker in der Prüfung seiner Staatskunst, seines Gleichgewichts und seiner Führungsfähigkeit. Er beschrieb die psychologische Situation in Israel, das menschliche Leiden, die politischen Risse. Er würdigte den europäischen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung und Vernetzung der Region, hieß aber auch die besondere Unterstützung der Palestinian National Administration willkommen, vor allem auch durch Deutschland. Aber mehr, so mahnte er, würde gebraucht werden, eingeschlossen mehr Mut, mehr Politik, mehr Vision. Im Blick auf Iran war er kompromißlos: Wie kann es "kritischen Dialog" mit einem Land geben, das Terrorismus fördert, nicht nur im Nahen Osten, sondern weltweit? Dieses Thema kam immer wieder zurück in unsere Überlegungen, und mit vielen Facetten. Endlich und vor allem: Israel würde die gegenwärtigen Schmerzen überwinden sowohl in ihren inneren wie in ihren äußeren Auswirkungen. Aber es würde Anstrengungen kosten und viel Unterstützung von Europa. Er schied, ein politischer Führer in Schmerzen und Sorgen.

Der nächste Abend fand in dem aus dem 19. Jahrhundert stammenden Palast statt, welcher heute das "American Colony Hotel" ist. Ehrengast war Faisal Hussein, aus einer alten patrizischen Jerusalemer Familie, der sich gern als informeller Außenminister der PNA anreden läßt. Er begann, indem er Mitleid und Sorge über die terroristischen Angriffe ausdrückte, es sei ihm bewußt, daß der islamische Radikalismus nicht nur gegen Israel gezielt ist, den Staat und die Nation, sondern auch

gegen die Friedenssucher auf der palästinensischen Seite. Er beschrieb eine Partei des Friedens, zwischen Israelis und Palästinensern tief geteilt, und dagegen eine Partei des Kampfes, vereint in ihrem Ziel, den Friedensprozeß zu zerstören. Auch er machte deutlich, daß der europäische Beitrag moralisch und materiell entscheidend sei, um Herz und Verstand der Palästinenser zu gewinnen. Er nannte einige der wichtigsten Felder: Ausbildung, Verwaltung, Infrastruktur, Wasser, Marktzugang. Und er ließ durchblicken, daß die arabische Unterstützung bisher eine Enttäuschung war.

Und gleich im Anschluß an diesen Gesprächskreis wird uns die Ehre zuteil, vom Präsidenten Israels, Ezer Weizman, in seiner Residenz, die dem Van Leer Jerusalem Institute unmittelbar benachbart ist, empfangen zu werden.

Wir haben also zwei Tage eines sehr ungewöhnlichen Bergedorfer Gesprächskreises hinter uns. In der Vergangenheit - und meine Erfahrung geht 15 Jahre zurück - waren wir oft mehr Beobachter als Teilnehmer, selbst in den kältesten Zeiten des kalten Krieges. Hier haben wir Geschichte im Entstehungsprozeß erlebt, mit allen Leidenschaften und allen Gedankenflügen. Hier gibt es tiefes Leiden, und viele authentische Stimmen rund um diesen Tisch verrieten Trauer und Sorge. Hinter diesem Runden Tisch aber waren die Schatten merkbar, die uns beobachteten, und die Stimmen hörbar, die zu uns flüsterten. Wir müssen ihnen zuhören, aber wir sind letzten Endes für uns selbst verantwortlich, für das, was wir tun, wie für das, was wir unterlassen.

Nachdem ich die letzten zwei Tage den Vorsitz hatte, will ich allen Teilnehmern danken für die Stärke ihrer Argumente, aber auch für ihre emotionale und politische Disziplin. Ich muß auch um Nachsicht bitten, wenn ich nicht immer der strenge Fragemeister war, der ich hätte sein müssen. Ich bekenne gern, daß ich von der Authentizität des Empfindens und der Macht der Argumente stärker fasziniert war als einem maßvollen Moderator zukommt.

Aber wer kann schon desinteressiert sein an dem Drama, das sich hierin der Realität ereignet? Und wer unter den Europäern kann sich von der Tatsache abwenden, daß dieses Drama nicht nur die Völker des Nahen Ostens betrifft, sondern auch die Nationen Europas? Die Euro-Med-Region ist nicht ein künstliches Konzept. Sie ist genuiner Ausdruck strategischer und wirtschaftlicher Interessen wie von Mitgefühl und Teilnahme. Diese Botschaft zu bestätigen, die von den Frühzeiten der Geschichte bis in die Barcelona-Erklärung der Europäischen Union reicht und die weit in die Zukunft weist, war wohl das eigentliche Thema unseres Gesprächs.

Unsere Debatte entwickelte sich in Stufen. Zuerst und vor allem war sie charakterisiert durch eine fundamentale Doppeldeutigkeit: Der Mord an Premierminister Rabin lag nur vier Monate zurück, und die Nachbeben dieses Ereignisses sind noch überall zu spüren. Selten in der Geschichte hat der plötzliche Tod eines einzigen Mannes so viele Gleichungen umgeworfen: In Israel, aber auch zwischen Israel und den Palästinensern. Auch die äußere Seite des Friedensprozesses wurde tief verändert. Vordem hatte Premierminister Peres beides zu geben, kühne Vision und vorsichtige Absicherung. Die Palästinenser ihrerseits waren unsicher, wo sie stehen und wohin sie gehen. Vertrauen und Sicherheitsbildung in der Region ist nicht mehr länger ein Prozeß, sondern zur Zeit nur eine Hoffnung, nicht weniger, aber auch nicht mehr. Der Friedensprozeß: Hat er seinen inneren Schwung verloren? Oder gibt es noch einmal einen neuen Anlauf - "par la force de choses", wie General de Gaulle es wohl gesagt hätte.

Die amerikanische wie die europäische Anstrengung für den Friedensprozeß, so verschieden sie auch sind, stehen doch unter denselben Vorzeichen. Tatsächlich ergänzen sie einander: Die strategische Dimension kann nicht geregelt werden ohne Beteiligung der USA, und der Kitt des Friedens kann nicht wirken ohne solide wirtschaftliche Grundlagen. Das fordert den Einsatz der Europäer. Aber sind die Nationen der Region sich selbst über ihre Ziele im klaren? Ihre historische Überlieferung ist von gegensätzlichen Leidenschaften getrieben, fast unvereinbar. Können sie es leisten, trotz allem die Vision einer gemeinsamen Zukunft, friedlichen Austausche und gutnachbarlicher Beziehungen zu verwirklichen? Oder werden sie weiterhin aneinander vorbeireden? Die Antworten kommen in Dissonanzen, aber nicht nur, und vielleicht nicht für immer.

Alles in allem bleibt, ungeachtet der tiefen Trennungslinien, die das Heilige Land durchziehen, ein wachsendes Bewußtsein gemeinsamen Schicksals. Wir durften an diesem Diskurs teilnehmen in den Zeiten der Prüfung.

von Weizsäcker

Lassen Sie mich zum Schluß einige Eindrücke ansprechen, die ich von dieser Konferenz mit nach Hause nehme.

Zunächst erwähne ich, daß wir in Jerusalem tagen, nachdem hier vor zwei Tagen ein schrecklicher Terroranschlag stattgefunden hat und in wenigen Wochen in Israel eine Wahl ansteht. Wie sehr hängt gerade im Nahen Osten alles mit allem zusammen. Ich meine, wir, die wir aus Europa angereist sind, haben allen Grund, dankbar zu sein, daß wir trotz der sehr schwierigen Umstände auf so offene Gesprächspartner gestoßen sind, sowohl während als auch am Rande dieser Konferenz.

Dabei sehe ich es als besonders wichtig an, daß in diesem Kreis die Emotionen nicht zurückgehalten wurden. Wenn wir uns den Emotionen nicht aussetzen, werden wir auch nicht begreifen, mit welcher Leidenschaft hier um die Lösung der Probleme gerungen wird. Dann muten unsere eigenen Überlegungen im Bezug auf den Nahen Osten doch so etwas wie Trockenskikurse an. Deshalb bin ich den israelischen und den palästinensischen Teilnehmern für ihr erkennbar großes Engagement in der Sache sehr dankbar.

Wie steht es um die Rolle der Europäer im nächstlichen Friedensprozeß, den sie ja nach Kräften fördern wollen? Herr Meroz sprach von der Großmacht Europa. So wie man die Deutschen in den letzten Jahrzehnten häufig einen wirtschaftlichen Riesen und einen politischen Zwerg genannt hat, trifft dies heute nicht in ähnlichem Sinne auf die Europäische Union zu? Weder bei Camp David noch im Golfkrieg und erst recht nicht im ehemaligen Jugoslawien läßt sich von einer politischen Großmacht Europa sprechen. Aber vielleicht entwickelt sich Europa ja in dieser Hinsicht.

Welche Erfahrungen können die Europäer beitragen, damit die friedliche Entwicklung im Nahen Osten vorankommt? Für äußerst wichtig halte ich alles, was mit dem Gebiet der Rüstungskontrolle zusammenhängt. Das geht über den Rahmen Israel - Palästina weit hinaus; denn es betrifft die ganze Region. Hier können die Europäer zweifellos aus der Lösung des Ost-West-Konfliktes wichtige Erkenntnisse beisteuern, auch wenn die Probleme im Nahen Osten völlig anders liegen, als dies in Europa zwischen Ost und West der Fall war.

In jedem Fall muß zwischen Israel und den Palästinensern eine Partnerschaft wachsen, die sich nicht an Kategorien wie "Reich des Guten und des Bösen" orientiert, wie das zwischen Ost und West der Fall war. Insofern ist Vorsicht geboten, wenn man Erfahrungen übertragen will. Hinzu kommt, daß die Partner im Nahen Osten sich in bezug auf die ihnen zur Verfügung stehenden Machtmittel fundamental unterscheiden. Darüber haben wir in dieser Konferenz eindrucksvolle Beispiele gehört.

Herr Rovon hat zu Recht daraufhingewiesen, daß wir in Europa zur Zeit wieder einmal dabei sind, Nabelschau zu betreiben. Das zeigt sich nicht nur, wenn es um die Osterweiterung der Europäischen Union oder um die Algerienfrage geht, sondern es betrifft vor allem die Probleme der Globalisierung der Wirtschaft, insbesondere das Thema Arbeitslosigkeit, das immer mehr die öffentliche Aufmerksamkeit in Europa beansprucht, wobei die Franzosen früher angefangen haben, diese Problematik innenpolitisch zu diskutieren, als die Deutschen. Wie wir mit den strukturellen Ursachen und Folgen der Arbeitslosigkeit wirklich fertig werden wollen, ist eine völlig offene Frage.

Insofern ist sicher ein wichtiger Grund, warum der Bergedorfer Gesprächskreis nach Jerusalem gegangen ist, daß wir dazu beitragen möchten, die europäische Nabelschau zu überwinden. Dabei ist es von entscheidender Bedeutung für uns zu erkennen, daß im Nahen Osten auch die europäischen Dinge auf der Tagesordnung stehen. Auf der anderen Seite ist es für Israelis und Palästinensern sicher nützlich zu erleben, daß die Europäer sich derzeit verstärkt mit sich selbst beschäftigen. Und sie haben zugleich deutlich gemacht, daß die Europäer hier gebraucht werden, weil es letztlich um unsere gemeinsame Sache geht.

Bei allen Problemen und Schwierigkeiten, denen wir uns gegenübersehen, ist indes eines unbestritten: Eine Lösung darf nur mit demokratischen Mitteln angestrebt werden, und die Erhaltung der Demokratie muß uns allen am Herzen liegen. Dies ist eine zweifellos große und schwierige Aufgabe.